

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Matthias Jung/Dieter Roth

Wer zu spät geht, den bestraft der Wähler

Eine Analyse der Bundestagswahl 1998

Oscar W. Gabriel/Frank Brettschneider

Die Bundestagswahl 1998:

Ein Plebiszit gegen Kanzler Kohl?

Kai Arzheimer/Jürgen W. Falter

„Annäherung durch Wandel“?

Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998

in Ost-West-Perspektive

Hans Rattinger/Jürgen Maier

Der Einfluß der Wirtschaftslage auf die Wahl-
entscheidung bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998

B 52/98

18. Dezember 1998

Matthias Jung, Dipl.-Volkswirt, geb. 1956; Mitglied des Vorstands der Forschungsgruppe Wahlen. Veröffentlichungen zur Wahlforschung, Methoden der Umfrageforschung und zur Militärsoziologie.

Dieter Roth, Dr. phil., geb. 1938; Mitglied des Vorstands der Forschungsgruppe Wahlen; Lehrbeauftragter an der Universität Heidelberg.

Veröffentlichungen u. a.: Empirische Wahlforschung, Opladen 1998; zahlreiche Artikel zu den Themenbereichen Elitenforschung und Wahlsoziologie.

Oscar W. Gabriel, Dr. rer. pol., geb. 1947; seit 1992 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart, zuvor an den Universitäten Bamberg und Mainz; 1998/99 Gastprofessor an der Universität Wien.

Zahlreiche Veröffentlichungen zur politischen Kultur und zur Wahlforschung.

Frank Brettschneider, Dr. rer. pol., geb. 1965; seit 1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart.

Veröffentlichungen zur politischen Kommunikation und zur Wahl- und Einstellungsforschung.

Kai Arzheimer, geb. 1969; seit 1996 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Veröffentlichungen zu den Wählern der Grünen, der PDS und der „Republikaner“.

Jürgen W. Falter, Dr. rer. pol., geb. 1944; o. Professor für Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

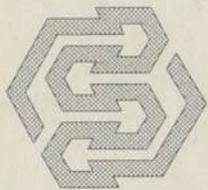
Zahlreiche Veröffentlichungen zur Wahlforschung und zum politischen Extremismus.

Hans Rattinger, Dr. phil. habil, geb. 1950; seit 1982 Inhaber eines Lehrstuhls für Politikwissenschaft an der Universität Bamberg; 1987–1989 Gastprofessor an der University of Toronto und der Georgetown University in Washington.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. mit Jürgen W. Falter und Klaus G. Troitzsch) Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1989; (Hrsg. mit D. Munton) Debating National Security: The Public Dimension, Frankfurt a. M. 1991.

Jürgen Maier, Dipl.-Pol., geb. 1968; Studium der Politikwissenschaften in Bamberg; seit 1998 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Hans Rattinger) Wahlbeteiligung und Wahlnorm in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Kausalanalyse, in: Politische Vierteljahresschrift, 36 (1995).



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>; E-Mail: ag2@bpb.de

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Wer zu spät geht, den bestraft der Wähler

Eine Analyse der Bundestagswahl 1998

I. Einleitung

Bei der Bundestagswahl am 27. September 1998 haben zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik die Wähler einen Regierungs- und Machtwechsel herbeigeführt. Alle früheren Veränderungen der Regierungen auf Bundesebene waren durch den Wechsel des Koalitionspartners oder eine Neuorientierung eines Koalitionspartners ausgelöst worden. Mit einem Vorsprung von 21 Sitzen, davon 13 aufgrund von Überhangmandaten zugunsten der SPD, verfügt die rot-grüne Koalition über eine vergleichsweise komfortable Mehrheit im neuen Bundestag. Da die neue Regierungskoalition im Bundesrat gleichzeitig über eine deutliche und durch die Ergebnisse der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, die am gleichen Tag wie die Bundestagswahl stattfand, nochmals vergrößerte Mehrheit verfügt, hat die Regierung unter Gerhard Schröder, anders als die unter Helmut Kohl nach 1991, eine institutionell abgesicherte Machtfülle wie kaum eine Regierung in der Nachkriegsgeschichte.

Wenn trotzdem Zweifel an der Stabilität der neuen Koalition angebracht sein mögen, so sind diese eher genereller Art. Es gibt in den Programmen von SPD und Grünen Unterschiede, die zu Konflikten führen können, insbesondere im Bereich der Steuerpolitik oder auch in der Außenpolitik. Darüber hinaus gibt es in beiden Parteien, sowohl was die Führungspersonen als auch einzelne Gruppen mit stärker abweichenden Vorstellungen angeht, machtpolitisches Krisenpotential, das die Stabilität der Regierung beeinträchtigen könnte. Dennoch werden ähnlich wie im Wahlkampf 1998 alle an dieser Koalition beteiligten Kräfte die Chance, den Politikwechsel in Deutschland zu etablieren, nicht gefährden wollen. Zumindest im Verhältnis zu den Grünen verfügt die SPD zudem über das disziplinierende Element einer rein rechnerisch möglichen sozialliberalen Koalition, die allerdings nur über eine Mehrheit von 13 Sitzen verfügen würde.

Bei der Beurteilung der Erfolgchancen einer rot-grünen Regierung spielt die Bewertung des Wahlergebnisses und seiner Ursachen eine zentrale Rolle. Ist das Wahlergebnis Ausdruck eines Wunsches nach einem grundsätzlichen Politikwechsel oder in erster Linie nach einem Wechsel an der Spitze der Regierung nach 16 Jahren Kanzlerschaft Kohl? Zeigt dieses Wahlergebnis, daß in Deutschland – nicht zuletzt aufgrund der einheitsbedingten Veränderungen – die strukturelle bürgerliche Mehrheit zerfällt? Und wenn dies der Fall ist, gibt es dann eine neue links-alternative Mehrheit in Deutschland, oder sind die ideologischen Positionen der Parteien Ende dieses Jahrtausends so weit aufgelöst und mit ihnen die entsprechenden Partei-bindungen, daß politische Mehrheiten heute von der weiter wachsenden Zahl der Wechselwähler diktiert werden? Und wenn dieser Befund richtig ist, was bedeutet dies für die Präsentation von Politik, bis hin zu der Gestaltung von Wahlkämpfen, und was bedeutet es für die Regierungen?

Weiterhin bleibt die Frage nach einem möglichen dauerhaften ostspezifischen Wahlverhalten auf der Untersuchungs-Agenda ebenso wie die nach Angleichungsprozessen zwischen Ost und West acht Jahre nach der Vereinigung. Auch wenn die Bundestagswahl nicht, wie von den verschiedensten Medien vermutet, im Osten entschieden wurde, so muß dem Phänomen PDS im Osten verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt werden, weil die etablierten Westparteien nach wie vor nicht über die notwendigen personellen und organisatorischen Potentiale sowie die (emotionale) Anziehungskraft verfügen, um die Unzufriedenheit aufgrund des schwierigen Einigungsprozesses innerhalb des zweifelsfrei demokratischen Parteienspektrums aufzufangen und zu kanalisieren.

II. Die politische Ausgangslage dieser Wahl

Wahlen werden nicht aus dem Stand heraus gewonnen, und sie werden nicht zufällig verloren.

Wie bei jeder anderen Wahl ist auch das Ergebnis vom 27. September 1998 nur aufgrund seiner Geschichte zu erklären. Im vorliegenden Fall ist sie 16 Jahre alt und sehr eng mit der Person Helmut Kohl verbunden. Das Wahlergebnis 1998 hat eine Reihe von Einmaligkeiten, die im Widerspruch zu stehen scheinen mit der bisherigen langfristigen Stabilität im Wahlverhalten der Deutschen, die ja schließlich die Basis für die lange Regierungszeit der bisherigen Koalition unter Helmut Kohl bildete. Jetzt aber gab es die größten Veränderungen bei Bundestagswahlen überhaupt, und ein Großteil des zu beobachtenden Wechsels fand zwischen den beiden großen Volksparteien statt. Gleichzeitig aber haben zum ersten Mal drei kleine Parteien die Fünf-Prozent-Hürde überschritten und weitere 27 Parteien den Einzug ins Parlament verfehlt, aber zusammen immerhin 5,9 Prozent der gültigen Zweitstimmen erreicht, der höchste Anteil „sonstiger Parteien“ seit 1957. Dies sind erstaunliche Veränderungen in einem Land mit mehrheitlich bürgerlich-konservativen Einstellungen, in einem reichen Land, in dem ein wichtiges Ziel die Erhaltung des Status quo ist und man bisher davon ausgehen konnte, daß die sozialen und ökonomischen Strukturen eher die Union als die Sozialdemokraten begünstigten. Gleichzeitig gab es aber auch – zumindest seit sich diese Republik Ende der siebziger Jahre vom alten Zweieinhalb-Parteiensystem verabschiedet hat – ein stetig steigendes Potential wechselbereiter Wähler, das die Wahrscheinlichkeit eines Regierungswechsels erhöhte.

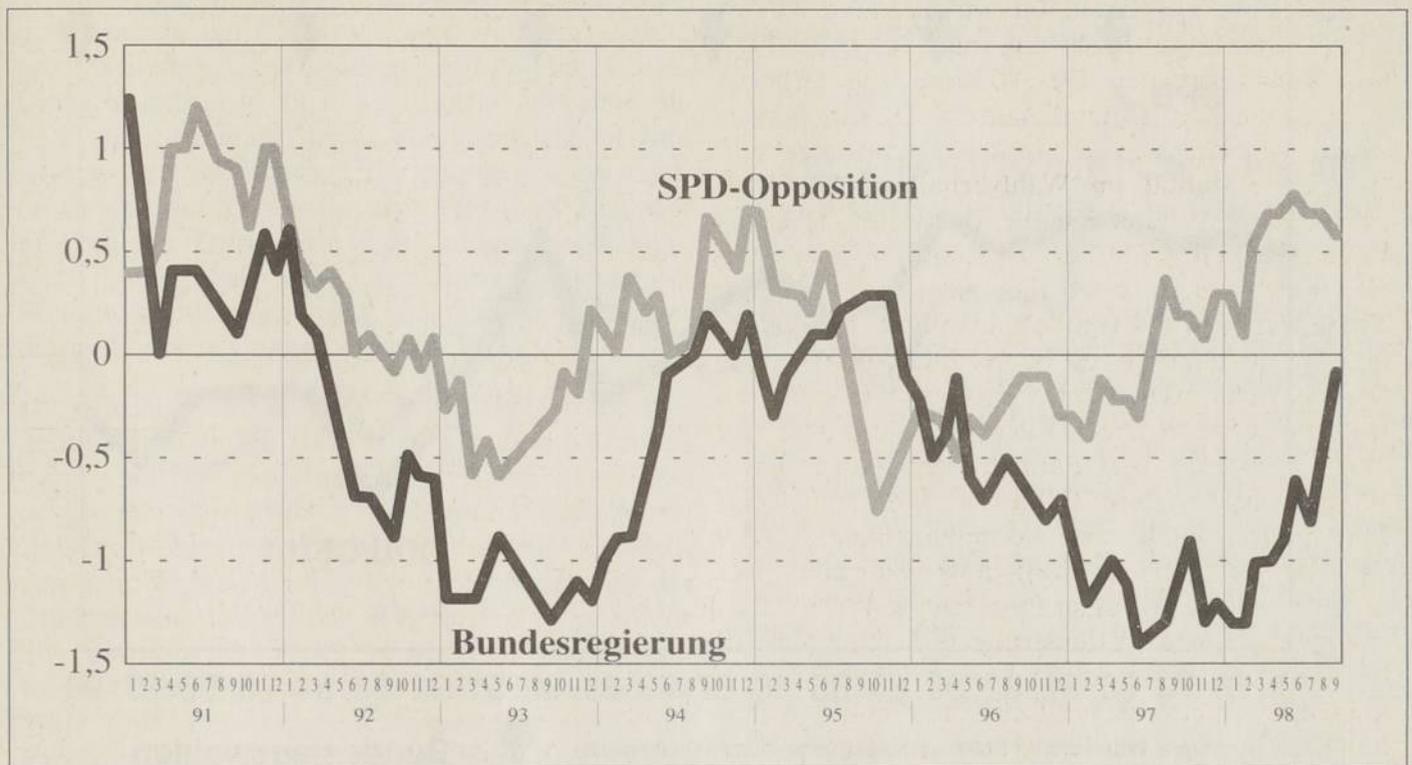
Der vielfach thematisierte Rückgang der Parteibindungen (vgl. Schaubild 2: Parteiidentifikation von 1977–1998, S. 6) konnte vor allem mit dem generellen Strukturwandel der bundesrepublikanischen Gesellschaft begründet werden. Der stetig wachsende Anteil wechselbereiter Wähler im Elektorat war also keine Überraschung, aber die Frage blieb, warum die beiden großen Parteien ihre großen Anteile an den Wählerstimmen behielten und es ihnen auch nicht gelang, in die Klientel der jeweils anderen Partei mehrheitsverändernd einzudringen.

Man muß die 16jährige Regierungszeit der unionsgeführten Bundesregierung wohl in zwei Phasen einteilen. Benutzt man als ein schlichtes Kriterium für den abnehmenden Erfolg einer Regierungspartei die Stimmenanteile der Union über die vier Legislaturperioden, so muß man feststellen, daß die CDU/CSU seit der Übernahme der Regierungsmacht 1982/83 stetig verloren hat, und dies selbst bei der Wahl 1990, die ja nur zwei Monate nach der

vollzogenen Einheit stattfand. Die Entwicklung zur Einheit hatte der Union damals (ab dem Frühjahr 1990) einen starken Stimmungsaufschwung gebracht und ihr aller Wahrscheinlichkeit nach den Machterhalt gesichert. Denn wenn man die Umfragedaten von 1989 bis Anfang 1990 betrachtet sowie die davor aktuellen Probleme und die den Parteien damals zugeschriebenen Lösungskompetenzen, dann gibt es gute Argumente für die Hypothese, daß ein Regierungswechsel 1990 ohne die deutsche Einheit sehr wahrscheinlich gewesen wäre. Ein dadurch entstehender Achtjahresrhythmus hätte durchaus auch der gewachsenen Veränderung im Wahlverhalten entsprochen und auch den Möglichkeiten einer Regierung, Veränderungen in einer Gesellschaft zu entsprechen bzw. Bemühungen um Statussicherungen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu begegnen oder sie sogar zu erfüllen. Verstärkt wird das Argument durch die Tatsache, daß am Ende der achtziger Jahre, zumindest auf der Ebene der Landtagswahlen, tatsächlich die Wähler verstärkt für Regierungswechsel gesorgt haben. Bis 1987 gab es nach 110 Bundestags- und Landtagswahlen nur siebenmal einen Wechsel der Regierung oder der Koalition, seit 1987 wechselte die Regierung bzw. die Koalition bei 40 Wahlen achtzehnmal. Durch die außerordentliche Situation als Folge der Einheit konnte die Bundesregierung 1990 noch einmal neu starten. Dies wurde vor allem durch das Wahlverhalten der Ostdeutschen möglich, die die Regierungsparteien in unerwartet hohem Maße und mit hoher Stabilität auf allen Wahlebenen des Jahres 1990 stützten – bei der ersten freien Wahl zur Volkskammer in der DDR, den Kommunalwahlen und Landtagswahlen in den neuen Ländern und schließlich bei der Bundestagswahl. Es waren vor allem die Hoffnungen, die in die Bundesregierung bei der Bewältigung der mit der Einheit verbundenen wirtschaftlichen Probleme gesetzt wurden, die hier verhaltensrelevant wurden. Aber wie ist es um die Dauer solcher Einschätzungen bestellt?

Bei der zweiten gesamtdeutschen Bundestagswahl konnten die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP nur äußerst knapp ihre parlamentarische Mehrheit verteidigen. Ihr Vorsprung vor den Oppositionsparteien SPD, Grüne und PDS betrug 0,3 Prozentpunkte, und die Ergebnisse zeigten bereits damals die hohe Bereitschaft der Wähler, insbesondere im Osten, auf veränderte ökonomische und gesellschaftliche Bedingungen mit der Wahl einer anderen Partei zu reagieren. Die Veränderungen im Osten waren sehr viel stärker als im Westen. Doch der Union war es 1994 hauptsächlich wegen der positiven Erwartungen im Hin-

Schaubild 1: Zufriedenheit mit Regierung und SPD-Opposition
(Mittelwerte auf +/- 5-Skala)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e. V.: Politbarometer.

blick auf die ökonomische Entwicklung und der mangelnden Attraktivität des sozialdemokratischen Spitzenkandidaten nochmals gelungen, das Blatt zu ihren Gunsten zu wenden. Die Dominanz wirtschaftlicher Probleme, vor allem in den neuen Bundesländern, und die traditionell der Union zugeschriebene höhere Kompetenz, diese Probleme zu lösen, haben ihr damals trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesses und der hohen Arbeitslosigkeit nochmals zu relativ guten Ergebnissen verholfen.

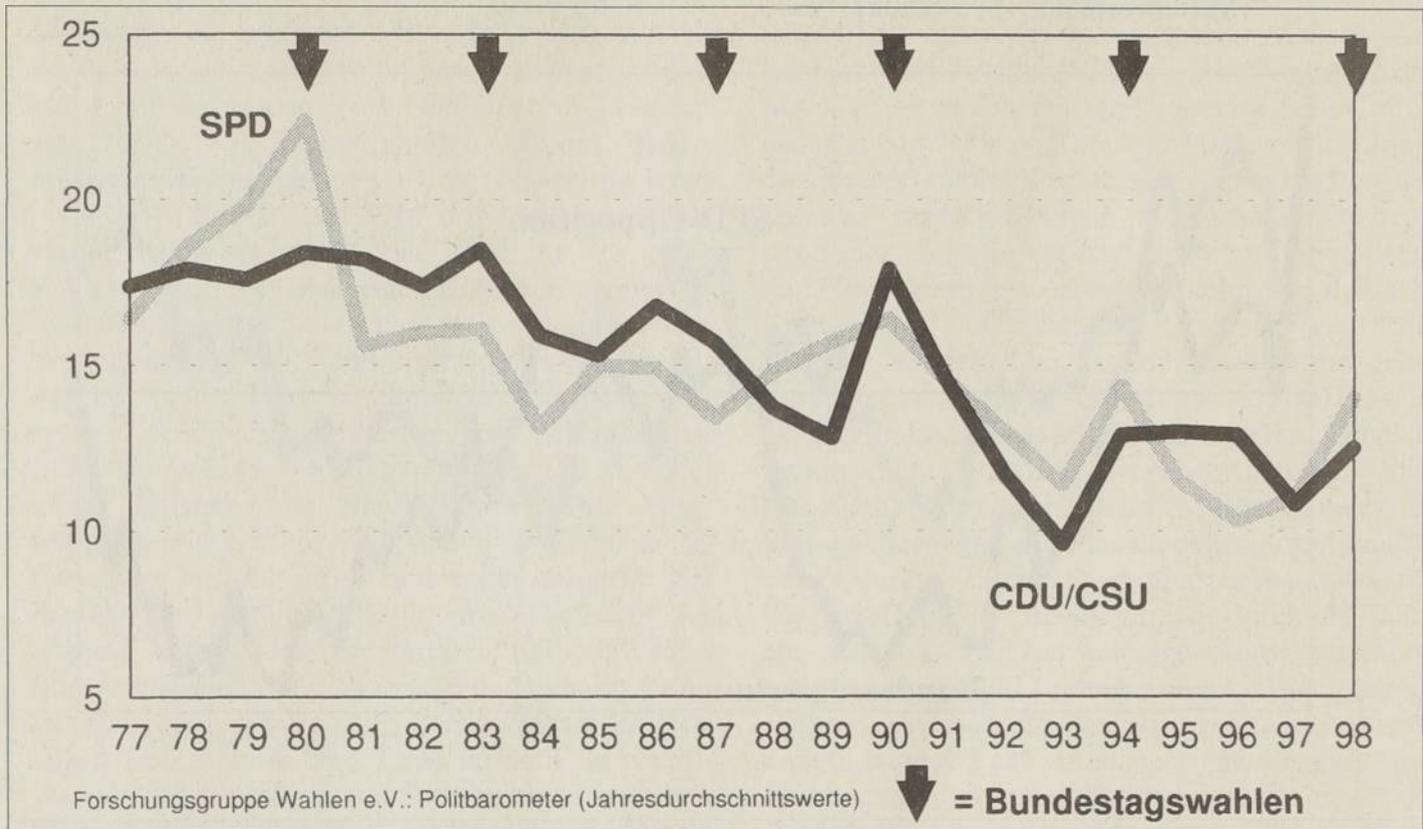
Nach dem denkbar knappen Sieg von 1994 entstand ein untypisches Stimmungsmuster: Entgegen dem sonst beobachteten Schema, nach dem eine bürgerliche Regierung im Umfeld einer Wahl Bestnoten erhält, nach einer erfolgreichen Wahl sich aber ziemlich schnell dem politischen Zustimmungstief nähert, war die Zufriedenheit mit der Bundesregierung im ersten Jahr nach dem knappen Wahlsieg vergleichsweise hoch (vgl. Schaubild 1). Der Grund war jedoch weniger eine besonders erfolgreiche Politik als vielmehr der desolatte Zustand, in dem sich die SPD als Oppositionspartei präsentierte. Sie hatte sich in dieser Zeit weitgehend von der Darstellung alternativer Konzepte zur Regierungspolitik verabschiedet und sich mit innerparteilichen Führungsproblemen beschäftigt. Die Wende für die SPD kam mit dem Wechsel im

Parteivorsitz am Jahresende 1995. Danach war die Partei sowohl in der Beurteilung ihrer Oppositionsarbeit als auch was die politische Stimmung anging, in einer steten Aufwärtsbewegung, die schließlich zum Wahlsieg 1998 führte. Die Zufriedenheit mit der Regierung sank im Gegenzug von Anfang 1996 bis Mitte 1997 auf ein bis dahin nicht gemessenes Tief, das bis zum Frühsommer 1998 anhielt. Danach konnten sich zwar die Union und auch der Kanzler in den verschiedenen Phasen des Wahlkampfes durchaus verbessern, jedoch keineswegs im gleichen Ausmaß wie 1994.

Betrachtet man die Entwicklung der Zufriedenheit mit Regierung und SPD-Opposition in den zwei zurückliegenden Legislaturperioden, so ergeben sich deutliche Ähnlichkeiten. Die Regierung wird spätestens im zweiten Jahr nach dem Wahlerfolg sehr kritisch beurteilt, und ihre Leistungen sinken aus der Sicht der Bevölkerung ab Mitte der Legislaturperiode auf ein lange anhaltendes Tief, aus dem sie sich erst im Wahljahr selbst – und 1998 besonders spät – wieder erholen kann. Die Beurteilung der Opposition ist nicht diametral entgegengesetzt, aber die Chancen für sie, sich positiv abzuheben, sind groß.

Die wichtigste Erkenntnis aus derartigen Messungen liegt jedoch darin, daß die Regierung selbst

Schaubild 2: WEST: Eine starke Parteiidentifikation haben ...



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e. V.: Politbarometer (Jahresdurchschnittswerte).

unter großen Anstrengungen in den verschiedenen Mobilisierungsphasen des Wahlkampfs das Ausgangsniveau der jeweils letzten Wahl in der Beurteilung nicht mehr erreichen kann. Das war in dem betrachteten Zeitraum der Fall. Trotz einer erstaunlichen Aufholjagd der Unionsparteien und des Kanzlers in der Beurteilung durch die wahlberechtigte Bevölkerung – sowohl 1994 als auch 1998 – gelang es der unionsgeführten Regierung jeweils nicht, das vorausgegangene Beurteilungsniveau wieder zu erreichen. Aufgrund des extrem knappen Vorsprungs 1994 war somit ein Scheitern der christlich-liberalen Bundesregierung vorprogrammiert, was allerdings nicht zwangsläufig eine Mehrheit für Rot-Grün implizierte.

Bei den Landtagswahlen seit 1995 hat die CDU zwar in den Stadtstaaten ihre Position relativ verbessert, doch wirkliche Durchbrüche erzielte sie nicht. Sie blieb in Nordrhein-Westfalen auf bescheidenem Niveau, und es gelang ihr lediglich in Baden-Württemberg, sich aus der großen Koalition zu befreien und zusammen mit FDP die Regierung zu bilden. In Schleswig-Holstein erreichte sie trotz Zugewinnen nicht ihr altes Niveau, und sie stagnierte trotz SPD-Verlusten in Rheinland-Pfalz. Im Bundestagswahljahr 1998 ging Niedersachsen klar an die SPD, Sachsen-Anhalt war für die CDU ein Desaster, in Bayern

jedoch hielt die CSU ihre Position. Die Bilanz: Kein befreiender Trend auf der Landesebene, keine Verbesserung der Position im Bundesrat, die zur Durchsetzung von zustimmungsbedürftigen Gesetzesvorhaben notwendig gewesen wäre. Die Ausgangslage der Union für die Bundestagswahl war damit äußerst bescheiden.

Für den Koalitionspartner FDP war die Situation keineswegs günstiger. Die Liberalen blieben bei allen Landtagswahlen, außer in Hessen 1995 und bei den Wahlen im März 1996 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, unter der Fünf-Prozent-Hürde. Im Osten erreichten sie außer in Thüringen immer weniger als drei Prozent. Die FDP hatte trotz teilweise sehr niedrigen Ausgangsniveaus bei zehn der 16 Landtagswahlen zum Teil erhebliche Verluste; wo sie zugelegt hat, waren die Gewinne, außer in Baden-Württemberg, sehr bescheiden. Auf der Bundesebene wurde die FDP im *Politbarometer* bei der Wahlabsicht während der gesamten Legislaturperiode unterhalb der Fünf-Prozent-Marke gemessen. Die FDP hat keine ausreichende eigene Basis, um in irgendeinem Bundesland oder auch auf der Bundesebene ins Parlament zu kommen. Dort, wo sie auf der Landesebene erfolgreich war, wurde sie in beträchtlichem Umfang von unionsnahen Wählern gestützt; dasselbe Bild ergab sich auch bei der

Bundestagswahl 1998: Mehr als die Hälfte der Wähler der FDP stehen den Unionsparteien deutlich näher als der FDP, für die sie sich am Wahltag aus taktischen Überlegungen entschieden haben. Diese Situation ist nicht neu, auch 1994 kam die FDP nur mit Hilfe dieser Koalitionswähler zum Erfolg. Die taktischen Überlegungen dieser unionsnahen Wähler werden sich allerdings bei einer FDP in der Opposition wohl anders entwickeln. Die Frage nach der Überlebensfähigkeit der Freien Demokraten stellt sich also erneut, aber diesmal in bisher ungekannter Schärfe.

Die Ausgangssituation für die Grünen stellt sich deutlich anders dar. Ihre Bilanz in den Landtagswahlen seit 1995 ist zumindest bis zum März 1998 positiv. Bei allen Wahlen bis dahin hatte die Partei Zuwächse zu verzeichnen und erreichte in sechs von acht Wahlen zweistellige Ergebnisse. Auf der Bundesebene zeigte das *Politbarometer* ebenfalls im gesamten Zeitraum zweistellige Stimmungswerte. Diese Stimmung änderte sich dramatisch im März 1998. Bei geringen Verlusten erreichte die Partei in Niedersachsen noch sieben Prozent der Stimmen. Auf der Bundesebene sank die Sympathie für die Grünen nach ihrem Bundesparteitag in Magdeburg, auf dem sie den vieldiskutierten Beschluß gefaßt hat, den Benzinpreis in jährlichen Stufen bis auf fünf D-Mark anheben zu wollen, rapide.

Der Hauptgrund für den Rückgang der Stimmungswerte für die Grünen war jedoch darin zu sehen, daß viele Wähler, die gleichzeitig Sympathien für die Grünen und die SPD haben, nach der für Gerhard Schröder und die SPD so erfolgreichen Wahl in Niedersachsen und der Klärung der Frage des SPD-Kanzlerkandidaten eine realistische Alternative zu der damals amtierenden Bundesregierung sahen. Im gleichen Ausmaß, in dem die Stimmungswerte für die Grünen zurückgingen, stiegen diejenigen für die SPD. Die Ausgangsbasis für die Grünen war also im Wahljahr 1998 geschwächt, nicht aber die Chancen für eine alternative Koalition.

Für die PDS gab es kaum Wahlergebnisse, auf denen sie hätte aufbauen können. Im Oktober 1995 hat die PDS zwar in Berlin deutlich dazugewonnen. Daraus konnten jedoch kaum Schlüsse auf ihren generellen Stand bei den Bürgern in den neuen Ländern gezogen werden. Im April 1998 hat sie in Sachsen-Anhalt nur knapp ihr Vorwahlergebnis gehalten. Da diese Wahl aber unter besonderen Bedingungen verlief (hohe Wahlbeteiligungssteigerung = +16,7 Prozentpunkte, hoher Anteil von DVU-Wählern = 12,6 Prozent), war sie

wenig aussagekräftig. Allerdings zeigte die Sachsen-Anhalt-Wahl ein beachtliches Protestpotential, das durchaus auch für die PDS erreichbar war.

III. Die wirtschaftliche Lage und die wirtschaftlichen Erwartungen

Ohne Zweifel waren die positiven Erwartungen der ökonomischen Entwicklungen in der Bevölkerung im Jahre 1994 und die traditionell den Unionsparteien zugeschriebenen Kompetenzen zur Lösung wirtschaftlicher Probleme entscheidende Faktoren für den nochmaligen Erfolg der Regierung. Es war nicht das erste Mal in der Erfolgsgeschichte der Unionsparteien, daß sie die Gelegenheit wahrnahmen, die „ökonomische Karte“ zu spielen. Sie konnte die ihr traditionell zugeschriebene Kompetenz in dieser Frage bereits bei den Bundestagswahlen 1983 und 1987 nutzen (1990 war das nicht nötig). Wenn man mit solchen Strategien erfolgreich ist, dann versucht man, sie auch erneut einzusetzen. Und die Wahlkämpfer der Unionsparteien versuchten es auch 1998. Dies war nicht von Erfolg gekrönt, weil sich die Situation in wichtigen Beurteilungsbereichen verändert hat. Zwar gab es in der Einschätzung der ökonomischen Situation seit dem Frühjahr 1998 aus der Sicht der Bevölkerung eine Verbesserung, doch waren diese Hoffnungszuwächse in bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung nicht so eindeutig wie 1994, und die Stimmungswerte für die Union blieben davon weitgehend abgekoppelt. Der Grund hierfür ist, daß in den Jahren 1996 und 1997, in denen sich die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation in Deutschland nur wenig änderte, die Kompetenzzuschreibungen für die von der Union geführte Regierung ständig abnahmen, die zugunsten einer alternativen SPD-geführten Regierung zumindest im Jahre 1997 deutlich zunahmen, aber vor allem die Gruppe derjenigen, die keiner der beiden alternativen Regierungen zutrauten, die anliegenden ökonomischen Probleme zu lösen, immer größer wurde und bereits im Spätsommer 1996 die größte Gruppe bildete. Unter solchen Bedingungen konnte die alte Strategie der Unionsparteien, sich als wirtschaftliche Problemlöser darzustellen, nicht aufgehen. Die Union war in diesen Fragen unglaublich geworden. Zwar hat sie in der Schlußphase des Wahlkampfes die SPD in der Frage der Wirtschaftskompetenz nochmals eingeholt und sogar leicht überholt, allerdings waren selbst zu diesem Zeitpunkt weniger Wähler der Meinung, daß eine unionsgeführte Regierung die

größere Wirtschaftskompetenz hat, als bei der Wahl die Union gewählt haben.

Beeinträchtigt wurde das wirtschaftspolitische Image der Union in hohem Maße durch das glücklose Agieren des Bundesfinanzministers Theo Waigel. Da die Union ja seit Beginn ihrer Regierungszeit im ökonomischen Bereich lediglich den Finanzminister stellte, kommt ihm in dieser Hinsicht eine zentrale Bedeutung zu. In Hinblick auf die Haushaltspolitik hat er jedoch kontinuierlich das Ansehen der Regierung beeinträchtigt, indem er in allen kritischen Situationen jeweils haltlos optimistische Positionen vertreten hat, die sich meist schon nach kurzer Zeit als unrealistisch erwiesen. Ebenfalls primär auf sein Konto geht das Scheitern der Steuerreform. Waigel hat sich lange aufgrund einer buchhalterischen anstelle einer wachstumspolitischen Mentalität gegen eine grundlegende Steuerreform gewehrt. Dadurch kam die Steuerreform so spät ins Gesetzgebungsverfahren, daß ihr Scheitern im Bundesrat unabwendbar war. Lediglich mitten in der Legislaturperiode wäre ein Kompromiß mit der SPD möglich gewesen, nicht aber in der beginnenden Wahlkampfphase. Eine Steuerreform, wie sie die alte Bundesregierung geplant hatte, hätte auch nur indirekt über die von ihr ausgehenden Wachstumseffekte zur politischen Stimmungsverbesserung beitragen können. Die dafür notwendigen Maßnahmen sind nicht unbedingt mehrheitsfähig und vergrößern die Distanz der Bevölkerungsmehrheit zur Bundesregierung. Das war auch im Herbst 1997 so. Die Reformmaßnahmen wurden auch bei der Steuerreform mehrheitlich abgelehnt. Deshalb war es auch konterproduktiv, der SPD vorzuwerfen, im Bundesrat eine Politik verhindert zu haben, die von der Bevölkerungsmehrheit abgelehnt wurde. Zustimmung zu unpopulären Maßnahmen kann man nur durch entschlossenes Handeln erreichen.

Aber selbst wenn es der Bundesregierung gelungen wäre, wieder einen zu 1994 vergleichbaren Kompetenzvorsprung beim Thema Wirtschaft zu erzielen, wäre es noch lange nicht ausgemacht gewesen, daß davon ein vergleichbar positiver Effekt wie 1994 für die politische Zustimmung zu erzielen gewesen wäre. In der Zeit nach 1994 hat sich nämlich zunehmend gezeigt, daß auch nennenswert hohes Wirtschaftswachstum nicht unbedingt mit einem substantiellen Rückgang der Arbeitslosigkeit verbunden sein muß.

Das Thema Arbeitslosigkeit aber beherrschte die politische Agenda während der gesamten Legislaturperiode. Im Osten war die Arbeitslosigkeit

schon seit der Einheit Thema Nummer eins, ab Herbst 1993 führte es auch im Westen die Themenliste an und gewann noch höhere Bedeutung im Laufe des Jahres 1995. Seit Anfang 1997 nennen über 80 Prozent der Befragten des *Politbarometers* im Jahresdurchschnitt Arbeitslosigkeit als das wichtigste Problem in der Bundesrepublik (offene Frage, zwei Antwortmöglichkeiten). Zwar ist es richtig, daß nach wie vor nur eine Minderheit in der Bevölkerung eine unmittelbare Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit empfindet. Rund drei Viertel der Berufstätigen geben an, einen sicheren Arbeitsplatz zu haben. Etwa ein Sechstel sieht den eigenen Arbeitsplatz als gefährdet an, und weitere zehn Prozent sind bereits arbeitslos. Allerdings führt die anhaltende Diskussion über dieses ungelöste Thema in den Medien und durch die Politiker selbst zu hoher Unsicherheit über die Auswirkungen auf die Wirtschaft und damit auch auf die eigene Situation der Wähler. Die versprochene Halbierung der Arbeitslosigkeit durch Helmut Kohl war aus der Sicht der Wähler zu allen Zeiten unglaubwürdig und hat die Position der Bundesregierung in bezug auf ökonomische Problemlösungen deutlich geschwächt. In der Frage der Überwindung der Arbeitslosigkeit war eine Mehrheit der Bevölkerung bis Anfang 1998 der Meinung, daß weder eine unionsgeführte noch eine SPD-geführte Bundesregierung in der Lage sei, Arbeitsplätze zu schaffen. Der unionsgeführten Regierung traute man hierbei fast überhaupt nichts zu, während die relative Mehrheit einer SPD-geführten Regierung hier die Kompetenzen zuordnete. Dieser Vorsprung hat sich zwar unmittelbar vor dem Wahltermin etwas verengt, trotzdem hatte die SPD bzw. eine SPD-geführte Regierung eindeutige Vorteile bei der Kompetenz zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

IV. Andere politische Probleme

Im Vergleich zu den wirtschaftlichen Problemen treten auch 1998, wie schon 1994, weitere Themen im Bewußtsein der Bevölkerung deutlich in den Hintergrund. Etwa gleichrangig folgen nach der Arbeitslosigkeit als vordringlich zu lösende Probleme unmittelbar vor der Wahl die innere Sicherheit, die Alterssicherung, das Asyl- und Ausländerproblem sowie die offenen Fragen bei Steuern und Steuererhöhungen. Jeweils zwischen zehn und 13 Prozent der Befragten nennen diese Probleme spontan als die wichtigsten (bei zwei möglichen Nennungen). Ein Vergleich mit 1994 zeigt, daß vor

allem das Ausländerproblem deutlich dringlicher eingestuft wurde.

Bei der Bekämpfung der Kriminalität wird der Union (34 Prozent) größere Kompetenz zugeordnet als der SPD (19 Prozent). Die Sicherung der Renten versprechen sich die Deutschen dagegen häufiger von der SPD (38 Prozent) als von der Union (28 Prozent). Bei der Lösung der staatlichen Finanzprobleme liegt die CDU/CSU (35 Prozent) leicht vor der SPD (30 Prozent). Bei Umweltproblemen hat keine der beiden Volksparteien das mehrheitliche Vertrauen. Vielmehr meinen 39 Prozent der Wahlberechtigten, daß am ehesten die Grünen eine Umweltpolitik in ihrem Sinne machen. Von Union und SPD sagen dies jeweils weniger als ein Fünftel. In der Frage der Stabilität der Währung und im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik besitzt die Union das eindeutig größere Vertrauen der Wählerschaft. Allerdings stehen diese Problembe- reiche nicht an prominenter Stelle in der Rangfolge der Wichtigkeit. Darüber hinaus hat eine Oppo- sitionspartei bei diesen Themen wenig Chancen der Profilierung und fast keine für einen wirklichen Lei- stungsnachweis.

Nicht unerheblich für den Ausgang der Wahl war sicherlich, daß der größere Teil der Deutschen eher der SPD als der Union zutraut, die künftigen Probleme des Landes zu lösen. Der Vorsprung der Sozialdemokraten war zwar nicht allzu groß, aber das Ergebnis unterstreicht, daß in der Bevölke- rung eine Stimmung für Veränderung vorge- herrscht hat, denn gerade bei der Lösung der Zukunftsprobleme hat eine amtierende Regierung in der Regel Vorteile. Daß die SPD als die zukunftsfähigere Partei angesehen wurde, steht im Einklang mit dem mehrheitlichen Wunsch, daß andere Parteien in Bonn regieren sollten.

Bei allen erwähnten Problemen trauen zwischen einem Achtel und einem Fünftel der Wahlberech- tigten keiner Partei eine Lösung zu. Diese Nen- nungen sind während der Legislaturperiode in der Regel deutlich höher gewesen. Im Wahlkampf gelang es den Parteien, ihre Kompetenzen zur Lösung der Probleme besser darzustellen oder zumindest ihre Klientel von ihrer Leistungsfähig- keit zu überzeugen.

Insgesamt muß man jedoch festhalten, daß der Kompetenzvorsprung der SPD vor der Union nicht so eindeutig war, daß man daraus das Wahl- ergebnis erklären könnte. Vielmehr muß man davon ausgehen, daß nicht hauptsächlich die Orientierung der Wähler an den Problemen und deren Lösungen durch die Parteien zum Vor- sprung der SPD vor der Union und zum Regie-

rungswechsel geführt hat, sondern darüber hinaus andere Motive für den Wechsel zu suchen sind, die in erster Linie in den Personalternativen liegen, die bei dieser Wahl angeboten wurden.

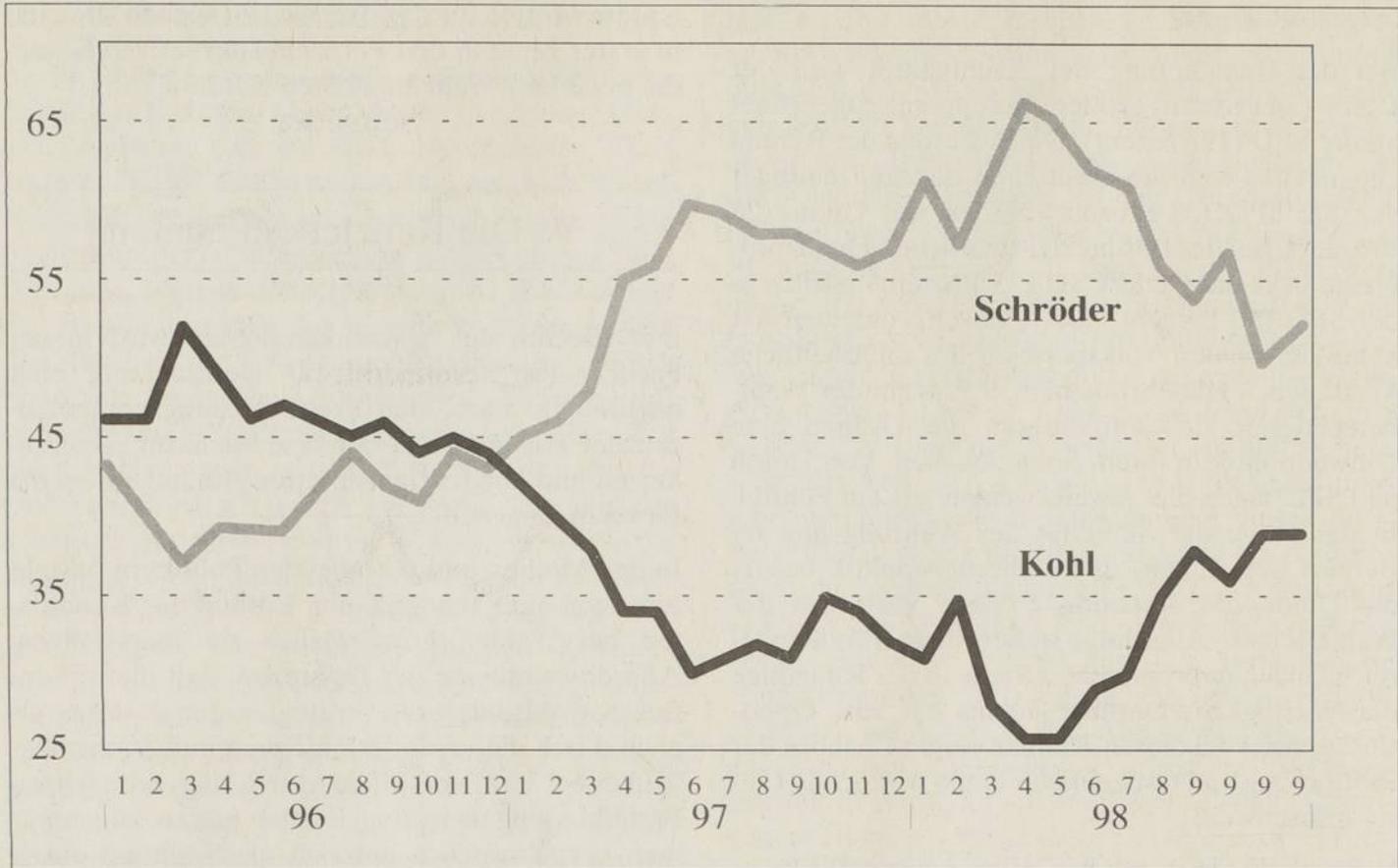
V. Die Kanzlerkandidaten

Der Einfluß der Spitzenkandidaten wird in der Fachliteratur, zumindest für Deutschland, eher nachrangig hinter den Problemlösungskompeten- zen der Parteien und den sozialstrukturell veran- kerten und langfristig tradierten Bindungen an die Parteien eingestuft.

In den Medien und auch bei den Politikern besteht hingegen eine Tendenz, den Einfluß der Kandida- ten bei Wahlen grundsätzlich zu überschätzen. Allerdings müssen wir feststellen, daß dieser Ein- fluß sowohl durch die Strategien der Parteien als auch durch die veränderten Kommunikationsmög- lichkeiten und vor allem durch die reduzierten Parteibindungen in den letzten Jahren zugenom- men hat. Zusätzlich hat sich die Situation durch das größer gewordene Deutschland verändert. Ohne Zweifel ist der Personeneinfluß auf das Wahlverhalten in den neuen Bundesländern wegen der dort fehlenden sozialisierten Bindungen an die Parteien größer. Das haben z. B. die Ergeb- nisse bei den Landtagswahlen 1994 in Sachsen und Brandenburg deutlich gezeigt. Beide Wahlen fan- den am gleichen Tag statt, und es kam bei nicht allzu unterschiedlichen Problemlagen in diesen Ländern zu jeweils absoluten Mehrheiten ver- schiedener Parteien, die überwiegend auf die Spit- zenkandidaten zurückgeführt werden können.

Allerdings handelt es sich dabei um Landtagswah- len, in denen „Landesfürsten“ besondere Möglic- keiten auch einseitiger Mobilisierung haben. Trotzdem zeigen die kurz vor der Bundestagswahl erhobenen Daten auch 1998, daß die Personenef- fekte in den neuen Bundesländern immer etwas stärker ausfallen als in den alten Bundesländern. So wurde z. B. Kohl als Bundeskanzler im Osten deutlich weniger gewünscht als im Westen, obwohl seine Leistungsbewertung im Osten und Westen diesselbe ist. Umgekehrt wurde Schröder im Osten deutlich stärker als Bundeskanzler gewünscht, bei ebenfalls gleichen Leistungsbewertungen in den neuen und alten Bundesländern. Aber auch im Westen haben sich die relativen Gewichte der Ein- flußfaktoren auf das Wahlverhalten zugunsten der Personenkomponente zumindest bei dieser Wahl verändert.

Schaubild 3: Lieber als Bundeskanzler ...



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e. V.: Politbarometer.

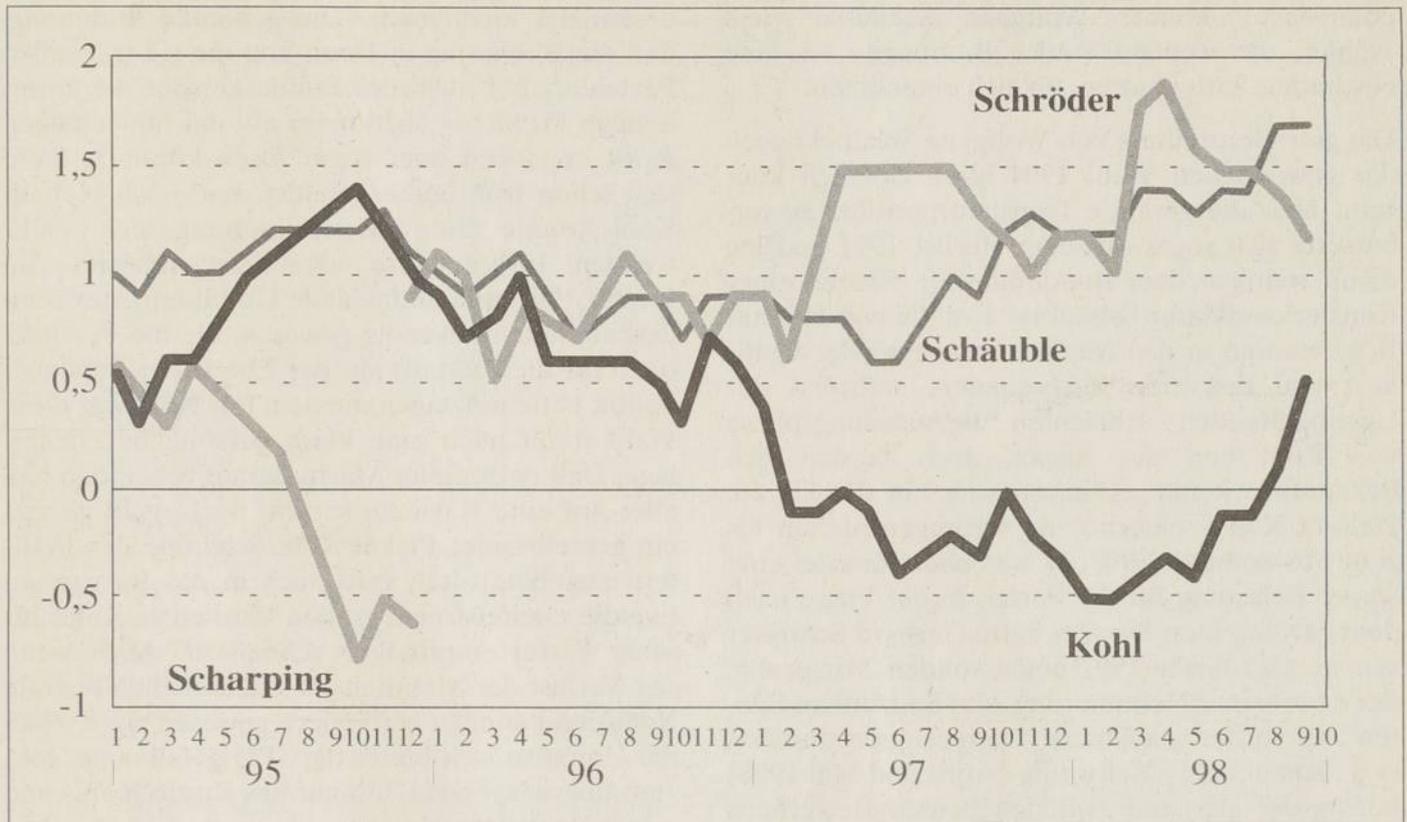
Bei der stärkeren Konzentration auf die Kandidaten gibt es eine seltsame Koalition zwischen den Parteien und den Medien. Beide glauben aus dieser Entwicklung Nutzen zu ziehen. Bei der Vereinfachung von Politik im Wahlkampf treffen sich die Interessen. Die Medien, insbesondere die elektronischen, brauchen Bilder, und dabei steigen die Chancen der Politiker, diesen Bedarf zu decken, weil Politik mit und an Personen leichter darzustellen ist als ohne sie. Damit erhöhen sich auch die Möglichkeiten der Inszenierung von Politik, was hauptsächlich hinter dem Schlagwort der „Amerikanisierung des Wahlkampfes“ steht.

Im Wahlkampf 1998 haben die beiden Volksparteien ihre Kandidaten für das Bundeskanzleramt besonders stark in den Mittelpunkt gerückt. Es gab auch bei früheren Wahlen den Versuch, insbesondere von seiten der Amtsinhaber, den Wahlkampf stark zu personalisieren („Auf den Kanzler kommt es an!“); neu ist jedoch, daß der Herausforderer bzw. die große Oppositionspartei die Personenkomponente derart ins Zentrum der politischen Diskussion stellt und die Medien so willig darauf eingehen. Schließlich hat die SPD Presse und Fernsehen mehr als ein Jahr damit beschäftigt, indem sie die Frage, wer nun Kanzlerkandidat

werden sollte, nicht entschied. Da Zweikämpfe oder vermeintliche Zweikämpfe aus der Sicht der Medien besonders interessant sind, bot diese Nichtentscheidung der SPD immer wieder reichlich Stoff für Spekulationen, und die Beobachtung der beiden möglichen Kandidaten band viele Kapazitäten, die dann für die Beschäftigung mit Inhalten nicht mehr zur Verfügung standen.

Andererseits hatte zunächst einmal Helmut Kohl diese Chancen der SPD selbst eingeleitet. Nachdem er seine Zusage, die er völlig unerwartet gegen Ende des Wahlkampfes 1994 gemacht hatte, 1998 nicht noch einmal anzutreten, zurücknahm, erhielt die SPD ein weiteres Mal eine Chance, mit einem neuen Spitzenkandidaten gegen den zwar zunehmend respektierten, aber immer unbeliebten Kanzler Kohl anzutreten. Gerhard Schröder ist der fünfte Kandidat der SPD in fünf aufeinander folgenden Wahlen. Nachdem sich Kohl im Frühjahr 1997, bezeichnenderweise in einer Fernsehsendung aus seinem Urlaubsort, endgültig dafür entschied, daß er nochmals zur Wahl antritt, entstand ein vermeintlicher Druck auf die Opposition, ihrerseits einen Kandidaten zu präsentieren. Dies zu artikulieren und einzufordern machten die Medien zu ihrer Aufgabe.

Schaubild 4: Was halten Sie von ...
(Mittelwerte auf +/- 5-Skala)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e. V.: Politbarometer.

Nach der Landtagswahl in Niedersachsen am 1. März 1998, bei der es wegen der Frage des Kanzlerkandidaten der SPD auch noch zu einer einseitigen Mobilisierung in der Wählerschaft zugunsten der Sozialdemokraten kam, war die Konzentration auf die Kandidaten von Seiten der Medien noch stärker und wurde wegen des deutlichen Sympathievorsprungs von Gerhard Schröder vor Helmut Kohl von Seiten der SPD noch aggressiver betrieben. Nach den Erfahrungen der beiden vorherigen Bundestagswahlen, insbesondere aber der Wahl von 1994, erschien die Unionsstrategie, auf die „Lokomotive“ Kohl zu setzen, erfolgversprechend. Die Qualitäten Helmut Kohls als Wahlkämpfer und sein immer wieder vorgetragener und nicht zu erschütternder Optimismus im Hinblick auf eine ökonomische Aufwärtsentwicklung und damit den Erfolg der Union ließen den gleichzeitig in der Bevölkerung gemessenen mehrheitlichen Verdruss über den Bundeskanzler zumindest bei Unionspolitikern immer wieder in den Hintergrund treten. Auch die Entscheidungsstrukturen in der Union ließen es nicht zu, auf sich abzeichnende Verluste, die zum großen Teil ihre Ursachen in der Person Kohls und seiner schon 16jährigen Regentschaft hatten, zu reagieren.

Helmut Kohl war 1994 unzweifelhaft ein bedeutender Faktor bei der Verteidigung der Regierungsmehrheit. Zunächst schienen die hohen Sympathiewerte nach seiner „Wiedergeburt“ im Wahlkampf 1994 auch noch im Jahre 1995 zu halten und sich sogar zu stabilisieren. Aber auch diese Entwicklung war nur die Resultante aus der schlechten und immer schlechter werdenden Beurteilung des damaligen Oppositionsführers Rudolf Scharping. Mit dem Wechsel an der Parteispitze der SPD veränderte sich auch die Einschätzung von Helmut Kohl, der neue, sehr viel mehr Erfolg versprechende Gegner bekommen hatte. Die Kritik am Bundeskanzler wuchs, seine Beurteilungswerte sanken nahezu stetig. Mit Beginn der zweiten Hälfte der Legislaturperiode sank Kohls Einschätzung in den negativen Bereich der Beurteilungsskala von +5 bis -5 (vgl. Schaubild 4). Gleichzeitig stiegen die Werte für Gerhard Schröder, der, obwohl noch weit entfernt von einer Nominierung, bereits 1996 Helmut Kohl erreicht hatte und ihn 1997 immer deutlicher überflügelte. Allerdings gab es auch in der CDU einen Politiker, der nicht nur das große Vertrauen der Unionsanhänger, sondern auch beachtliches Ansehen bei den Anhängern aller anderen Parteien und eben

auch bei der SPD genoß: Wolfgang Schäuble. Während Helmut Kohl die Wählerschaft deutlich polarisierte, konnte Wolfgang Schäuble viele Wähler, die weniger starke Bindungen an eine bestimmte Partei hatten, für sich einnehmen.

Die gute Beurteilung von Wolfgang Schäuble nach der gewonnenen Wahl 1994 blieb ziemlich konstant über die gesamte Legislaturperiode, er verbesserte sich sogar mit dem Herbst 1997 und lag damit weit vor dem Bundeskanzler. Fragen einer Kanzlerkandidatur Schäubles anstelle von Helmut Kohl wurden in den Medien immer wieder ventiliert und diskutiert, insbesondere während der langanhaltenden schlechten Beurteilungsphase von Kohl und der Partei, doch fanden sich bekanntlich keine „Königsmörder“ in der Union. Helmut Kohls schlechte Bewertungen hielten bis zum Frühsommer 1998, er war ohne Zweifel eine starke Belastung für die Partei. In der Frage nach dem gewünschten Kanzler hatte Gerhard Schröder seit dem Frühjahr 1997 einen soliden Vorsprung, der nach seiner Nominierung zum Spitzenkandidaten nie vorher gemessene Dimensionen annahm (vgl. Schaubild 3). Zeitweilig (April und Mai 1998) betrug der Abstand zwischen beiden Bewerbern 40 Prozentpunkte. Zwar konnte Helmut Kohl in der heißen Phase des Wahlkampfes und der dann natürlicherweise einsetzenden Polarisierung diesen Vorsprung des Herausforderers deutlich verringern, doch blieb auch am Wahltag eine Differenz zugunsten Schröders (13 Prozentpunkte), die bei bisherigen Wahlen nie vorgekommen war. Im Osten betrug der Vorsprung von Schröder vor Kohl sogar 21 Prozentpunkte.

Während Kohl im Wahljahr 1994 verlorenes Terrain gegenüber dem damaligen Herausforderer Scharping rechtzeitig zurückholen konnte und auch im Profil der politischen Eigenschaften kurz vor der Wahl wieder dominierte, gelang ihm dies 1998 in den entscheidenden Zuordnungen nicht mehr. Zwar sahen die Deutschen Helmut Kohl eher als den integeren, seriösen Politiker an. Er galt als verantwortungsbewußter, als derjenige, der deutsche Interessen besser vertritt, und er hatte auch noch leichte Vorteile bei den Eigenschaften Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit. Aber Gerhard Schröder war ohne Zweifel der populärere Politiker mit der Ausstrahlung des Machers sowie der Aura des Siegertyps, ein Sympathieträger par excellence, der außerdem eben auch eindeutig als derjenige gesehen wurde, der eher die zukünftigen Probleme Deutschlands lösen kann. Bei einer derartigen Beurteilung der politischen Eigenschaften von Kanzler und Herausforderer sowie der beschriebenen Problemlage aus der Sicht der Wähler

überrascht dann der Vorsprung von Gerhard Schröder in der Frage nach dem gewünschten Bundeskanzler nicht mehr. Die generelle Stimmung, daß die Regierung in Bonn und die sie tragenden Parteien, aber auch der Bundeskanzler die anstehenden Probleme nicht mehr mit der notwendigen Kraft anpacken oder sogar lösen könnten, hatte sich schon früh herausgebildet, und auch Helmut Kohl konnte diese Grundstimmung nicht mehr wenden. Insbesondere wäre dazu spätestens im Herbst 1997 eine umfassende Umbildung des Bundeskabinetts notwendig gewesen, die die Perspektiven für die Zukunft auf der Ebene der Personalpolitik hätte aufzeigen müssen. Für Kohl war diese Wahl somit auch eine klare persönliche Niederlage. Daß er mit aller Macht darauf bestanden hat, alles auf eine Karte zu setzen, noch nicht einmal ein gemeinsames Plakat Kohl/Schäuble den Wählern angeboten hat, wird auch in der Retrospektive die zweifelsfreien großen Verdienste Kohls für seine Partei empfindlich schmälern. Auch wenn der Verlust der Mehrheit für die christlich-liberale Koalition kaum zu verhindern gewesen wäre – daß die Union so weit hinter die SPD gefallen ist, geht zum überwiegenden Teil auf das Konto Kohls und seines Realitätsverlustes.

VI. Wechsel im Wahlverhalten sozialer Gruppen

Bei so starken Veränderungen wie bei dieser Wahl ist es besonders interessant, der Frage nachzugehen, ob dies ein genereller Trend in der Gesellschaft ist oder ob er in bestimmten sozialen Gruppen stärker auftritt. Wenn es richtig ist, daß die traditionellen Bindungen an die beiden großen Volksparteien sich lockern, dann müßten die Veränderungen vor allem dort auftreten, wo diese Bindungen wegen des starken gesellschaftlichen Wandels auch besonders deutlich sind.

Die Basis der folgenden Analysen ist die Befragung von Wählern am Wahltag durch die Forschungsgruppe Wahlen, unmittelbar nachdem die Wähler das Wahllokal verlassen haben. In Westdeutschland nahmen 15 570 Wähler an der Befragung teil, in Ostdeutschland 5 424 Wähler. In der Auswertung für die Bundesrepublik insgesamt wurden die Ergebnisse so gewichtet, daß die Befragten in Ost und West den tatsächlichen Anteilen entsprechen. Dadurch ergeben sich rein rechnerisch die in den Tabellen und Grafiken ausgewiesenen Zahlen.

Tabelle 1: Parteianteile nach Alter und Geschlecht bei der Bundestagswahl 1998 (in Prozent)

	SPD	CDU-CSU	GRÜNE	FDP	PDS	Rechte
Gesamt	40,9	35,2	6,7	6,2	5,1	3,3
Geschlecht						
männlich	41	35	6	6	5	4
weiblich	41	35	8	6	5	2
Alter						
18–24 Jahre	36	32	10	6	6	7
25–34 Jahre	42	29	10	6	5	5
35–44 Jahre	42	30	10	5	7	3
45–59 Jahre	43	36	5	7	5	3
60 u. älter	40	44	2	6	4	2
Alter und Geschlecht						
18–24 Jahre Mann	35	32	8	7	5	9
18–24 Jahre Frau	37	31	12	5	6	4
25–34 Jahre Mann	42	30	8	6	5	6
25–34 Jahre Frau	42	27	12	6	6	4
35–44 Jahre Mann	44	31	9	5	6	4
35–44 Jahre Frau	41	29	12	5	7	2
45–59 Jahre Mann	43	36	5	8	5	3
45–59 Jahre Frau	43	35	6	7	5	2
60 u. älter Mann	39	43	2	7	6	2
60 u. älter Frau	41	44	3	6	3	1

Für den Vergleich zu 1994 wurde die damals durchgeführte Befragung am Wahltag herangezogen, bei der sich in den alten Bundesländern 14 478 und in den neuen Bundesländern 5 458 Wähler beteiligt hatten. Alle Ergebnisse und Differenzen werden in ganzen Prozenten bzw. in Prozentpunkten dargestellt, um den Zahlen nicht eine Präzision zu verleihen, die sie bei Umfragen dieser Art nicht erreichen können.

1. Alter

Die SPD ist nach der Bundestagswahl 1998 in allen Altersgruppen, außer den über 60jährigen, stärkste Partei (vgl. Tabelle 1). Der Vorsprung der Unionsparteien bei den über 60jährigen schmolz allerdings von 15 Prozentpunkten auf vier Prozentpunkte. Der Vorsprung der SPD in den anderen Altersgruppen ist unterschiedlich groß; bei den unter 25jährigen beträgt er nur vier Prozentpunkte, bei den 25- bis 34jährigen ist er mit 13 Prozentpunkten am höchsten, bei den 35- bis 44jährigen macht er zwölf und bei den 45- bis 49jährigen sieben Prozentpunkte aus.

Die größten Veränderungen gab es bei den 45- bis 59jährigen. In dieser Altersgruppe verlor die Union neun Prozentpunkte, die SPD dagegen gewann sechs Prozentpunkte hinzu. Auch die Grünen gewannen in dieser Altersgruppe einen Prozentpunkt dazu. Die FDP dagegen verlor einen Prozentpunkt. Auch bei den über 60jährigen sind

die Veränderungen überdurchschnittlich hoch. Die Unionsparteien verloren sechs Prozentpunkte, und die SPD gewinnt im gleichen Umfang.

Wenn in früheren Wahlen im stärkeren Umfang wechselndes Wahlverhalten zu beobachten war, dann in der Regel in den Altersgruppen zwischen 25 und 44 Jahren, in den Gruppen also, in denen wir die höchste Mobilität registrieren und in denen auch am häufigsten Statusveränderungen vorkommen. Bei dieser Wahl war das anders. In den unteren Altersgruppen war der Wechsel vor allem zwischen den beiden großen Parteien deutlich geringer als in den höheren Altersgruppen. In der Gruppe der 45- bis 59jährigen haben sich durch den starken Wechsel die Mehrheitsverhältnisse zwischen der SPD und den Unionsparteien umgedreht. Während 1994 hier die Unionsparteien noch acht Punkte vor der SPD lagen, liegt diese jetzt sieben Prozentpunkte vor der Union. Etwas überspitzt läßt sich formulieren, daß vor allem die älteren einen neuen Kanzler wollten.

Die Grünen, bei denen 1994 noch das gewohnte Bild galt: je jünger die Wähler desto besser die Ergebnisse für die Grünen, erhielten jetzt einheitlich rund zehn Prozent von Wählern zwischen 18 und 44 Jahren. Erst danach nimmt die Unterstützung der Grünen deutlich ab. Insofern läßt sich ein weiteres „Ergrauen“ der Wähler der Grünen feststellen: Sie behalten entgegen den bekannten Lebenszykluskonzepten ihre Parteipräferenz auch

Tabelle 2: Parteienteile nach Alter und Geschlecht (in Prozent)
Nur neue Bundesländer inkl. Berlin

	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	PDS	Rechte
Gesamt	35,6	27,6	5,2	3,6	19,5	4,7
Geschlecht						
männlich	37	27	4	4	19	6
weiblich	35	27	7	4	21	3
Alter						
18–24 Jahre	31	20	8	4	20	12
25–34 Jahre	31	25	8	5	19	6
35–44 Jahre	35	25	7	4	20	5
45–59 Jahre	38	28	5	3	19	4
60 u. älter	39	35	1	3	19	1
Alter und Geschlecht						
18–24 Jahre Mann	31	22	5	4	18	15
18–24 Jahre Frau	31	17	11	4	23	7
25–34 Jahre Mann	30	27	7	5	17	9
25–34 Jahre Frau	32	23	10	5	21	4
35–44 Jahre Mann	38	26	6	3	18	6
35–44 Jahre Frau	32	24	7	4	24	3
45–59 Jahre Mann	41	26	4	4	18	5
45–59 Jahre Frau	35	28	6	3	22	2
60 u. älter Mann	38	34	0	2	22	2
60 u. älter Frau	39	35	2	4	17	1

mit zunehmendem Alter bei, wobei gleichzeitig das Abschneiden der Grünen bei den ganz Jungen nicht mehr so gut ist, wie es in der Vergangenheit der Fall war.

Für die FDP gibt es in den einzelnen Altersgruppen kaum unterschiedliche Unterstützung. Gleiches gilt wie 1994 auch für die PDS. Die sonstigen Parteien haben deutliche Zuwächse in den jüngeren Altersgruppen. Dies betrifft insbesondere die drei Parteien am rechten Rand.

2. Geschlecht

Während es insgesamt beim Wahlverhalten von Männern und Frauen kaum Unterschiede gibt – lediglich bei den Wählern der Grünen sind Frauen überproportional vertreten und bei den sonstigen Parteien Männer –, sind bei allen Parteien beachtenswerte Differenzen zu verzeichnen, sobald man das geschlechtsspezifische Verhalten in den einzelnen Altersgruppen näher betrachtet (vgl. Tabelle 2).

Die Unionsparteien erzielen bei Frauen, außer bei den über 60jährigen, schlechtere Ergebnisse als bei Männern. Am deutlichsten ist dies bei den 25- bis 34jährigen Frauen. Lediglich bei den über 60jährigen Wählerinnen, die bisher zu den treuesten Wählerinnen der Unionsparteien gehörten, gibt es noch einen kleinen Vorsprung gegenüber den Männern, der allerdings im Vergleich zu 1994 von fünf Prozentpunkten auf einen Prozentpunkt

geschmolzen ist. In dieser Altersgruppe verlor die CDU/CSU neun Prozentpunkte bei den Frauen, bei den Männern nur fünf Punkte. Da die Gruppe der über 60jährigen Frauen aber besonders stark ist, war auch hier der Verlust für die Union besonders schmerzlich. Die höchsten Verluste überhaupt hat die Union bei den über 60jährigen Frauen in den neuen Bundesländern. Sie verliert hier 15 Prozentpunkte, die SPD dagegen gewinnt deren zehn.

In der Bundesrepublik sind insgesamt die Verluste der Unionsparteien am stärksten bei Frauen zwischen 45 und 59 Jahren (zehn Prozentpunkte), aber auch bei den Männern verliert die Union erheblich (acht Prozentpunkte). Relativ gut dagegen hält sich die CDU/CSU bei den jüngeren Frauen. Sie bestätigt ihr Ergebnis bei den unter 25jährigen, verliert nur zwei Prozentpunkte bei den 25- bis 34jährigen. Bei den Männern in diesen Altersgruppen sind die Verluste der Union zwar unterdurchschnittlich, aber doch deutlich stärker als bei den gleichaltrigen Frauen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung des Wahlverhaltens der Frauen im Hinblick auf die Unionsparteien bei den bisherigen Bundestagswahlen. Während in den frühen Jahren der Bundesrepublik Frauen in beträchtlichem Umfang stärker die Unionsparteien wählten als Männer, reduzierte sich dieser Überhang sehr deutlich mit und nach der Wahl von 1972, er stieg jedoch in den Wahlen seit 1987 wieder an. Bei die-

ser Bundestagswahl gibt es überhaupt keinen Unterschied mehr im Wahlverhalten der Frauen und Männer gegenüber den Unionsparteien, wenn man nur die Gesamtheit betrachtet.

Die SPD verbessert sich bei den Frauen bis 34 Jahre überhaupt nicht, wohl aber bei den Männern, insgesamt in den beiden ersten Altersgruppen etwa durchschnittlich. Bei den 35- bis 44jährigen Männern schneidet die SPD zwar besser ab als bei den gleichaltrigen Frauen, aber die Zuwächse sind bei Männern und Frauen gleich, was auch für die nächste Altersgruppe, die 45- bis 59jährigen, gilt, während bei den über 60jährigen die Zuwächse für die SPD bei den Frauen doppelt so hoch ausfallen wie bei den Männern. Dies führt zu der neuen Situation, daß in dieser Altersgruppe die SPD bei den Frauen besser abschneidet als bei den Männern. Insgesamt führten die Veränderungen im Wahlverhalten dazu, daß die Unterschiede zwischen Männern und Frauen in den verschiedenen Altersgruppen bei der SPD geringer geworden sind, als sie noch 1994 waren.

Die Unterschiede im Wahlverhalten von Männern und Frauen bei den Grünen sind beträchtlich. Insbesondere werden die Grünen von Frauen bis 44 Jahre deutlich stärker unterstützt als von Männern. Danach sind die Unterschiede nicht mehr so stark. Dies war zwar auch 1994 bereits der Fall, doch ist das relative Gewicht der Frauen insbesondere in den beiden unteren Altersgruppen noch stärker geworden.

Die Unterschiede im Wahlverhalten von Männern und Frauen bei der PDS sind gering, lediglich bei den über 60jährigen gibt es einen bemerkenswerten, bereits von früheren Wahlen bekannten Unterschied. Die PDS erreicht bei den über 60jährigen Frauen deutlich schlechtere Ergebnisse als bei den gleichaltrigen Männern. Das ist zum einen durch das besonders männerdominierte SED-Image und zum anderen durch die für die Frauen im Osten aufgrund ihrer im Vergleich zum Westen längeren Lebensarbeitszeit günstigere Rentenregelung bedingt.

Da sich unter den sonstigen Parteien auch die männlich dominierten Parteien der extremen Rechten verbergen, gibt es hier erhebliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Sie treten am deutlichsten bei den unter 25jährigen auf, weil hier auch die extreme Rechte ihren größten Erfolg hat. Bei den unter 25jährigen Männern erreichen die drei Parteien am rechten Rand insgesamt neun Prozent der gültigen Zweitstimmen, bei den Frauen in der gleichen Gruppe nur vier Prozent. In den neuen Bundesländern erreicht die extreme

Rechte insgesamt bei den unter 25jährigen Männern 15, bei den Frauen nur sieben Prozent (vgl. Tabelle 2). Die Erfolge der radikalen rechten Parteien nehmen in den höheren Altersgruppen deutlich ab, aber immer sind diese Parteien bei den Männern jeweils erfolgreicher als bei den Frauen. Dies ist das gewohnte Bild bei allen Wahlen, bei denen extreme rechte Parteien bisher in der Bundesrepublik Erfolge hatten, sowohl auf der Landes- als auch auf der Bundesebene.

Bei der Betrachtung dieser Ergebnisse sollte man berücksichtigen, daß die Altersgruppen unterschiedlich groß sind. Die Gruppe der 45- bis 59jährigen und die der über 60jährigen sind jeweils mit 27 Prozent besonders groß, wobei wiederum bei den über 60jährigen der Anteil der älteren Frauen in der Gruppe deutlich höher ist als der der älteren Männer. Die Gruppe der 25- bis 34jährigen und die Gruppe der 35- bis 44jährigen machen jeweils 18 Prozent der gesamten Wählerschaft aus, die sogenannten Jungwähler, diejenigen unter 25 Jahren, hingegen nur zehn Prozent. Das Gewicht der Älteren wird in der Gesamtwählerschaft auch dadurch hervorgerufen, daß ihre Wahlbeteiligung traditionell deutlich höher ist als die der Jüngeren.

3. Berufsgruppen

Erklärtes Ziel der SPD und ihres Kanzlerkandidaten war es, die Wähler der „neuen Mitte“ zu erreichen. Da dies kein wahlsoziologischer Begriff ist, ist es etwas schwierig, den Erfolg genau zu messen. Die „neue Mitte“ ist eine Erfindung der KAMPA, der Wahlkampfzentrale der SPD. Den Begriff hat Gerhard Schröder in vielfältiger Weise im Wahlkampf genutzt und ihm auch immer wieder eine neue Deutung gegeben. Eigentlich handelt es sich nur um zwei Worte mit positiver Konnotation, die zu einem Kunstbegriff zusammengeführt wurden. Die so kreierte unbestimmte Menge wurde zur Zielgruppe erklärt und damit, insbesondere in den Medien, eine Diskussion entfacht, die große Aufmerksamkeit fand und auch entsprechende Kapazitäten band.

Versucht man, die „neue Mitte“ in das Begriffsfeld der empirischen Wahlsoziologie zu übertragen und entsprechend zu messen, so wird dies am ehesten gelingen, wenn man versucht, die Veränderungen in den verschiedenen Berufsgruppen nachzuvollziehen.

Tatsächlich hat die SPD bei der großen Gruppe der Angestellten – sie umfaßt nahezu die Hälfte der Berufstätigen und ist gleichzeitig eine besonders mobile Gruppe – überdurchschnittliche Gewinne und die CDU/CSU überdurchschnitt-

Tabelle 3: Parteianteile in den Berufsgruppen bei der Bundestagswahl 1998 (in Prozent)

	SPD	CDU-CSU	GRÜNE	FDP	PDS	Rechte
Gesamt	40,9	35,2	6,7	6,2	5,1	3,3
Berufsgruppe						
Arbeiter	48	30	3	3	6	7
Angestellte	42	32	8	7	6	2
Beamte	36	40	11	6	3	2
Selbständige	22	44	10	15	4	3
Landwirte	15	69	2	9	3	1

liche Verluste im Vergleich zur Wahl 1994. Das heißt, aus einem kleinen Vorsprung, den die Union 1994 bei den Angestellten vor der SPD hatte (zwei Prozentpunkte), wurde ein deutlicher Vorsprung von elf Prozentpunkten der SPD vor der CDU/CSU im Jahre 1998. Unabhängig davon, ob nun in dieser Gruppe Bindungen an eine Gewerkschaft bestanden, also eine etwas stärkere Identifikation mit Arbeitnehmerinteressen vorlagen oder nicht, kam es zu den gleichen Verschiebungen zugunsten der SPD, allerdings auf deutlich unterschiedlichem Niveau. Während bei der kleinen Gruppe der gewerkschaftlich gebundenen Angestellten sich der Vorsprung der SPD von 18 Prozentpunkte auf 31 Prozentpunkte vergrößerte, gewann die SPD in der großen Gruppe der Angestellten ohne gewerkschaftliche Bindung zum ersten Mal, seit wir dies messen können, die Mehrheit. Zumindest seit den fünfziger Jahren hatte die Union in dieser Gruppe einen klaren Vorsprung, zuletzt 1994 von sieben Prozentpunkten. 1998 führt nun die SPD auch hier mit fünf Prozentpunkten.

Durch die Erfolge der SPD in den besonders mobilen Gruppen der Angestellten erhebt sich die Frage, ob sich die Wählerschaft der SPD damit grundlegend verändert hat und diese Veränderungen von Dauer sind. Zunächst gilt, daß die SPD-Zuwächse bei den Arbeitern insgesamt deutlich unterdurchschnittlich sind, obwohl die Union bei Arbeitern, wo sie traditionell eher schwach ist, sogar leicht überdurchschnittlich verloren hat. Hier haben vor allem die rechtsextremen Parteien profitiert. Die Rechtsextremen haben unter den Arbeitern einen doppelt so hohen Anteil wie in der Gesamtheit aller Wähler (vgl. Tabelle 3).

Bei Arbeitern mit Gewerkschaftsbindung hat die CDU/CSU auf ohnehin niedrigem Niveau weit überdurchschnittlich verloren, während die SPD auf sehr hohem Niveau nochmals überdurchschnittlich ihre Position verbessern konnte. Aus einem Vorsprung der SPD 1994 von 25 Prozentpunkten in ihrer Kernwählerschaft – den gewerk-

schaftlich gebundenen Arbeitern, die allerdings immer weniger werden – wurde 1998 ein Vorsprung von 41 Prozentpunkten vor der Union. Im Osten ist die Veränderung bei den Arbeitern, die dort noch eine relativ größere Gruppe als im Westen darstellen, besonders deutlich. Während 1994 die Union nach dem Überraschungsergebnis von 1990 noch stärkere Unterstützung bei Arbeitern fand als die SPD (Vorsprung fünf Prozentpunkte), hat sich jetzt die traditionelle Vorstellung einer Interessenvertretung der Arbeiter durch die SPD auch im Osten durchgesetzt. Die Sozialdemokraten führen dort mit einem Vorsprung von 15 Prozentpunkten, d.h., es gab einen Zugewinn zugunsten der SPD von 20 Prozentpunkten. Die alten, strukturell bedingten Verhaltensweisen haben sich durchgesetzt. Man kann in diesem Punkt von einer deutlichen Angleichung im Wahlverhalten von Ost und West sprechen.

Bei den Selbständigen, der zweiten Gruppe, auf die der Wahlkampf der Sozialdemokraten zielte, hat die CDU/CSU überdurchschnittlich verloren, und die SPD, die hier traditionell schwach ist, hat durchschnittlich dazugewonnen. Die Grünen haben hier ebenfalls ihr Ergebnis deutlich verbessert.

Bei den Beamten waren die Veränderungen verhältnismäßig gering; die Union hat weit unterdurchschnittlich verloren, aber auch die SPD hat unterdurchschnittlich gewonnen. Lediglich die FDP hat überdurchschnittlich bei den Beamten Stimmen eingebüßt; die Bewegungen zugunsten oder zu Lasten aller anderen Parteien waren gering.

Alle Veränderungen, die auftraten, waren im Osten etwas heftiger als im Westen. Insgesamt führte dies trotzdem zu einem Angleichen des Wahlverhaltens, selbst wenn man so starke Veränderungen annimmt wie bei den Arbeitern. 1990 hatte dort die Union noch einen Vorsprung von 25 Prozentpunkten vor der SPD, 1994 noch einen Vorsprung von sechs Prozentpunkten, jetzt führt die SPD mit 15 Prozentpunkten.

**Tabelle 4: Parteianteile in traditionellen Wählermilieus bei der Bundestagswahl 1998 (in Prozent)
Nur alte Bundesländer ohne Berlin**

	SPD	CDU-CSU	GRÜNE	FDP	PDS	Rechte
Gesamt	42,4	37,2	7,1	7,0	1,1	2,9
Gewerkschafts- Mitgliedschaft						
ja	60	23	7	3	2	3
nein	39	40	8	8	1	3
Arbeiter u. Gewerkschaft						
Mitglied	66	19	3	2	2	5
kein Mitglied	46	36	4	4	1	7
Angest. u. Gewerkschaft						
Mitglied	58	21	11	4	2	
kein Mitglied	41	37	9	9	1	2
Konfession						
katholisch	36	47	6	6	1	3
evangelisch	48	32	7	8	1	3
keine	47	22	13	7	4	5
Konfession und Kirchgang						
kath., jeden Sonntag	20	70	3	5	0	1
kath., ab und zu	36	50	4	6	0	2
kath., selten oder nie	43	35	8	7	1	4
evang., jeden Sonntag	28	48	9	9	1	1
evang., ab und zu	45	36	6	9	1	2
evang., selten oder nie	50	29	8	7	1	3

4. Konfession

In der Vergangenheit hat die konfessionelle Bindung von Wählern bei ihrer Entscheidung zugunsten einer Partei eine große Rolle gespielt. Vor allen Dingen die Unionsparteien erreichen bei Katholiken immer weit überdurchschnittliche Ergebnisse. Dies ist ihnen auch 1998 gelungen, trotzdem hat die Union auch bei den Katholiken Verluste, aber nur durchschnittliche, während die SPD ebenso durchschnittliche Gewinne in dieser Gruppe hat.

Besonders gut hatte die Union bisher bei Katholiken, die über die bloße Konfessionszugehörigkeit hinaus auch noch eine starke Bindung an die Kirche haben, abgeschnitten. Auch bei dieser Wahl hat sich das nicht verändert. Die Union erreicht eine Zustimmung von 70 Prozent aus dieser Gruppe, die SPD wird nur von 20 Prozent der Katholiken mit starker Kirchenbindung gewählt (vgl. Tabelle 4). Trotzdem hat es auch hier eine Veränderung gegenüber der Vorwahl gegeben, bei der die SPD auf niedrigstem Niveau leicht überdurchschnittliche Zugewinne zu verzeichnen hat und die Unionsverluste leicht unter dem Durchschnitt blieben. Erstaunlicherweise gibt es keinerlei Veränderungen bei den Katholiken, die keine Bindung zur Kirche haben. Bei den Protestanten sind die Verluste der Unionsparteien etwa durch-

schnittlich, die Gewinne der SPD allerdings eher unterdurchschnittlich. Bei Wählern, die keiner Konfession angehören – im Osten sind das immerhin 60 Prozent, im Westen 13 Prozent aller Wähler –, hat die Union insgesamt in der Bundesrepublik einen überdurchschnittlichen Verlust zu verzeichnen, die SPD gewinnt durchschnittlich. Insgesamt kommt die Union in dieser Gruppe auf 21 Prozent, die SPD liegt bei ihrem Bundesdurchschnitt, aber die PDS erreicht 16 Prozent, betrachtet man den Osten allein, so sind es sogar 26 Prozent. Zu bemerken ist in dieser Gruppe auch noch, daß die rechtsextremen Parteien weit überdurchschnittlich abschneiden, sie sind in dieser Gruppe fast doppelt so stark wie im Bund insgesamt.

5. Traditionelle Wählermilieus?

Die großen Veränderungen bei dieser Wahl werfen die Frage auf, ob die Grundsockel der beiden Volksparteien, die sich auf relativ stabile Präferenzen bestimmter großer sozialer Gruppen über lange Zeit in Deutschland stützen konnten, ins Wanken geraten. Wie gezeigt, konnte die SPD ihre hohen Anteile unter den Gewerkschaftsmitgliedern sogar noch ausbauen, das gilt sowohl für die gewerkschaftlich gebundenen Arbeiter als auch für die gewerkschaftlich gebundenen Angestellten. Trotzdem muß man sehen, daß diese beiden Grup-

pen nur ein Viertel der SPD-Wählerschaft ausmachen, die alte Kerntruppe der SPD, die gewerkschaftlich gebundenen Arbeiter, sogar nur noch elf Prozent. Umgekehrt hat auch die Union ihre äußerst starke Stellung bei den Katholiken mit starker Kirchenbindung nahezu gehalten. Immerhin 70 Prozent dieser Gruppe wählen die Unionsparteien, und auch bei Katholiken, die ab und zu zur Kirche gehen, sind es immerhin noch 50 Prozent (vgl. Tabelle 4). Die Kernwähler der Union, also die kirchlich gebundenen Katholiken, machen aber inzwischen nur noch 15 Prozent der Unionswähler insgesamt aus.

Dort, wo es also noch die alten Milieus gibt, wirken die strukturellen Bindungen an die großen Parteien nach wie vor. Da aber diese Gruppen so klein geworden sind, muß jede der beiden Volksparteien ihr Glück bei den weniger gebundenen Wählern und bei den potentiellen Wechselwählern suchen.

VII. Fazit

Die Bundestagswahl 1998 haben in erster Linie Helmut Kohl und die Union verloren. Da es sich jedoch um ein Nullsummenspiel handelt, wenn es um die Umsetzung der gültigen Stimmen in politische Macht geht, hat die SPD und die neue Koalition zwangsläufig diese Wahl gewonnen. Es war offensichtlich eine wichtige Wahl für die Deutschen. Das zeigt die erhöhte Wahlbeteiligung, vor allem im Osten ist die Wahlbeteiligung weit überproportional gewachsen. Dies ist bereits ein Hinweis darauf, welche politischen Probleme bei dieser Wahl im Vordergrund standen, nämlich Sicherheitsaspekte in verschiedensten Ausprägungen und die Bewältigung der zukünftigen Probleme. Die Angleichung der Wahlbeteiligung der Ostdeutschen an die der Westdeutschen ist ein weiterer Schritt hin zu einer Normalisierung in Deutschland. Es gibt viele zusätzliche Informationen aus dem veränderten Wahlverhalten der Ostdeutschen in den verschiedenen Berufs- und Altersgruppen, die auf einen Anpassungsprozeß

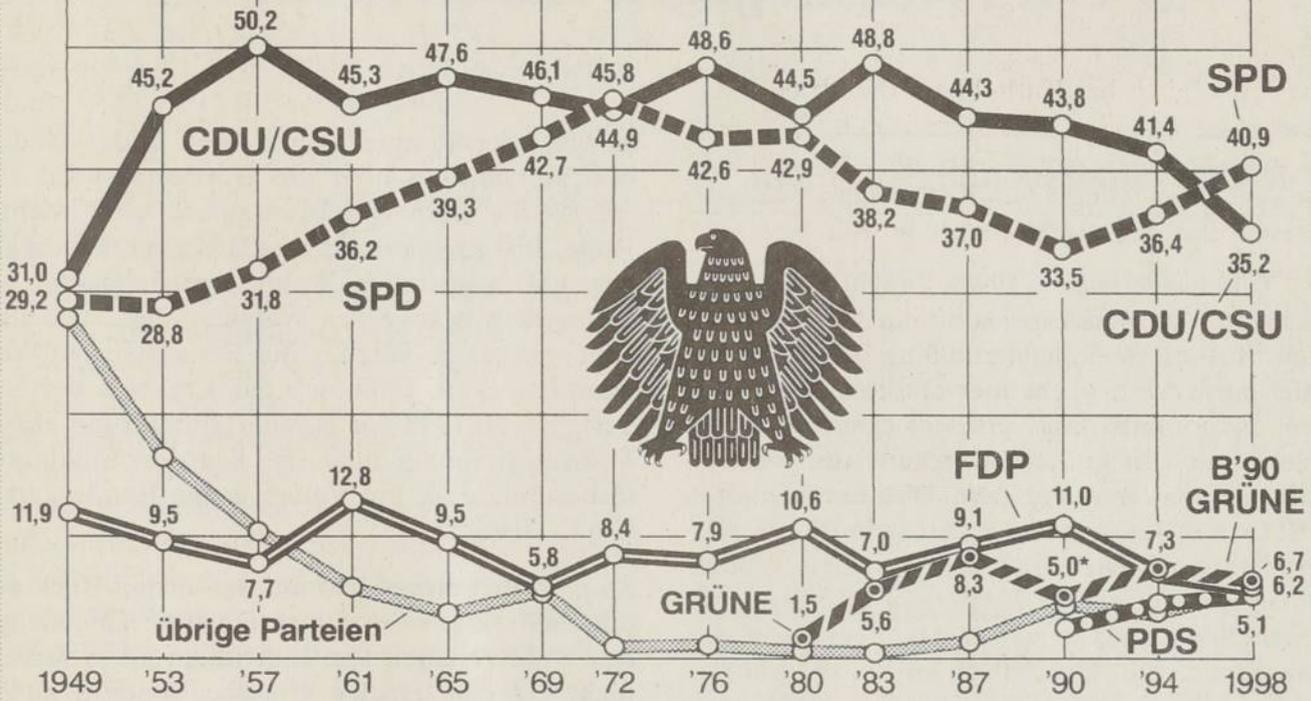
des Ostens an den Westen schließen lassen, so z. B. das Wahlverhalten der Arbeiter, aber auch die Gewinne der Grünen oder die Anpassungen bei den über 60jährigen. Trotzdem gibt es nach wie vor die PDS als dritte Kraft im Osten, die sogar gestärkt aus dieser Wahl hervorging und die sich selbst im Westen, allerdings hier nur geringfügig, verbessern konnte. Der neue Fraktionsstatus der PDS eröffnet ihr neue Darstellungsmöglichkeiten, trotzdem bleiben die Unsicherheiten über die Zukunft der Partei bestehen. Die einzig wirkliche verlässliche Anhängerschaft sind die treuen Überbleibsel aus der alten DDR-SED, die wegen ihrer Nähe zur alten Machtelite große Schwierigkeiten haben, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Sie kämpfen gegen die Zeit. Andere Verlierer der Einheit werden sich mit zunehmender „Normalität der Verhältnisse“ den etablierten politischen Parteien annähern.

Bei dieser Wahl ging es nicht um einen grundsätzlichen Politikwechsel, zumindest läßt sich eine solche Zielsetzung nicht aus den Einstellungen der Wähler zu den Parteien, den Politikern und den zu lösenden Problemen ablesen, sondern es ging um einen Wechsel der verantwortlichen Politiker in der Regierung. Da die Union den Wählern keine anderen Kandidaten als Kohl angeboten hat, haben die Wähler Schröder die Macht übereignet. Da der Kanzler aber nicht direkt wählbar ist, mußten die Wähler Parteien ihre Stimme geben. Dabei war es bis zuletzt unklar, mit welcher Koalition der Wechsel im Kanzleramt herbeigeführt werden würde. Das Harmoniebedürfnis in großen Teilen der Wählerschaft und das mangelnde Verständnis für Politik als die notwendige Auseinandersetzung um beste Lösungsmöglichkeiten in demokratischen Ordnungsformen haben vor der Wahl dazu geführt, daß eher eine große Koalition als die wünschenswertere Alternative zur alten CDU/CSU/FDP-Regierung angesehen wurde. Die Wahl hat die eigentlich mehrheitlich nicht gewünschte rot-grüne Koalition klar an die Macht gebracht. Wenn die neue Regierung ihrem Anspruch gerecht wird, eine bessere Politik zu machen und nicht nur eine andere, wird ihr aus diesem Sachverhalt kein Problem erwachsen.

Bundestagswahlen 1949–1998

Zweitstimmen-Anteil der Parteien in Prozent

ab 1990:
Gesamtdeutsche
Wahlen



* 1990: GRÜNE (West) + Bündnis 90/GRÜNE (Ost)

ZAHLENBILDER



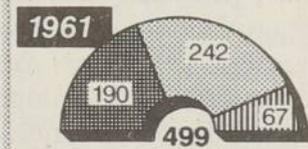
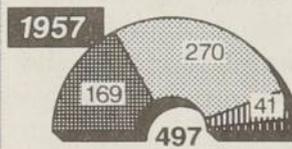
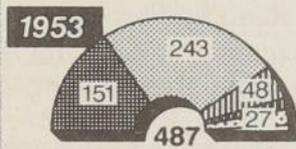
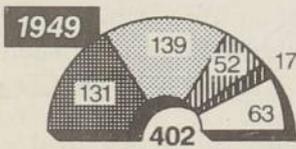
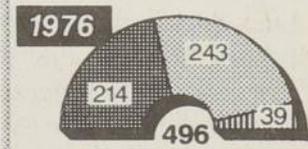
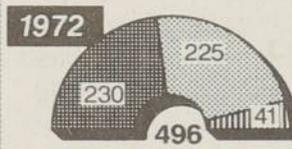
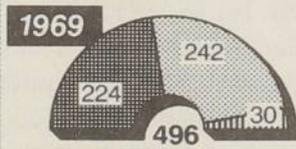
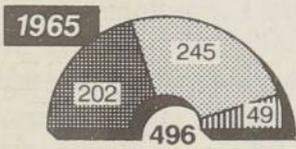
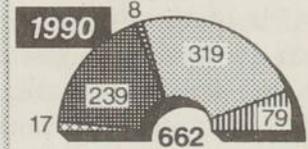
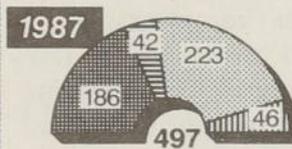
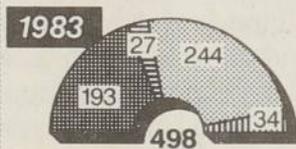
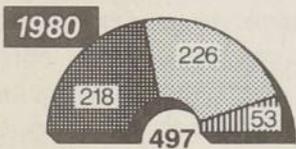
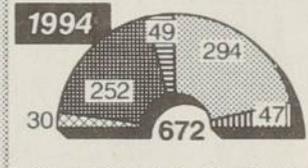
© Erich Schmidt Verlag

88 500



Die Parteien im Bundestag

Abgeordnetensitze 1949 – 1998



- SPD
- FDP/DVP
- PDS
- GB/BHE
- CDU/CSU
- GRÜNE
- DP
- Sonstige Parteien

Mandatsverteilung
nach den Wahlen

ZAHLENBILDER



© Erich Schmidt Verlag

88 501

Die Bundestagswahl 1998: Ein Plebiszit gegen Kanzler Kohl?

I. Das Untersuchungsproblem

Die Bundestagswahl 1998 brachte in der Geschichte der Bundesrepublik ein Novum: Zum ersten Mal seit der Staatsgründung resultierte ein Regierungswechsel nicht aus der koalitionspolitischen Neuorientierung einer Regierungspartei, sondern aus einem klaren Votum der Wählerschaft. Bereits lange vor dem Wahltermin hatten die SPD und Bündnis 90/Die Grünen ihre Bereitschaft bekundet, nach einer erfolgreichen Bundestagswahl gemeinsam die Regierung zu bilden. Am 27. September 1998 erhielten sie hierzu von den Wählerinnen und Wählern einen klaren Auftrag. Noch in einer weiteren Hinsicht wies das Wahlergebnis eine Besonderheit auf: Erstmals seit 1969 wurde der amtierende Bundeskanzler durch die Bevölkerung abgewählt. Der umgehende Rücktritt Bundeskanzler Kohls vom Parteivorsitz schien eine konsequente Antwort auf die schwerste Wahlniederlage der Union seit 1949 zu sein. Noch am Wahlabend hatte Helmut Kohl die Verantwortung für das Wahldebakel seiner Partei übernommen.

Auf den ersten Blick liegt die Vermutung nahe, daß der Kandidatenfrage eine besondere Bedeutung für den Wahlausgang zukam. Unabhängig von den bestehenden verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Regelungen haben sich Bundestagswahlen in Deutschland zu Kanzlerwahlen entwickelt. Dies entspricht der vom Grundgesetz gewollten starken Position des Regierungschefs ebenso wie den von den Parteien praktizierten Wahlkampfstrategien, in denen die Kanzlerkandidaten stets eine exponierte Rolle spielen. Insbesondere der an politischen Streitfragen arme Bundestagswahlkampf beider großer Parteien und die als Themenersatz gewählte Personalisierungsstrategie sprechen für die Annahme, daß die Bundestagswahl 1998 an der „Kandidatenfront“ entschieden wurde.

Helmut Kohl selbst hatte im Wahlkampf die Zweitstimme als „Kanzlerstimme“ bezeichnet, während die SPD mit dem Slogan „Zweitstimme

ist Schröder-Stimme“ warb. Auch in der Medienberichterstattung über die Bundestagswahl 1998 spielte die Personalisierungsthese eine wichtige Rolle. Insbesondere dem SPD-Kanzlerkandidaten Schröder attestierten Wahlkampfbeobachter eine „Amerikanisierung des Wahlkampfes“, vor allem eine souveräne Nutzung des Fernsehens zu Wahlkampfzwecken. Läßt sich das Ergebnis der Bundestagswahl 1998 vor diesem Hintergrund also als Volksabstimmung über die Kanzlerkandidaten – insbesondere als ein Votum gegen Bundeskanzler Kohl – deuten?

So plausibel diese Sicht auf den ersten Blick auch scheinen mag, sie hat ihre Defizite: Erstens geht das Wahlverhalten von Individuen normalerweise nicht auf eine einzige Ursache, sondern auf ein Zusammenspiel von Parteiidentifikation, Themen- und Kandidatenorientierungen zurück¹. Zweitens gehören – von der Bundestagswahl 1990 abgesehen – schlechte Umfrageergebnisse zu den ständigen Begleiterscheinungen der Kanzlerschaft Helmut Kohls, seinen Wahlsiegen standen sie bislang jedoch nicht entgegen. Drittens liefern die aus dem Jahre 1998 vorliegenden Umfragen Hinweise darauf, daß nicht allein das personelle Angebot, sondern auch die Problemlösungskompetenz der Union von den Wählern nicht besonders goutiert wurde. Schließlich gab es nach 16 Jahren christlich-liberaler Koalition in der Wählerschaft einen geradezu überwältigenden Wunsch nach einem Regierungswechsel.

Die Frage, welche Rolle den Einstellungen zu den Kanzlerkandidaten der CDU/CSU und der SPD für das Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 1998 zukam, läßt sich nur durch eine empirische Analyse beantworten. Im folgenden Beitrag wird zunächst die Bedeutung des Konzepts der Kandidatenorientierungen in der empirischen Wahlforschung diskutiert. Im Anschluß daran untersuchen wir die Entwicklung der Kandidatenorientierung

1 Vgl. Angus Campbell/Philip E. Converse/Warren E. Miller/Donald E. Stokes, *The American Voter*, New York u. a. 1960; zur Rezeption des Modells durch die deutsche Wahlforschung u. a.: Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann/Jürgen Winkler, Erklärungsmodelle von Wählerverhalten, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B37–38/90, S. 3–13.

gen der Wählerinnen und Wähler im Verlaufe des Wahljahres und vergleichen sie mit der bei der vorangegangenen Bundestagswahl beobachtbaren Entwicklung. Sodann nehmen wir einzelne Kandidateneigenschaften in den Blick und prüfen ihren Beitrag zur Erklärung der Kanzlerpräferenz. Im letzten Teil des Beitrages schließlich geht es darum, den Einfluß der Kandidatenorientierungen auf das Wählerverhalten zu bestimmen.

II. Personalisierung: Kandidatenorientierungen in der Analyse des Wählerverhaltens

Auch wenn Wahlanalysen die Kandidatenfrage stets mehr oder weniger ausführlich ansprechen, befassen sich bisher nur wenige Studien über das Wählerverhalten in der Bundesrepublik ausführlich und differenziert mit der Bedeutung der Kandidatenorientierungen für den Ausgang von Bundestagswahlen². Dies ist vor allem deshalb erstaunlich, weil die Kandidatenorientierungen seit den fünfziger Jahren zu den zentralen Erklärungsfaktoren des Wählerverhaltens gehören und weil in Deutschland wie in den Vereinigten Staaten schon seit längerer Zeit eine intensive Debatte über die angebliche Personalisierung der Politik geführt wird³.

Bekanntlich führt der von Angus Campbell u. a. begründete sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung des Wählerverhaltens die Stimmabgabe für eine bestimmte Partei auf drei Faktoren zurück: die langfristig stabile Parteiidentifikation sowie die kurz- und mittelfristig veränderlichen Themen- und Kandidatenorientierungen⁴. Unter den in der Bundesrepublik vorherrschenden politischen Bedingungen bezieht sich das Konzept der Kandidatenorientierungen auf die Wahrnehmung und Bewertung der Kanzlerkandidaten von CDU/CSU

und SPD⁵. In der empirischen Forschung unterscheidet man zwischen mehreren Aspekten der Einstellungen zu den Kanzlerkandidaten, generalisierten Orientierungen wie die Kanzlerpräferenz und die Kandidatenbewertung mittels Skalometerfragen sowie spezifischeren Orientierungen wie die Einstellungen zu ihrer politischen Arbeit, ihrer Sachkompetenz, ihrer Vertrauenswürdigkeit usw.⁶

Nach den Annahmen des sozialpsychologischen Ansatzes sind die Kandidatenorientierungen zahlreicher Wählerinnen und Wähler durch ihre langfristig stabile Parteibindung geprägt. Dennoch können die Einstellungen zu den Kandidaten unter bestimmten Voraussetzungen eine eigenständige Rolle als Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung spielen. Diese Feststellung gilt zunächst für die große und im Verlaufe der letzten drei Jahrzehnte gewachsene Gruppe der Wähler ohne langfristig stabile Parteibindungen⁷, deren Wahlentscheid primär von den Themen- und Kandidatenangeboten der Parteien oder von ihren generellen Einstellungen zum politischen System beeinflusst wird. Jedoch bevorzugen auch die sogenannten Parteiidentifizierer – die festen Anhänger einer Partei – nicht bedingungslos die von ihren Parteien nominierten Kanzlerkandidaten. In besonderen Fällen veranlaßt sie vielmehr das Kandidatenangebot zu einer von der Parteiidentifikation abweichenden Stimmabgabe. Da sich die Wählerschaft von Wahl zu Wahl mit einer neuen politischen Agenda und mit einem neuen Kandidatenangebot konfrontiert sieht, muß die Frage nach dem Einfluß der drei Komponenten des sozialpsychologischen Erklärungsmodells für jede Wahl neu beantwortet werden. Ebenso wenig stehen die Kompetenz- und Persönlichkeitsprofile der Kanzlerkandidaten ein für allemal fest, sondern können sich aufgrund einer veränderten Kandidatenkonstellation oder veränderter Wahrnehmungen der Kandidaten von einer Bundestagswahl zur nächsten wandeln.

In den vergangenen Jahren wurde unter dem Schlagwort „Personalisierung“ eine Veränderung der für die Wahlentscheidung maßgeblichen Faktoren behauptet. Von einer zunehmenden Perso-

2 Vgl. Oscar W. Gabriel/Angelika Vetter, Bundestagswahlen als Kanzlerwahlen? Kandidatenorientierungen und Wahlentscheidungen im parteienstaatlichen Parlamentarismus, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, Opladen 1998, S. 505–536.

3 Vgl. Max Kaase, Is There Personalization in Politics? Candidates and Voting Behavior in Germany, in: International Political Science Review, 15 (1994), S. 211–230; Jürgen Lass, Vorstellungsbilder über Kanzlerkandidaten. Zur Diskussion um die Personalisierung von Politik, Wiesbaden 1995; für die USA: Martin P. Wattenberg, The Rise of Candidate-Centered Politics. Presidential Elections of the 1980s, Cambridge – London 1991.

4 Vgl. A. Campbell u. a. (Anm. 1).

5 Vgl. O. W. Gabriel/A. Vetter (Anm. 2), S. 508.

6 Vgl. u. a. Angelika Vetter/Frank Brettschneider, „Idealmaße“ für Kanzlerkandidaten, in: ZUMA-Nachrichten, 43 (1998).

7 Vgl. Jürgen W. Falter/Hans Rattinger, Die deutschen Parteien im Urteil der öffentlichen Meinung 1977–1994, in: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen 1997, S. 495–513; Hermann Schmitt/Sören Holmberg, Political Parties in Decline?, in: Hans-Dieter Klingemann/Dieter Fuchs (Hrsg.), Citizens and the State, Oxford 1995, S. 85–133.

nalisation des Wahlentscheidungen sprechen wir, wenn der Kandidatenorientierung eine wachsende Bedeutung als Bestimmungsfaktor des Wählerverhaltens zukommt oder wenn bei der Bewertung der Kandidaten eine Verschiebung von Performanz- zu persönlichkeitsbezogenen Eigenschaften eintritt⁸. Zwar konnten beide Formen der Personalisation für die Bundesrepublik bislang nicht empirisch nachgewiesen werden⁹, jedoch sollte diese Feststellung in Anbetracht des unbefriedigenden Forschungsstandes nicht überbewertet werden.

Im folgenden wird zunächst die Entwicklung der Kanzlerpräferenz und der allgemeinen Kandidatenbewertungen in den Blick genommen. Es folgt die Darstellung einzelner Kandidateneigenschaften, bevor abschließend der Einfluß der Kandidatenorientierungen auf das Wählerverhalten bestimmt wird.

III. Die Entwicklung der Kandidatenorientierungen im Wahljahr

1. Die Kanzlerpräferenz

Im Frühjahr 1983 bestritt Helmut Kohl den Wahlkampf erstmals aus der Position des Bundeskanzlers heraus. Mit einem Anteil von 48,8 Prozent der abgegebenen gültigen Zweitstimmen und einem Zugewinn von mehr als vier Prozentpunkten erzielte die CDU/CSU das zweitbeste Bundestagswahlergebnis in ihrer Geschichte. Das sehr gute Abschneiden der Union resultierte allerdings keineswegs aus einer großen Popularität ihres Spitzenkandidaten. In den Umfragen wurde Kohl in der Regel schlechter bewertet als seine Partei, und erst kurz vor der Wahl konnte er sich einen entscheidenden Popularitätsvorsprung vor dem damaligen Oppositionsführer Vogel sichern. In allen darauf folgenden Wahljahren wiederholte sich eine Entwicklung, die man als „Entzauberung des Oppositionskandidaten“ bezeichnen kann: Sämtliche Kanzlerkandidaten der SPD traten mit einem relativ großen Vorsprung vor dem amtierenden Kanzler in den Wettbewerb um die Wählergunst ein, doch alle verloren ihren Vorsprung im Verlaufe des Wahljahres. Auch wenn sich der zeitliche Ablauf dieses Prozesses in den einzelnen Jahren unterschiedlich darstellt, gleicht sein Ergebnis in

allen Fällen dem Wettlauf zwischen dem Hasen und dem Igel. Zum Wahltermin hatte Helmut Kohl den anfänglichen Vorsprung seiner Herausforderer zumindest eingeholt¹⁰. Die in Abbildung 1 wiedergegebene Entwicklung der Kanzlerpräferenz im Jahr 1994 entspricht dem Verlaufsmuster fast aller Wahljahre seit 1983.

Im Vergleich mit den früheren Wahljahren brachte das Jahr 1998 ein Novum in der Entwicklung der Kanzlerpräferenz, das in der Gegenüberstellung mit der vorangegangenen Bundestagswahl deutlich zutage tritt: Etwa zehn Monate vor den jeweiligen Wahlterminen stellte sich die Verteilung der Präferenzen für die voraussichtlichen Spitzenkandidaten der SPD und der Union ziemlich ähnlich dar (vgl. Abb. 1). Im Dezember 1993 verfügte der damalige SPD-Vorsitzende Scharping über einen soliden Popularitätsvorsprung vor dem amtierenden Kanzler, der sich in der Größenordnung ähnlich darstellte wie die Differenz zwischen Schröder und Kohl im Dezember 1997. In beiden Fällen lagen zwischen den Bewerbern um das Amt des Bundeskanzlers knapp 25 Prozentpunkte, und dieser Vorsprung blieb in den darauf folgenden Monaten relativ konstant.

Dann setzten allerdings unterschiedliche Trendverläufe ein. Zwischen Februar und April 1998 gelang es Schröder, den Abstand zu Kohl zunächst deutlich zu vergrößern – und zwar von 22 auf 40 Prozentpunkte. Darin schlugen sich vor allem sein Erfolg bei der niedersächsischen Landtagswahl und die unmittelbar danach vollzogene offizielle Nominierung als Kanzlerkandidat der SPD nieder. Vor vier Jahren hingegen hatte im gleichen Zeitraum ein Stimmungsumschwung zugunsten Kohls eingesetzt. Die Führung Scharpings war geschrumpft, und im Juni 1994 verfügte der Kanzler erstmals über einen knappen Vorsprung vor seinem Herausforderer, den er bis zum Wahltag halten konnte.

Gänzlich anders stellte sich die Entwicklung Mitte 1998 dar. Obgleich sich die Präferenz für Schröder zwischen April und September abschwächte und spiegelbildlich dazu Kohl an Unterstützung gewann, verfügte der SPD-Kandidat während des gesamten Jahres über einen klaren Vorsprung vor dem Kanzler. Unterschiede traten lediglich in der Größe der Distanz auf. Von einer Trendwende zugunsten Kohls konnte während des gesamten Wahlkampfes nicht die Rede sein¹¹.

8 Vgl. u. a. J. Lass (Anm. 3).

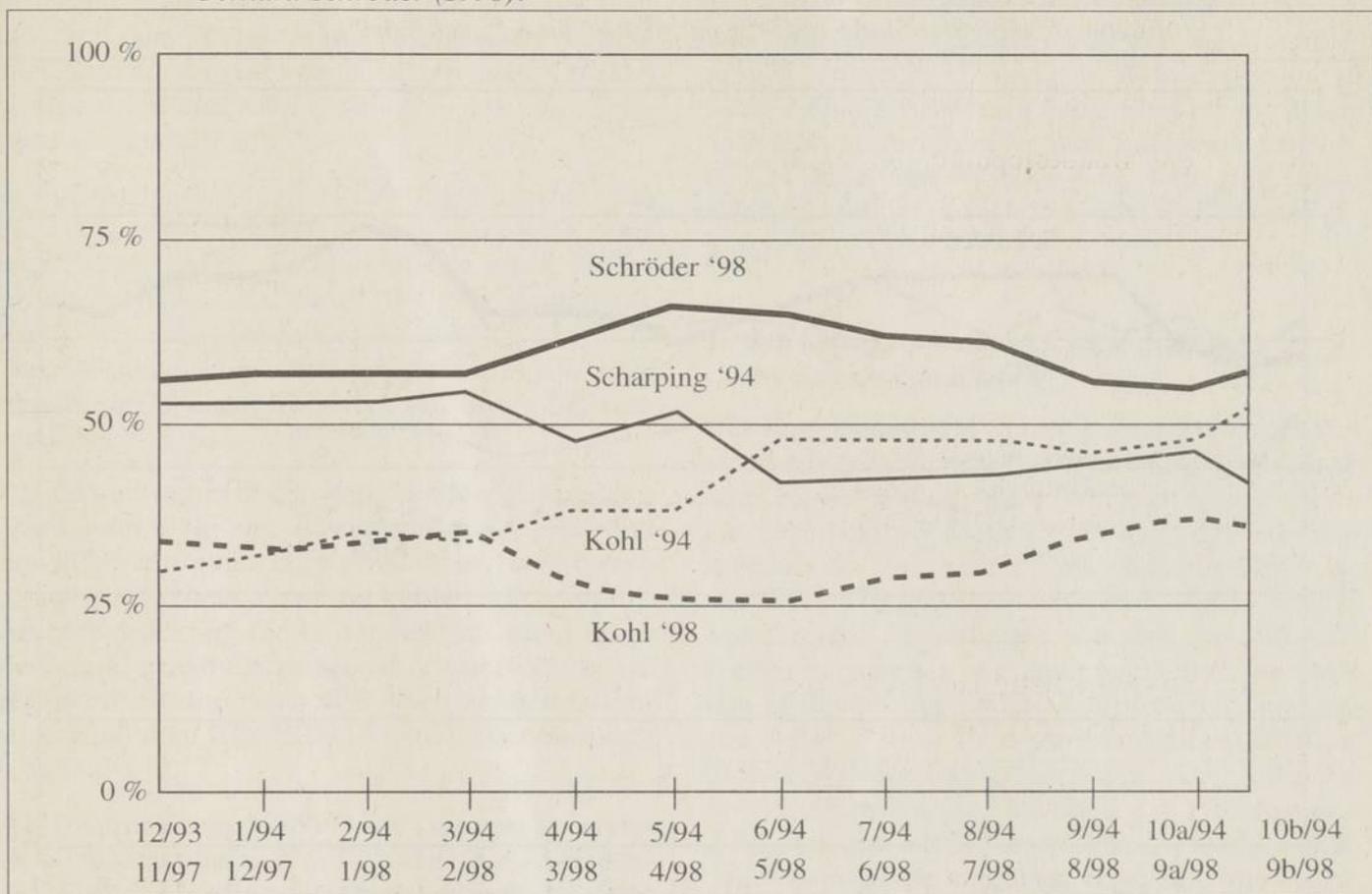
9 Vgl. O. W. Gabriel/A. Vetter (Anm. 2); M. Kaase (Anm. 3).

10 Vgl. O. W. Gabriel/A. Vetter (Anm. 2), S. 513–516.

11 Dieser Trend ergab sich in den Umfragen sämtlicher Institute, und er fiel in den neuen Bundesländern noch markanter aus als in den alten.

Abbildung 1: Die Entwicklung der Kanzlerpräferenz 1994 und 1998

„Wen hätten Sie lieber als Bundeskanzler: Helmut Kohl oder Rudolf Scharping (1994) bzw. Gerhard Schröder (1998)?“



Kohl '94	30	32	35	34	38	38	48		48	46	48	52
Scharping	53	53	53	54	48	52	42		43	45	46	42
Kohl '98	34	33		35	28	26	26	29	30	35	37	36
Schröder	56	57		57	62	66	65	62	61	56	55	57

Quelle: Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen.

2. Die Gesamtbeurteilung mittels Kandidatenskalometer

Ebenso kontinuierlich wie die Frage nach dem präferierten Bundeskanzler enthalten die Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen Skalometer zur Bewertung der Kandidaten. Isoliert betrachtet, vermittelt die Auswertung der Skalometerfragen gegenüber den bereits präsentierten Befunden zur Kandidatenpräferenz keine grundlegend neuen Informationen: Seit Beginn des Jahres 1997 wurde der SPD-Kandidat Schröder von der deutschen Wählerschaft mehrheitlich positiv bewertet. Er war deutlich populärer als der amtierende Kanzler, zu dem die Mehrheit der Bevölkerung fast während des gesamten Untersuchungszeitraumes negativ eingestellt war. Erst im August und September gab die Mehrheit der Befragten dem Bundeskanzler

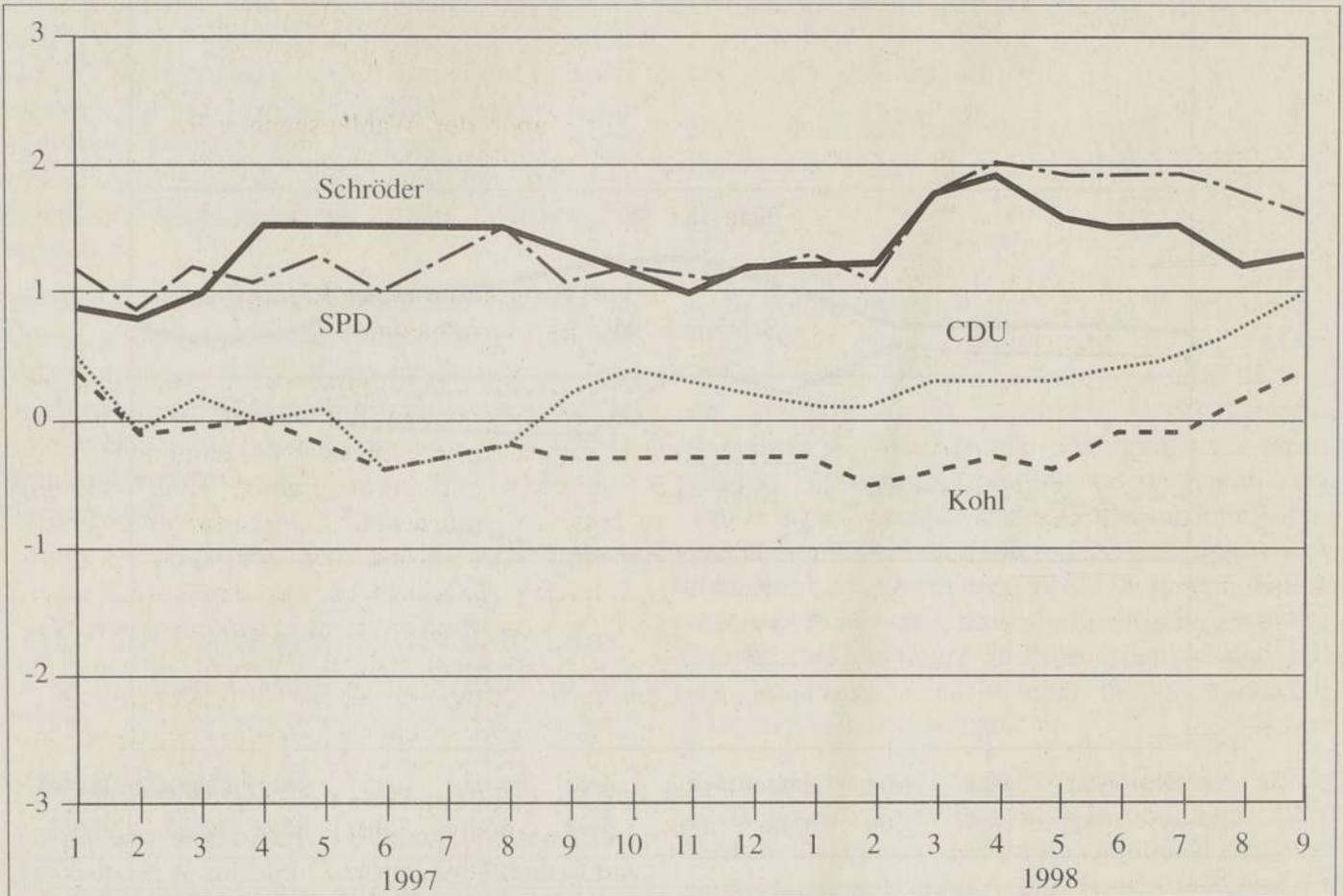
positive Werte, der große Popularitätsvorsprung Schröders blieb allerdings bestehen (vgl. Abb. 2).

Obleich die Bewertung der Kanzlerkandidaten im Parteienstaat der Bundesrepublik eng mit der ihrer Parteien zusammenhängt, stimmen die Einstellungen zu den Personen und zu den entsprechenden Parteien nicht notwendigerweise überein. In Analysen aus Anlaß früherer Bundestagswahlen hatten sich in dieser Hinsicht vielmehr deutliche Unterschiede zwischen der Union und der SPD sowie zwischen einzelnen Wahljahren gezeigt. Bis zum Jahre 1989 schnitt Bundeskanzler Kohl im Urteil der Bevölkerung etwas schlechter ab als die CDU. Seither fielen die Werte Kohls und seiner Partei nahezu identisch aus – ein Umstand, der seine beherrschende Rolle für das Erscheinungsbild der Union überaus deutlich reflektiert.

Abbildung 2: Die Bewertung der Spitzenpolitiker und der Parteien 1997–1998

„Was halten Sie von ... Helmut Kohl, Gerhard Schröder, Oskar Lafontaine, Wolfgang Schäuble, der CDU, der SPD?“

(Mittelwerte auf einer Skala von -5 „gar nichts“ bis +5 „sehr viel“)



1997	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
CDU	+0,5	-0,1	+0,2	0	+0,1	-0,4	-0,2	-0,2	+0,2	+0,4		
Kohl	+0,4	-0,1	-0,1	0	-0,1	-0,4		-0,2	-0,3			
SPD	+1,2	+0,9	+1,2	+1,1	+1,3	+1,0		+1,5	+1,1	+1,2	+1,1	+1,2
Schröder	+0,9	+0,8	+1,0	+1,5	+1,5	+1,5		+1,5	+1,3		+1,0	+1,2

1998	1	2	3	4	5	6	7	8	9
CDU	+0,1	+0,1	+0,3	+0,3	+0,3	+0,4	+0,5	+0,7	+1,0
Kohl	-0,3	-0,5	-0,4	-0,3	-0,4	-0,1	-0,1	+0,2	+0,4
Schäuble	+1,2	+1,2	+1,4	+1,4	+1,3	+1,4	+1,4	+1,7	+1,5
SPD	+1,3	+1,1	+1,8	+2,0	+1,9	+1,9	+1,9	+1,8	+1,6
Schröder	+1,2	+1,2	+1,8	+1,9	+1,6	+1,5	+1,5	+1,2	+1,3
Lafontaine	+0,4	+0,3	+0,3	+0,6	+0,4	+0,5	+0,4	+0,5	+0,2

Quelle: Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen. Die Verfasser danken Matthias Jung für die Überlassung der Daten.

Mit Blick auf die SPD differenzierten die Wähler stärker zwischen dem Kandidaten und der Partei. Schmidt und Engholm fanden in der Öffentlichkeit mehr Zustimmung als ihre Partei, die anderen Spitzenkandidaten schnitten im Vergleich mit der SPD zumeist etwas schlechter ab¹².

Auch in dieser Hinsicht erwies sich der Zeitraum 1997/98 als ein Sonderfall. Seit dem Herbst 1997 liefen die Bewertungen von Bundeskanzler Kohl und der Union stark auseinander. Anders als in den Vorjahren war die Partei deutlich populärer als ihr Spitzenkandidat. Die für die letzten Amtsjahre Kohls typische Identifikation von Kandidat und Partei schien zunehmend zu schwinden, der

12 Vgl. O. W. Gabriel/A. Vetter (Anm. 2), S. 514–515.

bereits in den ersten Jahren seiner Kanzlerschaft beobachtete „Kanzlermalus“ Helmut Kohls stellte sich wieder ein. Wie die Verlaufsdaten aus dem Jahr vor dem Regierungswechsel zeigen, konnte die Union nicht mehr vom Ansehen ihres Kanzlers profitieren, dieser erwies sich eher als eine Belastung für seine Partei.

In einem deutlichen Kontrast hierzu stehen die Einschätzungen Schröders und der SPD. Der Popularitätsgewinn des Kandidaten setzte früher ein als derjenige der Partei. Bis zum Beginn des Wahljahres schien Schröder die SPD in der Wählergunst mitzuziehen. Erst seit dem Frühjahr 1998 erzielte die SPD im Vergleich mit ihrem Spitzenkandidaten bessere Werte (vgl. Abb. 2).

Die Bedeutsamkeit der bestehenden personellen Konstellation für die Bewertung der Union und der SPD tritt noch klarer zu Tage, wenn man zusätzlich die Skalometer der beiden Spitzenpolitiker berücksichtigt, die in der Öffentlichkeit lange Zeit als Alternativen zu Schröder und Kohl gehandelt worden waren: den SPD-Vorsitzenden Lafontaine und den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Schäuble¹³.

Die Entscheidung der SPD für Gerhard Schröder als Kanzlerkandidaten wird durch die vorliegenden Daten eindeutig gestützt. Er verfügte nicht allein im Wettbewerb mit Helmut Kohl, sondern auch im Vergleich mit dem SPD-Vorsitzenden Lafontaine über einen großen Popularitätsvorsprung, der sich bereits lange Zeit vor der Festlegung der SPD auf einen der beiden Bewerber herauskristallisiert hatte. Auch in der Gegenüberstellung Kohl versus Lafontaine ergab sich keine so eindeutige Situation wie bei einer Entscheidung zwischen Kohl und Schröder. Zwar schnitt Lafontaine in den meisten Umfragen besser ab als Kohl, sein Vorsprung fiel aber meist nur knapp aus. Im Monat vor der Bundestagswahl hatte Kohl mit Lafontaine zunächst gleichgezogen und ihn dann überrundet. Zudem erreichte Lafontaine niemals auch nur annähernd das Niveau politischer Unterstützung, über das die SPD in der Wählerschaft verfügte.

Gänzlich anders stellt sich die Situation im Lager der CDU/CSU dar. Im Gegensatz zum amtierenden Bundeskanzler erhielt ihr Fraktionsvorsitzender Wolfgang Schäuble in sämtlichen 1997 und 1998 durchgeführten Umfragen positive Bewertungen. Sein Abstand auf Gerhard Schröder war meist nur gering, im August und im September

erzielte er sogar bessere Werte als der SPD-Spitzenkandidat. Auch im Vergleich mit seiner eigenen Partei schnitt Schäuble erheblich besser ab. Dies impliziert natürlich nicht, daß die Nominierung Schäubles der Union zum Wahlsieg verholfen hätte, zumal Schröder im September bei der Frage nach dem präferierten Kanzler knapp vor Schäuble lag¹⁴, aber der Wahlausgang wäre mit einem Kanzlerkandidaten Schäuble sicherlich offener gewesen.

3. Die wahrgenommenen Eigenschaften der Kanzlerkandidaten

Die Beurteilung von Spitzenpolitikern ergibt sich zu einem erheblichen Teil aus der Wahrnehmung ihrer Eigenschaften. Diese Wahrnehmungen beruhen einerseits auf aktuellen, in der Regel medienvermittelten Eindrücken¹⁵, andererseits müssen sie vor dem Hintergrund der über Jahre hinweg gewonnenen Erfahrungen mit den betreffenden Politikern gesehen werden. Schließlich spiegeln sich in ihnen auch andere politische Orientierungen wider – etwa die eigene Parteiidentifikation. In dem Wahlforschungs-Klassiker „The American Voter“ unterschieden Campbell u. a. zwischen persönlichen Qualitäten von Präsidentschaftskandidaten (Integrität, Sympathie, Vertrauenswürdigkeit, intaktes Familienleben etc.) und ihren politischen Fähigkeiten (Unabhängigkeit, Führungsstärke, Erfahrung etc.)¹⁶. Inzwischen ergaben sich in Untersuchungen der Kandidatenorientierungen in Deutschland vier relevante Eigenschaftsdimensionen: Problemlösungskompetenz, Managerfähigkeiten, Integrität und unpolitische Eigenschaften bzw. Persönlichkeitsmerkmale¹⁷.

Hinsichtlich der Problemlösungskompetenz ist die Bewertung der politischen Standpunkte der Kandidaten zu einzelnen Sachfragen von Interesse.

14 Nach dem Ergebnis der EMNID-Umfrage vom 15./16. 9. 1998 entfielen auf Schröder 45 und auf Schäuble 43 Prozent der Nennungen; im Vergleich Schröder – Stoiber entschieden sich 49 Prozent für Schröder und 38 Prozent für Stoiber. Die Verfasser danken Dieter Walz (EMNID) für die Überlassung der Daten.

15 Vgl. zum Einfluß der Medienberichterstattung auf die Wahrnehmung von Kandidateneigenschaften: Frank Brettschneider, Kohls Niederlage: Kandidatenimages und Medienberichterstattung vor der Bundestagswahl 1998, in: Peter Winterhoff-Spurk/Michael Jäckel (Hrsg.), Politische Eliten in der Mediengesellschaft. Rekrutierung – Darstellung – Wirkung, München i. E.; ders., Medien als Imagemacher? Bevölkerungsmeynung zu den beiden Spitzenkandidaten und der Einfluß der Massenmedien im Vorfeld der Bundestagswahl 1998, in: Media Perspektiven, 8/98, S. 392–401.

16 Vgl. A. Campbell u. a. (Anm. 1), S. 55.

17 Vgl. u. a. J. Lass (Anm. 3); A. Vetter/F. Brettschneider (Anm. 6).

13 Die entsprechenden Werte befinden sich nicht in Abbildung 2, sondern in der ergänzenden Tabelle.

Von besonderer Bedeutung sind hierbei jene Themenbereiche, die die Wähler als vordringlich ansehen. Bei den letzten Bundestagswahlen wurde von den Kandidaten stets erwartet, daß sie im Falle des Wahlsieges Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft sowie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einleiten. Zu den Managerfähigkeiten zählen u. a. Führungsstärke, Entscheidungsfreude und Tatkraft. Diese Fähigkeiten beziehen sich zwar nicht auf konkrete politische Sachfragen, sie sind aber wichtig, wenn es um die Durchsetzung politischer Positionen geht. Die Integritätskomponente umfaßt den Eindruck, der zur Wahl stehende Politiker sei ein ehrlicher Mensch oder ein vertrauenswürdiger Politiker. Die unpolitischen Merkmale schließlich stehen nicht mit der Ausübung der politischen Rolle im engeren Sinne in Verbindung, gewinnen aber der Personalisierungshypothese zufolge in der „Mediendemokratie“ an Bedeutung. Für den Wahlerfolg eines Kandidaten ist demnach eine angenehme Ausstrahlung ebenso wichtig wie der Umstand, daß er als Mensch sympathisch wirkt.

Die Bewertungen von Kandidaten auf diesen Eigenschaftsdimensionen hängen relativ stark miteinander zusammen. Personen, die Kohl Problemlösungskompetenz absprechen, bezweifeln meist auch seine Managerfähigkeiten. Und diejenigen, die Schröder sympathisch finden, halten ihn in der Regel auch für vertrauenswürdig. Je vorteilhafter ein Kandidat hinsichtlich der genannten Eigenschaftsdimensionen beurteilt wird, desto positiver fällt seine Gesamtbewertung aus¹⁸. Allerdings können die einzelnen Dimensionen für die Gesamtbeurteilung von unterschiedlich großer Bedeutung sein, zudem kann sich diese Bedeutung im Laufe des Wahlkampfes verschieben.

Unmittelbar vor der Bundestagswahl 1994 sprach die Bewertung der Kandidateneigenschaften eine klare Sprache: Helmut Kohl erhielt den Vorzug vor Rudolf Scharping. Die Wählerinnen und Wähler schrieben dem amtierenden Kanzler vor allem eine größere Tatkraft zu als dem sozialdemokratischen Herausforderer. Darüber hinaus wurde Kohl als wirtschaftspolitisch kompetenter und als glaubwürdiger eingestuft. Dieses Bild verdichtete sich während des Wahlkampfes zunehmend¹⁹. Ein vergleichbarer Vorsprung Kohls war im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 zu keinem Zeitpunkt gege-

ben. Vielmehr lag der Kanzler von Beginn an klar hinter seinem Herausforderer zurück. Im November 1997 wurde Kohl sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern von der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler negativ bewertet. Am stärksten zogen die Befragten die Tauglichkeit seiner Vorstellungen zur Ankurbelung der Wirtschaft in Zweifel. Zudem wies er stark negative Sympathiewerte auf. Die Wähler in den neuen Bundesländern äußerten ferner – wohl auf der Basis nicht-erfüllter Erwartungen hinsichtlich versprochener „blühender Landschaften“ – erhebliche Zweifel an der politischen Vertrauenswürdigkeit des Kanzlers.

Anders stellt sich das Bild des Herausforderers dar. Er erhielt im November 1997 fast nur positive Bewertungen. Lediglich in den alten Bundesländern liegen die Einschätzung seiner Vorstellungen zur Ankurbelung der Wirtschaft sowie seine politische Vertrauenswürdigkeit knapp unter dem neutralen Nullpunkt. Ein Jahr vor der Bundestagswahl wurde Gerhard Schröder in den alten und neuen Bundesländern deutlich positiver beurteilt als Helmut Kohl. In den neuen Bundesländern fiel sein Vorsprung besonders groß aus (vgl. Tab. 1).

Im Verlaufe des Wahlkampfes änderte sich diese Lage nicht wesentlich. Allerdings entwickelte sich eine positivere Beurteilung beider Kandidaten auf allen Eigenschaftsdimensionen. Die Wähler attestierte Gerhard Schröder unmittelbar vor der Wahl durchweg positive Eigenschaften, bei Helmut Kohl hielten sich positive und negative Einschätzungen nunmehr die Waage. Vor allem das eigene politische Lager scharte sich deutlich hinter seinem Spitzenkandidaten, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Helmut Kohl konnte diesmal nicht im gleichen Umfang wie bei vorangegangenen Wahlen die CDU/CSU-Anhänger für sich einnehmen, Gerhard Schröder hingegen fand bei den eigenen Anhängern eine größere Unterstützung als die früheren sozialdemokratischen Kandidaten.

Mit großer Wahrscheinlichkeit führte die durch den Wahlkampf bewirkte Mobilisierung ferner dazu, daß sich die Abstände zwischen Kohl und Schröder mit näherrückendem Wahltermin verringerten. Trotzdem galt Gerhard Schröder auch im September 1998 noch als der wirtschaftspolitisch kompetentere, sympathischere, tatkräftigere und – in den neuen Bundesländern – als der vertrauenswürdiger Kandidat. Neben der wirtschaftspolitischen Kompetenz schlug sich vor allem der Eindruck, Schröder sei tatkräftig, in der Kanzlerpräferenz nieder. Während der amtierende Kanzler in weiten Kreisen der Wählerschaft als Mann des politischen

18 Vgl. Frank Brettschneider, Kohl oder Schröder: Determinanten der Kanzlerpräferenz gleich Determinanten der Wahlpräferenz?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 29 (1998), S. 401–421.

19 Vgl. O. W. Gabriel/A. Vetter (Anm. 2), S. 518–523.

Tabelle 1: Die Entwicklung der Kandidateneigenschaften im Wahlkampf 1998

„Ich lese Ihnen nun einige Eigenschaften vor. Sagen Sie mir bitte, in welchem Maße diese Eigenschaften Ihrer Meinung nach auf Helmut Kohl bzw. auf Gerhard Schröder zutreffen. Der Wert -2 bedeutet, daß die jeweilige Eigenschaft überhaupt nicht auf den Politiker zutrifft. +2 bedeutet, daß die Eigenschaft voll und ganz auf den Politiker zutrifft. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.“ (Mittelwerte auf einer Skala von -2 bis +2)

		November 1997		September 1998	
		Kohl	Schröder	Kohl	Schröder
Er hat vernünftige Vorstellungen, um die Wirtschaft anzukurbeln.	West	-0,70	-0,07	+0,06	+0,38
	Ost	-0,92	+0,14	-0,10	+0,44
Er ist tatkräftig.	West	-0,15	+0,30	-0,09	+0,38
	Ost	-0,07	+0,50	-0,04	+0,52
Er ist politisch vertrauenswürdig.	West	-0,28	-0,09	+0,23	+0,22
	Ost	-0,56	+0,29	-0,07	+0,32
Er ist menschlich sympathisch.	West	-0,41	+0,10	+0,34	+0,65
	Ost	-0,45	+0,33	+0,21	+0,71

November 1997: N = 754 (West) bzw. 199 (Ost); September 1998: N = 1 106 (West) bzw. 527 (Ost).

Quellen: EMNID-Wissenschaftspreis 1997; DFG-Studie „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinten Deutschland“ 1998.

Stillstands galt, konnte sein Herausforderer mit dem Image, politische Probleme unkompliziert und zügig anzupacken, die Wechselstimmung für sich nutzen. Seine Wertschätzung basiert also zum einen auf einer themenspezifischen Kompetenz – nämlich im Bereich der Wirtschaftspolitik –, zum anderen auf dem themenunspezifischen Eindruck, politischen Stillstand zu beenden. Entgegen der Personalisierungshypothese waren unpolitische Eigenschaften auch bei der Bundestagswahl 1998 nicht von herausgehobener Bedeutung für die Kanzlerpräferenz²⁰.

4. Die Problemlösungskompetenz von Kandidaten und Parteien im Vergleich

Wie die Eigenschaftsprofile der Kandidaten zeigen, beurteilten die Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl 1998 den Kanzlerkandidaten der Opposition positiver als den amtierenden Regierungschef. Damit unterscheidet sich die im Jahre 1998 gegebene Situation grundlegend von der des Jahres 1994, als Kohl in der Selbstdarstellung einen Vorteil gegenüber Scharping für sich verbuchen konnte, im Hinblick auf einzelne Persönlichkeitsattribute jedoch nicht wesentlich besser bewertet worden war als sein Herausforderer²¹. Für die Bundestagswahl 1998 stehen weitere Daten zur Zuweisung von Problemlösungskompetenzen auf einzelnen Politikfeldern zur Verfügung. Sie ermöglichen zudem einen Vergleich der Kompetenzprofile der Kandidaten mit denjenigen ihrer Parteien. Auf diese Weise läßt sich untersuchen,

ob Kohl und Schröder von den Wählerinnen und Wählern pèrzipierte Leistungsschwächen ihrer Parteien kompensieren konnten oder ob sie diese verstärkten.

Das Thema Vollbeschäftigung lag 1998 mit klarem Abstand an der Spitze der politischen Agenda, gefolgt von der Rentensicherung und der Verbrechensbekämpfung (vgl. Tab. 2). Für diese wie für die meisten anderen politischen Themen nahmen die ostdeutschen Wählerinnen und Wähler einen deutlich größeren Problemdruck wahr als diejenigen im Westen. Bei der Frage nach der Problemlösungskompetenz der Parteien zeigen sich die aus vielen Wahlstudien bekannten Profile. Aus der Sicht der Wählerinnen und Wähler bilden die traditionellen wohlfahrtsstaatlichen Aufgaben der sozialen Sicherheit, der Gesundheitsvorsorge und der Rentensicherung die Domänen der SPD. Auf allen diesen Gebieten traut ihr die Wählerschaft eher die Lösung der anstehenden Probleme zu als der Union. In deutlich abgeschwächter Form trifft dies auch für die Ausländerintegration und die Arbeitsmarktpolitik zu. Als Stärken der Union galten die Verbrechensbekämpfung sowie die Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Mit einigen sehr typischen – und möglicherweise wahlentscheidenden – Besonderheiten findet sich diese Kompetenzzuweisung auch bei den Kanzlerkandidaten der beiden Parteien. Der wichtigste qualitative Unterschied betrifft die Zuweisung von Kompetenz bei der Ankurbelung der Wirtschaft: Während die Befragten die Lösung dieser Aufgabe eher der Union als der SPD zutrauen, gilt dies nicht für die Kandidaten: Im Vergleich mit Kohl

20 Vgl. F. Brettschneider (Anm. 18), S. 417–420.

21 Vgl. O. W. Gabriel/A. Vetter (Anm. 2), S. 518–523.

Tabelle 2: Die Problemlösungskompetenz von Kandidaten und Parteien im August und September 1998 (Angaben in Prozent)

	Wichtigkeit	Lösungs-kompetenz	CDU/CSU	SPD	keiner von beiden
Arbeitslosigkeit bekämpfen	69	Kandidat Partei	25 27	44 31	26 31
Renten sichern	56	Kandidat Partei	31 29	40 40	22 21
Bürger wirksam vor Verbrechen schützen	51	Kandidat Partei	39 43	30 24	21 22
Wirtschaft ankurbeln	46	Kandidat Partei	30 40	42 32	17 17
Gesundheitsvorsorge sichern	46	Kandidat Partei	28 28	46 40	17 19
Für soziale Sicherheit sorgen	45	Kandidat Partei	39 26	41 48	14 14
Staatsschulden begrenzen	34	Kandidat Partei	34 34	32 28	25 12
Zusammenleben mit Ausländern regeln	25	Kandidat Partei	30 27	42 34	17 17

August: N = 1501, September: N = 1003.

Quelle: EMNID. Die Verfasser danken Dieter Walz für die Überlassung der Daten.

wird Schröder deutlich als der kompetentere Politiker angesehen. Auch auf den meisten anderen Themenfeldern erhielt Kohl von den Wählerinnen und Wählern schlechtere Noten als die von ihm geführte Partei. Dagegen wurde Schröder im Vergleich mit seiner Partei lediglich auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit schlechter eingestuft. Dies geht aber weniger auf Vorbehalte gegen Schröders Eignung als vielmehr auf eine exorbitant positive Bewertung der SPD zurück. Kohl war somit kaum dazu in der Lage, perzipierte Leistungsdefizite seiner Partei aufzufangen, und selbst in den Domänen der Unionspolitik brachte er eher einen Malus als einen Bonus. Im Unterschied zu ihm schätzte die Bevölkerung Schröder nicht nur als den kompetenteren Kandidaten ein, auf den beiden kritischen Themenfeldern Vollbeschäftigung und Ankurbelung der Wirtschaft fand der Herausforderer zudem größere Zustimmung als die SPD. Wie schon bei der Kanzlerpräferenz erbrachte der Vergleich zwischen Schröder und Schäuble eine bessere Bilanz für das Unionslager (auf tabellarische Nachweise wird verzichtet).

SPD im Urteil der Wähler deutlich besser ab als Helmut Kohl. Die meisten Befragten favorisierten ihn als künftigen Bundeskanzler, sie bewerteten seine Arbeit positiver als die Kohls, sie hatten mehr Vertrauen zu ihm, fanden ihn sympathischer und wiesen ihm die größere Führungskompetenz zu. Zugleich waren sie davon überzeugt, daß er eher als der amtierende Kanzler dazu in der Lage sei, die anstehenden politischen Probleme zu lösen. Aber auch zwischen den beiden großen Parteien bestand ein klares Popularitätsgefälle zugunsten der SPD, das durch eine deutlich größere Problemlösungskompetenz ergänzt wurde.

In einer Situation, in der sämtliche kurz- und langfristig wirksamen Bestimmungsfaktoren des Wählerverhaltens die SPD begünstigten, stellt sich die Frage nach dem relativen Gewicht der drei Einflußfaktoren Parteiidentifikation, Problemlösungskompetenz und Kanzlerpräferenz mit besonderer Schärfe. Jedoch treten bei ihrer Beantwortung einige Schwierigkeiten auf. Die drei im sozialpsychologischen Erklärungsmodell des Wählerverhaltens enthaltenen Komponenten sind nämlich auf vielfältige Weise miteinander verflochten. Feste Anhänger einer Partei, die sogenannten Parteiidentifizierer, tendieren dazu, ihre Partei für besonders kompetent zu halten, im Regelfalle bewerten sie auch den Kandidaten ihrer Partei positiver als seinen Opponenten. Umgekehrt tragen positive Kandidaten- und Themenorientierungen langfristig zur Stabilisierung der Parteibin-

IV. Die Bedeutung der Kandidatenorientierungen für den Wahlentscheid

Wie alle bisher präsentierten Daten belegen, schnitt Gerhard Schröder als Spitzenkandidat der

dungen bei. Auf Grund dieser starken Wechselwirkung der drei Faktoren ist es ausgesprochen schwierig, das Gewicht der einzelnen Erklärungsfaktoren, in unserem Falle der Kanzlerpräferenz, präzise zu bestimmen.

Wegen dieses Dilemmas ist der empirische Gehalt der Personalisierungsthese nicht exakt zu überprüfen. Man kann jedoch die Bandbreite angeben, innerhalb deren sich der Kandidateneinfluß bewegt. Wenn man bei der Erklärung der Parteipräferenz ausschließlich die Kandidatenorientierung berücksichtigt und die beiden anderen Größen nicht in die Analyse einbezieht, dann erreicht man den oberen Schwellenwert, der den originären Kandidateneffekt allerdings deutlich überschätzt²². Kontrolliert man vor einer Prüfung der Kandidateneffekte die Parteibindungen und gegebenenfalls noch die den Parteien zugeschriebene Problemlösungskompetenz, dann definiert man den unteren Schwellenwert, setzt aber den Einfluß der Kandidatenorientierungen mit Sicherheit zu niedrig an (vgl. Abb. 3a und 3b), weil sie ihrerseits auf die beiden anderen Größen wirken²³.

Da sich das angesprochene Problem nicht zufriedenstellend lösen läßt, haben wir in den folgenden Teilen dieses Beitrages einen Mittelweg beschritten und bei der Analyse der Bedeutung von Kandidateneffekten zwischen Befragten mit einer langfristig stabilen Bindung an die CDU/CSU

22 Dieser „erklärt“ für Westdeutschland 67 % (1994: 66 %) und für Ostdeutschland 57 % (1994: 53 %) des Wahlentscheidens.

23 Für die Analysen haben wir die entsprechenden Variablen mit den folgenden, eingeführten Standardfragen der Wahlforschung erfaßt. Parteiidentifikation (PI): „Viele Leute neigen in der Bundesrepublik längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Wenn ja, welcher?“ Codierung: -1 = Parteineigung zugunsten der SPD oder Bündnis 90/Die Grünen, 0 = keine Parteineigung, +1 = PI zu Gunsten der CDU/CSU oder der FDP. Die wenigen Befragten mit einer Neigung zugunsten einer anderen Partei bleiben in den Analyse unberücksichtigt. Themenorientierungen: „Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Probleme, die es heute in der Bundesrepublik zu lösen gilt?“ Anschließend: „Das für Sie wichtigste Problem ist . . . Welche Partei ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, dieses Problem zu lösen?“ Und: „Das für Sie zweitwichtigste Problem ist . . . Welche Partei ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, dieses Problem zu lösen?“ Codierung: -1 Problemlösungskompetenz der SPD oder Bündnis 90/Die Grünen, 0 = keine Partei, +1 = Problemlösungskompetenz der CDU/CSU oder der FDP. Kanzlerpräferenz: Fragewortlaut vgl. Tab. 1. Codierung: -1 = Schröder, 0 = keiner von beiden, +1 Kohl. Pearsons R für den Zusammenhang zwischen der PI und der Parteikompetenz beträgt .74 (West) bzw. .68 (Ost); zwischen PI und Kanzlerpräferenz = .73 (West) bzw. .65 (Ost); zwischen Parteikompetenz und Kanzlerpräferenz = .75 (West) bzw. .65 (Ost).

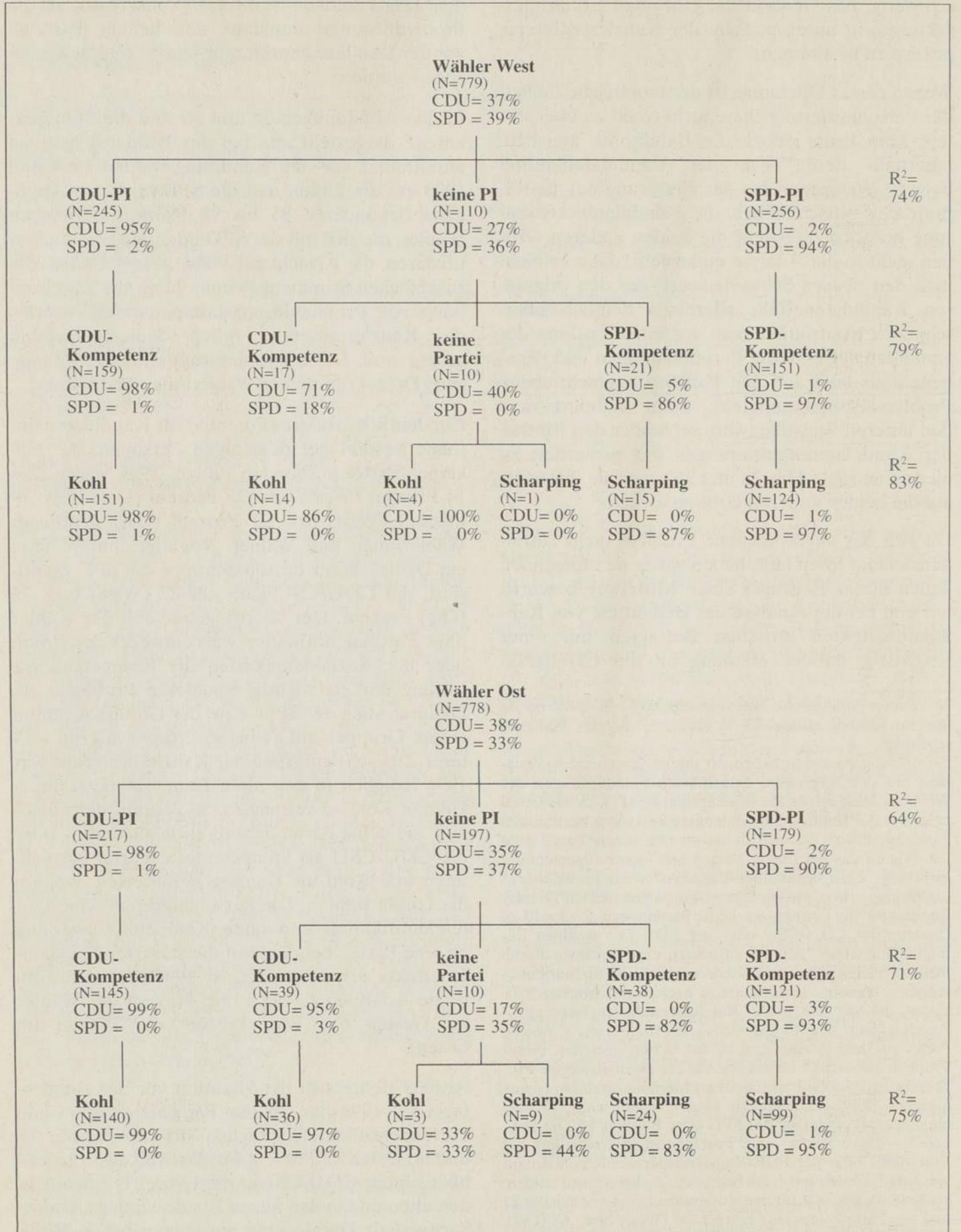
bzw. die SPD auf der einen Seite und solchen ohne Parteibindung auf der anderen Seite unterscheiden. Das Vorgehen ist insofern konservativ, als die Problemlösungskompetenz der beiden Parteien vor der Kandidatenpräferenz in die Analyse einbezogen wurde.

In den Abbildungen 3a und 3b sind die Stimmenanteile dargestellt, die bei der Wahlabsichtsfrage unmittelbar vor den Bundestagswahlen 1994 und 1998 auf die Union und die SPD entfielen. Demnach bekundeten 85 bis 98 Prozent derjenigen Wähler, die sich mit der SPD oder der Union identifizieren, die Absicht zur Wahl „ihrer“ Partei. Die zusätzlichen Stimmengewinne durch die Zuschreibung von Problemlösungskompetenz oder durch die Kanzlerpräferenz fallen dementsprechend gering aus. Diese Wählergruppe umfaßt knapp zwei Drittel sämtlicher Wählerinnen und Wähler.

Ein deutlich größeres Potential für Kandidateneinflüsse besteht bei denjenigen Personen, die sich keiner Partei verbunden fühlen. 1994 waren dies 14 Prozent (West) bzw. 25 Prozent (Ost), 1998 19 Prozent (West) bzw. 21 Prozent (Ost) sämtlicher Wählerinnen und Wähler. Vor vier Jahren hatte ein Drittel dieser Personengruppe die SPD favorisiert, die CDU/CSU kam auf 27 (West) bzw. 35 (Ost) Prozent. Der überwiegende Teil der Wähler ohne Parteiidentifikation wies entweder der Union oder den Sozialdemokraten die Kompetenz zur Lösung der als wichtig erachteten Probleme zu. Dadurch stieg der SPD- bzw. der Unions-Anteil in diesen Gruppen auf 71 bis 95 Prozent an. Ein weiterer Zuwachs aufgrund der Kanzlerpräferenz war 1994 lediglich in den alten Bundesländern durch Helmut Kohl zu verbuchen. 86 Prozent der Personen, die keine Parteiidentifikation aufwiesen, aber die CDU/CSU als kompetenteste Partei betrachteten und Kohl als Kanzler präferierten, wollten die Union wählen. Die Personengruppe ohne Parteiidentifikation und ohne Kompetenzzuweisung an eine Partei, bei der man die stärksten Kandidateneffekte erwarten darf, ist 1994 für weiterführende Analysen zu klein (ein Prozent der Wähler im Westen bzw. vier Prozent der Wähler im Osten).

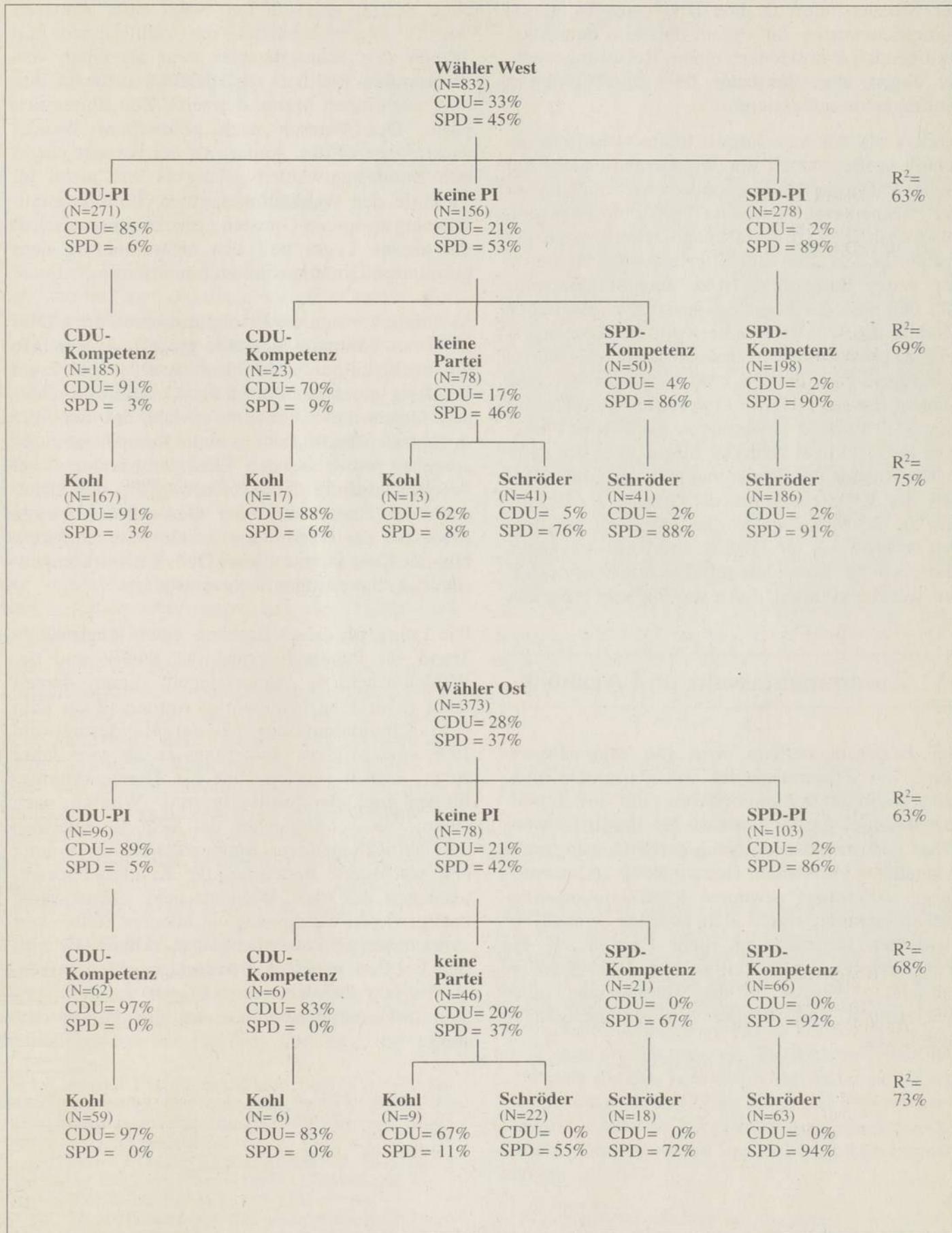
Anders stellte sich die Situation vor der Bundestagswahl 1998 dar. In der Personengruppe ohne Parteiidentifikation sprachen sich im Westen 53 und im Osten 42 Prozent für die SPD aus – gegenüber einem CDU/CSU-Anteil von 21 Prozent in den alten und in den neuen Bundesländern. Dieser Sachverhalt könnte eine ausschlaggebende Rolle für den Ausgang der Bundestagswahl gespielt haben, denn er bringt die generell günstige Stim-

Abbildung 3a: Stimmenanteile der CDU/CSU bzw. der SPD nach Parteiidentifikation (PI), Themenkompetenz und Kanzlerpräferenz 1994



Quelle: DFG-Studie „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinten Deutschland“ 1994.

Abbildung 3b: Stimmenanteile der CDU/CSU bzw. der SPD nach Parteiidentifikation (PI), Themenkompetenz und Kanzlerpräferenz 1998



Quelle: DFG-Studie „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinten Deutschland“ 1998.

mung für die SPD zum Ausdruck – und zwar unabhängig von den Kompetenzzuschreibungen und der Kanzlerpräferenz. Die Erklärung für diesen bemerkenswerten Tatbestand dürfte in dem überwältigenden Wunsch nach einem Regierungswechsel liegen, den sämtliche 1998 durchgeführten Umfragen dokumentieren.

Anders als vor vier Jahren fühlte sich 1998 ein relativ großer Anteil der Wählerschaft nicht nur keiner Partei verbunden, sondern wies auch keiner der Parteien eine besondere Problemlösungskompetenz zu. Dies trifft auf knapp zehn Prozent der Wähler in den alten und 12 Prozent der Wähler in den neuen Bundesländern zu. Ihre Stimmabgabe läßt sich nach der Logik des sozialpsychologischen Modells des Wählerverhaltens auf die Kanzlerpräferenz zurückführen. Insbesondere in dieser Personengruppe kam die Zugkraft von Schröder zum Tragen: Etwa die Hälfte präferierte Schröder, nur knapp 20 Prozent bevorzugten Kohl. Eine Präferenz für Kohl bzw. Schröder führte zu einem deutlichen Anstieg des Stimmenanteils der CDU/CSU bzw. der SPD, jedoch war die Gruppe der Befragten, die Schröder den Vorzug gab, mehr als doppelt so groß wie die Gruppe der Kohl-Anhänger. Dort, wo die Kandidateneffekte unverzerrt wirksam werden konnten, fielen sie 1998 sehr stark aus.

V. Zusammenfassung und Ausblick

Bei Bundestagswahlen wird die Stimmabgabe durch ein Zusammenspiel von Parteiidentifikation, Kandidatenorientierungen und Problemlösungskompetenz der Parteien bestimmt. Es wäre daher verkürzt, den Ausgang der Bundestagswahl 1998 alleine als Abwahl Helmut Kohls zu interpretieren. Allerdings gewinnen Kandidatenorientierungen, bedingt durch den sozialen Wandel in westlichen Demokratien, mehr Einfluß auf das Wahlverhalten. Unbestreitbar waren die Kanzlerkandidaten diesmal für die Stimmabgabe vieler Wählerinnen und Wähler von herausragender Bedeutung.

Unumstritten ist, daß Helmut Kohl zur schwersten Wahlniederlage der Union seit 1949 einen erheblichen Beitrag geleistet hat. Nach einer Amtszeit von 16 Jahren schätzten die Wählerinnen und Wähler den Bundeskanzler zwar als einen verdienstvollen Politiker, zugleich sahen sie in ihm aber auch einen Mann, der seine Zeit hinter sich hatte. Der Wunsch nach politischem Wandel wirkte gegen Kohl. Anders als bei vorangegangenen Bundestagswahlen gelang es ihm nicht, im Verlaufe des Wahlkampfes einen Stimmungsumschwung zu seinen Gunsten herbeizuführen. Selbst das eigene Lager ließ sich nicht mehr in dem gewohnten Umfang von ihm mobilisieren.

Vermutlich wären die Erfolgsaussichten der CDU/CSU mit Wolfgang Schäuble größer gewesen. Ob ein rechtzeitiger Führungswechsel jedoch zum Wahlsieg gereicht hätte, läßt sich kaum abschätzen. Gegen diese Annahme spricht, daß der SPD in zentralen Politikfeldern mehr Kompetenz zugesprochen wurde als den Christdemokraten – bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Sicherung der Renten und der Gesundheitsvorsorge sowie bei der Herstellung sozialer Gerechtigkeit. Helmut Kohl konnte dieses Defizit nicht kompensieren, er hat es sogar noch vergrößert.

Die Frage, ob dieses Ergebnis einen langfristigen Trend zur Personalisierung der Politik und der Wahlentscheidung widerspiegelt, kann derzeit nicht zuverlässig beantwortet werden. Zwar kam dem Kandidatenfaktor bei der Bundestagswahl 1998 eine größere Bedeutung zu als vier Jahre zuvor, jedoch wirkten auch die Themenorientierungen und der weitverbreitete Wunsch nach einem Wechsel zugunsten der SPD. In Analysen der zurückliegenden Bundestagswahlen konnte eine wachsende Bedeutung der Kandidatenorientierungen für den Wahlentscheid ebensowenig nachgewiesen werden wie ein höherer Stellenwert „unpolitischer“ Persönlichkeitsmerkmale. Es wird sich bei den nächsten Bundestagswahlen zeigen, ob das Jahr 1998 eine erste Etappe auf dem Weg zur stärkeren Personalisierung der Politik darstellte.

„Annäherung durch Wandel“?

Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998 in Ost-West-Perspektive

I. Fragestellung

„Staatliche Einheit vollzogen, innere Einheit fraglich“, so läßt sich das Ergebnis vieler empirischer Analysen zum deutschen Einigungsprozeß pointiert zusammenfassen. Zwar wurden die Strukturen des westdeutschen Wirtschafts-, Rechts-, Sozial- und Regierungssystems rasch und weitgehend reibungslos auf die neuen Länder übertragen; zugleich kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß hinsichtlich der politischen Einstellungen und Verhaltensweisen nach wie vor erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen bestehen, die sich einerseits auf die unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen vor der Vereinigung, andererseits auf die unterschiedlichen Lebenserfahrungen seit der Vereinigung zurückführen lassen¹.

Auch beim Wahlverhalten zeigten sich bei den bisherigen gesamtdeutschen Wahlen Differenzen zwischen den alten und den neuen Ländern, die so gravierend sind, daß Russell J. Dalton und Wilhelm Bürklin mit Blick auf das Wahlergebnis von 1994 von zwei getrennten deutschen Elektoraten sprechen². Dabei wirken die Wahlverhaltensunterschiede zwischen Ost und West auf das Parteiensystem zurück und haben so zu einer Regionalisierung geführt, die sich vor allem in der unterschiedlichen Rolle der PDS zeigt³.

Die Ost-West-Differenzen im Wahlverhalten sind somit nicht nur von wissenschaftlichem Interesse, sondern haben eine doppelte politisch-praktische Relevanz: Zum einen beeinflussen sie direkt die Erfolgchancen der Parteien, zum anderen legen

sie indirekt deren Kurs fest, indem sie bestimmte Koalitionen erzwingen bzw. unmöglich machen. Darüber hinaus stellt die Aufgabe, in Ost und West möglicherweise unterschiedliche Wählerschichten anzusprechen zu müssen, die Parteien vor neue Herausforderungen. Im folgenden wollen wir untersuchen, ob sich die These von den zwei getrennten deutschen Elektoraten auch für die Bundestagswahl 1998 bestätigen läßt. Dabei analysieren wir zunächst das Wahlergebnis in Ost-West-Perspektive, indem wir die auftretenden Differenzen zwischen alten und neuen Ländern auf der Aggregatebene beschreiben, um einen ersten Eindruck von ihrer Größenordnung und Relevanz zu erhalten. In einem zweiten Schritt fragen wir dann nach den Ursachen für diese Unterschiede auf der Ebene des individuellen Wahlverhaltens, d. h., wir beschäftigen uns mit den Voraussetzungen und den Mechanismen der Wahlentscheidung. Abschließend wenden wir uns den mittelfristigen Perspektiven des Wahlverhaltens im Ost-West-Vergleich zu.

II. Das Ergebnis der Bundestagswahl 1998 in Ost-West-Perspektive

Betrachtet man das Ergebnis der Bundestagswahl von 1998 getrennt nach alten und neuen Ländern⁴, so zeigen sich auch bei dieser Wahl deutliche Unterschiede zwischen beiden Regionen. Auffällig ist zunächst der hohe Stimmenanteil, den die PDS in den neuen Ländern erreichen konnte. Während im Westen weniger als ein Prozent der Wahlberechtigten für die SED-Nachfolgepartei gestimmt hat, gelang es der PDS im Osten, 17 Prozent der Bürger für sich zu mobilisieren und damit drittstärkste politische Kraft in den neuen Ländern zu bleiben.

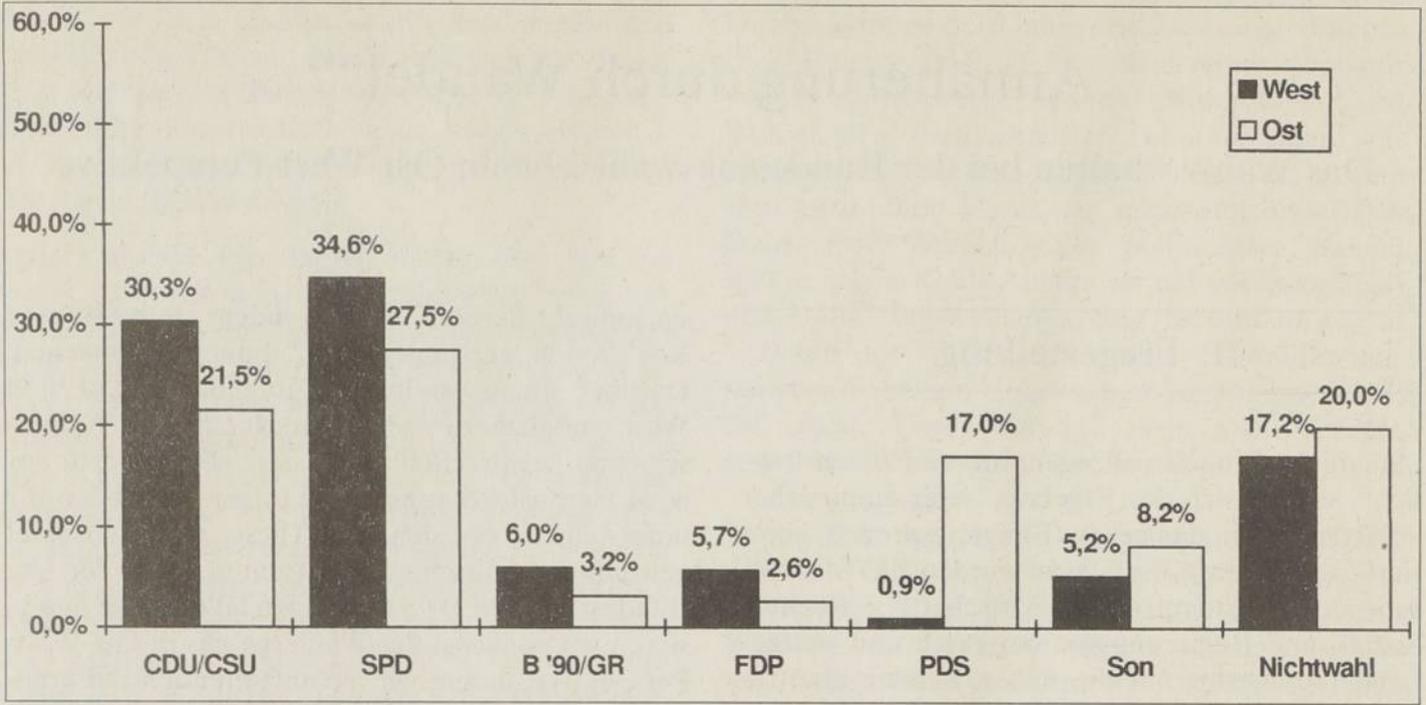
1 Vgl. dazu die Beiträge in Oskar W. Gabriel (Hrsg.), Politische Orientierungen im vereinigten Deutschland, Opladen 1997 (Beiträge zu den Berichten zum politischen und sozialen Wandel in Ostdeutschland, Bd. 3.3).

2 Vgl. Russell J. Dalton/Wilhelm Bürklin, The Two German Electorates: The Social Bases of the Vote in 1990 and 1994, in: German Politics and Society, 13 (1995), S. 75–99.

3 Vgl. Oskar Niedermayer, Das gesamtdeutsche Parteiensystem, in: Oskar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen 1997, S. 106–130.

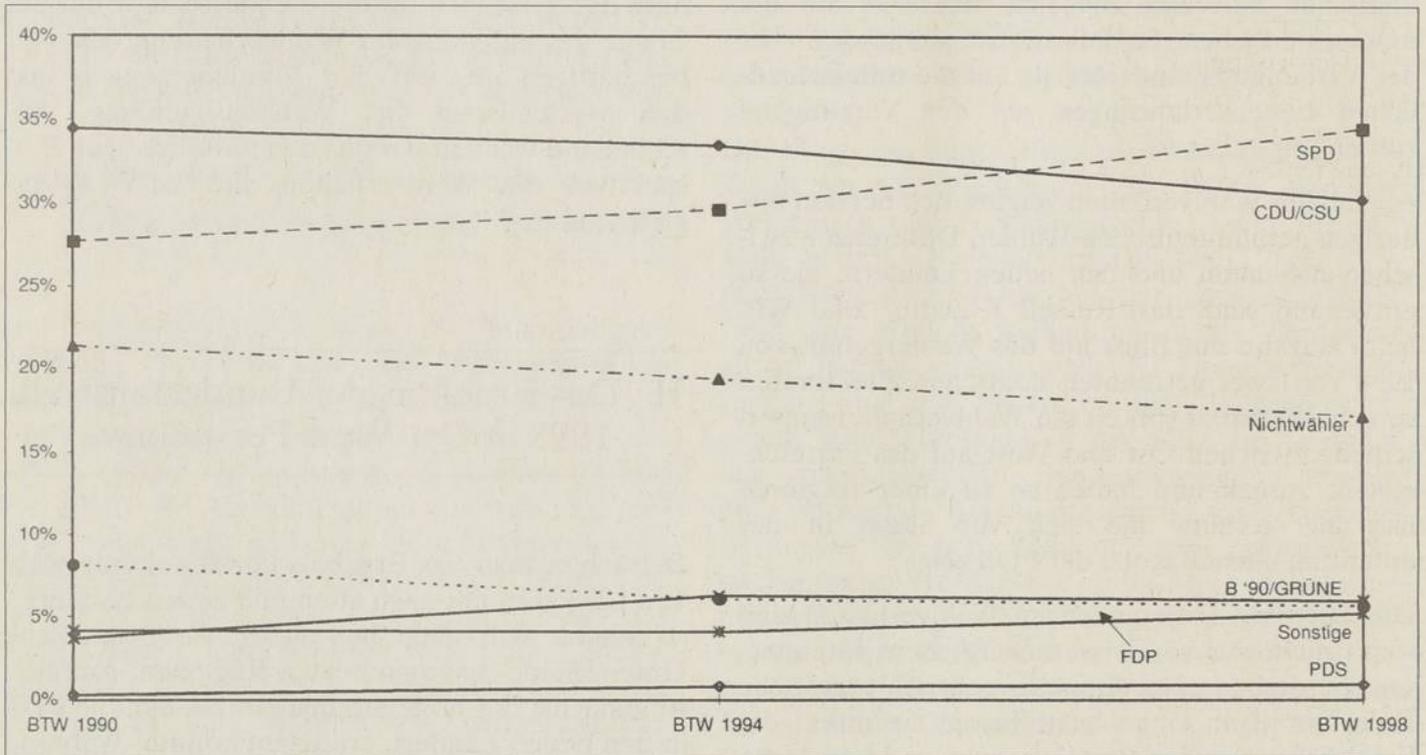
4 In Abbildung 1 beziehen wir uns nicht auf die Wähler, sondern auf die Wahlberechtigten. Diese Darstellungsweise ermöglicht es, die tatsächliche Mobilisierungsleistung der Parteien zu beurteilen.

Abbildung 1: Das Wahlergebnis 1998 in Ost-West-Perspektive



Quelle: Amtliches Endergebnis 1998 (in Prozent der Wahlberechtigten).

Abbildung 2: Entwicklung der Bundestagswahlergebnisse in den alten Ländern 1990 bis 1998



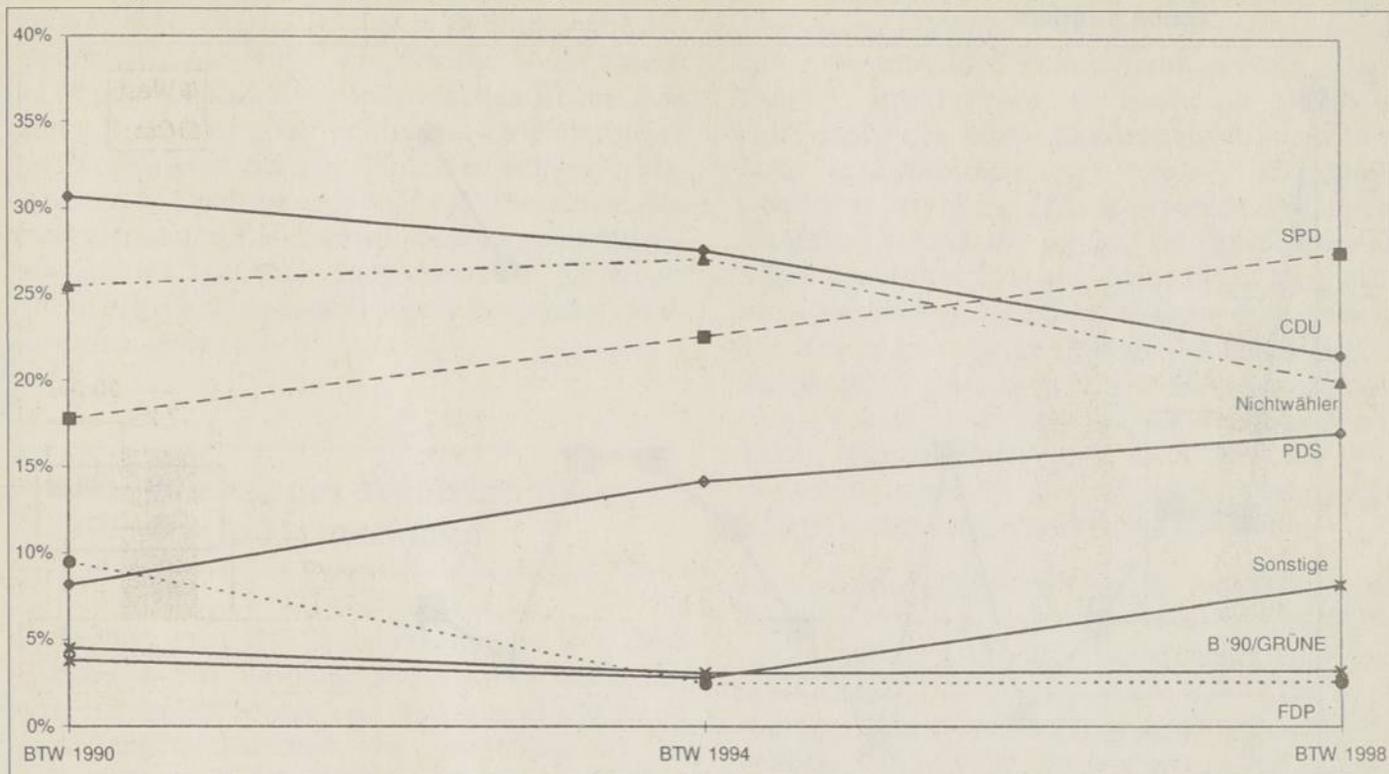
Quelle: Amtliche Endergebnisse der Bundestagswahlen 1990 bis 1998.

Fast spiegelbildlich stellt sich das Wahlergebnis für die FDP und die Grünen dar: Beide Parteien erreichen im Westen jeweils rund sechs Prozent der Stimmberechtigten, im Osten hingegen nur etwa die Hälfte dieses Anteils. Die Liberalen bleiben damit 1998 in allen neuen Ländern, Bündnis 90/Die Grünen in den neuen Ländern außer dem früheren Ostteil von Berlin unter der Fünfprozent-

hürde. Stellt man darüber hinaus in Rechnung, daß FDP und Grüne derzeit in keinem der ostdeutschen Landtage vertreten sind⁵ und die Grü-

⁵ Bündnis 90/Die Grünen waren nach den Wahlen von 1994 nur noch im Landtag von Sachsen-Anhalt vertreten und sind auch dort mit der Wahl vom 26. April 1998 ausgeschieden. Die FDP konnte 1994 in keinem der neuen Länder die Fünf-

Abbildung 3: Entwicklung der Bundestagswahlergebnisse in den neuen Ländern 1990 bis 1998



Quelle: Amtliche Endergebnisse der Bundestagswahlen 1990 bis 1998.

nen in den neuen Ländern außerdem mit ernststen organisatorischen Problemen zu kämpfen haben⁶, erscheint es angemessen, beide Gruppierungen analog zur Rolle der PDS in den neuen Ländern als westdeutsche Regionalparteien einzustufen.

Auch die beiden großen Parteien müssen sich im Osten mit einem deutlich geringeren Stimmenanteil begnügen als in den alten Ländern. Die SPD bleibt in den neuen Ländern um sieben, die Union um neun Prozentpunkte hinter dem Ergebnis im Westen zurück. Dafür liegt der Anteil der Nichtwähler mit 20 Prozent etwas höher als im Westen, und die „sonstigen“ Parteien – also Republikaner und DVU sowie diverse Kleinstparteien – konnten im Gebiet der früheren DDR insgesamt fast sieben Prozent der Wahlberechtigten mobilisieren, im Westen dagegen nur gut vier Prozent.

Die bisher skizzierten Ost-West-Differenzen beziehen sich lediglich auf Unterschiede in der Unterstützung der Parteien zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 1998. Erweitert man die Betrachtung um

prozenthürde überspringen und scheiterte im Gegensatz zu den Grünen auch bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 22. Oktober 1995 an der Fünfprozentklausel.

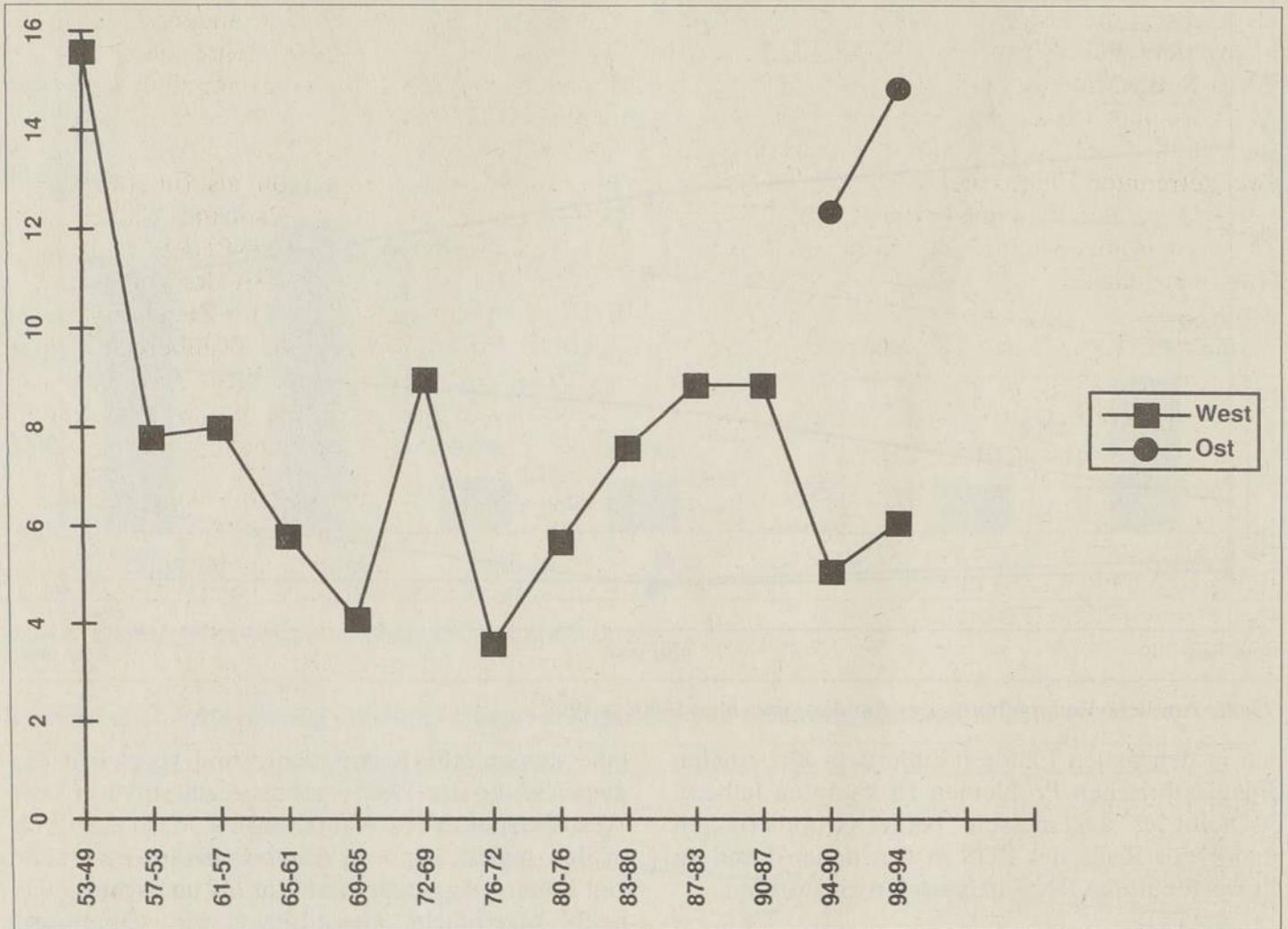
6 Im zweiten Quartal 1998 verfügten Bündnis 90/Die Grünen in den alten Bundesländern (einschließlich der westlichen Bezirke von Berlin) über 46 121 Mitglieder, denen lediglich 3 672 Mitglieder in den neuen Ländern gegenüberstanden. Quelle: Angaben der Bundesgeschäftsstelle Bündnis 90/Die Grünen.

eine dynamische Komponente und vergleicht die Entwicklung der Wahlergebnisse seit 1990 in Ost-West-Perspektive (s. Abbildung 2 u. 3), so zeigt sich in den neuen Ländern darüber hinaus eine sehr viel höhere Aggregatvolatilität als im Westen, das heißt vereinfacht ausgedrückt, die Ergebnisse zweier aufeinanderfolgender Wahlen unterscheiden sich stärker. Dies gilt sowohl für den Vergleich der Wahlen von 1994 und 1990 als auch für die Entwicklung zwischen 1994 und 1998. In beiden Fällen waren die Verschiebungen zwischen den Parteien bzw. dem Lager der Nichtwähler in den neuen Bundesländern weitaus dramatischer als im Gebiet der alten Bundesrepublik, wie in Abbildung 3 zu erkennen ist: Die Zugewinne der SPD und die Verluste der Union sind im Osten höher als im Westen, hinzu kommen der Aufstieg der PDS, deren Wählerschaft sich zwischen 1990 und 1998 mehr als verdoppelt hat, ferner die schweren Verluste für die FDP, von denen sich die Partei auch bei der aktuellen Bundestagswahl nicht erholen konnte, sowie die relativ große Unterstützung für die Kleinparteien und nicht zuletzt der starke Anstieg der Wahlbeteiligung 1998.

Als Möglichkeit, die Verschiebungen zwischen zwei Wahlergebnissen übersichtlich in einer einzigen Maßzahl zusammenzufassen, bietet sich die Bildung eines Summenindex⁷ an, in den die aufaddierten

7 Der von uns im folgenden verwendete Index entspricht im wesentlichen dem bekannten Pedersen-Index (vgl. Mogens

Abbildung 4: (Summenindex) Aggregatvolatilität (Bundestagswahlen 1949–1998) in den alten und den neuen Ländern



Quelle: Berechnet nach den amtlichen Endergebnissen 1949–1998.

Gewinne der erfolgreichen Parteien sowie der Anstieg des Nichtwähleranteils eingehen. Dabei nimmt der Index den Wert 0 an, wenn es zu keinerlei Schwankungen im Wahlergebnis kommt, und erreicht bei einer völligen Neuordnung der politischen Landschaft seinen maximalen Wert von 100.

Berechnet man diese Meßgröße getrennt für alte und neue Länder, so zeigt sich, daß bei den Wahlen von 1994 und 1998 im Osten jeweils mehr als doppelt so hohe Schwankungen auftreten wie im Gebiet der alten Bundesrepublik. Dort kam es nur bei der Bundestagswahl 1953 zu vergleichbaren Verschiebungen zwischen den politischen Lagern, als die Union ihren Anteil an den Wahlberechtigten von 24 auf 38 Prozent steigern konnte (vgl. Abbildung 4).

N. Pedersen, *The Dynamics of European Party Systems: Changing Patterns of Electoral Volatility*, in: *European Journal of Political Research*, 7 (1979), S. 7–26, der von uns um die Kategorie „Nichtwahl“ erweitert wurde. Die ungültigen Stimmen wurden der Kategorie „Sonstige“ zugeordnet.

Es bleibt also festzuhalten, daß bei den bisherigen Bundestagswahlen in den neuen Ländern weitaus stärkere Schwankungen zwischen den Ergebnissen aufgetreten sind als im Westen der Bundesrepublik⁸. Zugleich ist es bisher keineswegs zu einer Annäherung zwischen beiden Regionen gekommen. Die Wahlergebnisse in Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich, wie oben gezeigt, vielmehr nach wie vor deutlich voneinander. Auf der Ebene des Aggregats hat sich die These von

⁸ Aus der relativ großen Stabilität auf der Ebene des Wahlergebnisses in den alten Ländern kann keineswegs auf eine größere Stabilität der individuellen Wahlentscheidungen geschlossen werden, da individuelle Schwankungen sich gegenseitig ausgleichen können, wenn die Parteien im gleichen Umfang Wähler von konkurrierenden Parteien hinzugewinnen, wie sie selbst Wähler abgeben. In einem hypothetischen Extremfall könnten die Parteien untereinander ihre Wählerschaften komplett „austauschen“, ohne daß sich das im Wahlergebnis niederschlagen würde. Die höhere Aggregatvolatilität in den neuen Ländern ist deshalb zunächst nur ein Indiz, aber kein echter Beweis dafür, daß das individuelle Wahlverhalten in den neuen Ländern anderen Mustern folgt als im Westen.

den zwei getrennten deutschen Elektoraten somit auch 1998 bestätigt. Aus diesem Befund ergibt sich als nächstes die Frage, wie sich die Unterschiede im Wahlergebnis auf der individuellen Ebene, also durch Betrachtung der politischen Orientierungen und Verhaltensweisen der einzelnen Bürger, erklären lassen. Dazu ist es nötig, die These von den zwei getrennten Elektoraten genauer zu spezifizieren und im Zusammenhang damit auf die dieser These zugrundeliegende Theorie des Wahlverhaltens einzugehen.

III. Muster des Wahlverhaltens in Deutschland

Betrachtet man das Wahlverhalten in der alten Bundesrepublik, so zeigen sich über die Jahre hinweg erstaunlich starke und weitgehend konstante Beziehungen zwischen der Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen und der Präferenz für bestimmte politische Parteien. In Anlehnung an Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan⁹ werden diese Zusammenhänge auf historische Großkonflikte zurückgeführt, die in allen europäischen Gesellschaften aufgetreten sind. Für Deutschland prägend waren vor allem zwei gesellschaftliche Auseinandersetzungen, deren Ursprung im 19. Jahrhundert liegt:

- 1) der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, der die Entstehung der Arbeiterbewegung und letztlich die Gründung der SPD zur Folge hatte, und
- 2) die Auseinandersetzungen zwischen Staat und katholischer Kirche, die zur Politisierung des katholischen Milieus in Deutschland und zur Gründung der Zentrumsparterie führten.

Sowohl das Zentrum als auch die Sozialdemokratie verstanden sich in den Jahren nach ihrer Gründung vor allem als Interessenvertreter ihrer Bezugsgruppen und bildeten den parteipolitischen Kristallisationspunkt ihres jeweiligen „sozialmoralischen Milieus“ (Rainer M. Lepsius¹⁰). Die damals entwickelten und seitdem tradierten Bindungen zwischen

9 Vgl. Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan, *Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction*, in: dies. (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York – London 1967, S. 1–64.

10 Vgl. Rainer M. Lepsius, *Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft*, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), *Die deutschen Parteien vor 1918*, Köln 1973, S. 56–80.

den Angehörigen der sozialen Großgruppen „Arbeiterschaft“ bzw. „Katholiken“ einerseits und den entsprechenden Parteien andererseits, so die Theorie, strukturieren bis heute die politische Landschaft der alten Bundesrepublik und sind dafür verantwortlich, daß Arbeiter überdurchschnittlich häufig die SPD, Katholiken überdurchschnittlich häufig die Union als (überkonfessionelle) Nachfolgepartei des Zentrums wählen, auch wenn kurzfristige Einflüsse an Bedeutung gewonnen haben und die Prägekraft der traditionellen Sozialmilieus zurückgeht¹¹. Die Zugehörigkeit zu einer dieser Gruppen legt die Wahlberechtigten in ihrem Wahlverhalten zwar nicht fest, hat aber einen entscheidenden Einfluß auf die Wahrscheinlichkeit einer bestimmten Wahlentscheidung.

An diesem Punkt setzt nun die von Dalton und Bürklin vertretene These von den zwei Elektoraten an, die im Grunde genommen aus zwei Teilhypothesen besteht. Zum einen konstatieren die Autoren, daß sich die ost- und die westdeutsche Wählerschaft in ihrer sozialstrukturellen Zusammensetzung stark unterscheiden. Dabei beziehen sie sich nicht nur auf den im Vergleich zum Westen relativ hohen Arbeiteranteil im Osten der Bundesrepublik, sondern vor allem auch auf den sehr niedrigen Anteil der Katholiken sowie den sehr hohen Anteil der Konfessionslosen in der Bevölkerung der neuen Länder. Die Ostdeutschen seien im Mittel weniger von den Kirchen geprägt als die Westdeutschen, was sich auch in den politischen oder gesellschaftlichen Einstellungen – zum Beispiel zur Straffreiheit der Abtreibung – niederschläge. Schon deshalb sei es legitim, von zwei getrennten Elektoraten zu sprechen¹².

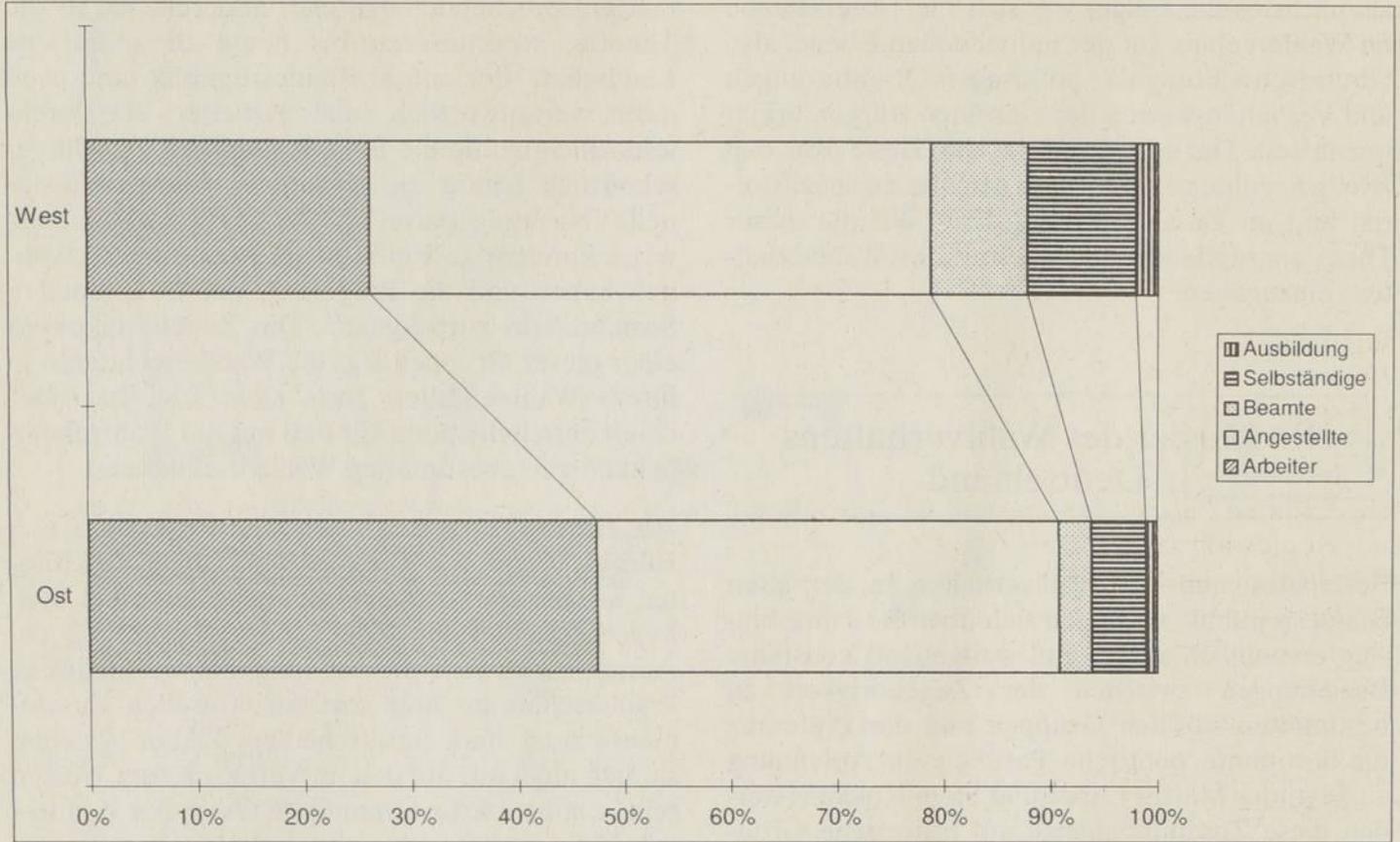
Da sich die Sozialstruktur einer Gesellschaft naturgemäß nur langsam wandelt, steht zu erwarten, daß sich dieser Teil der These von 1994 auch für das Jahr 1998 bestätigen läßt. Abbildung 5 und Abbildung 6¹³ zeigen, daß in der Tat sowohl der

11 Für einen aktuellen Überblick über die Diskussion um die Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten vgl. Walter Müller, *Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 50 (1998), S. 3–46.

12 Vgl. R. J. Dalton/W. Bürklin (Anm. 2), S. 94.

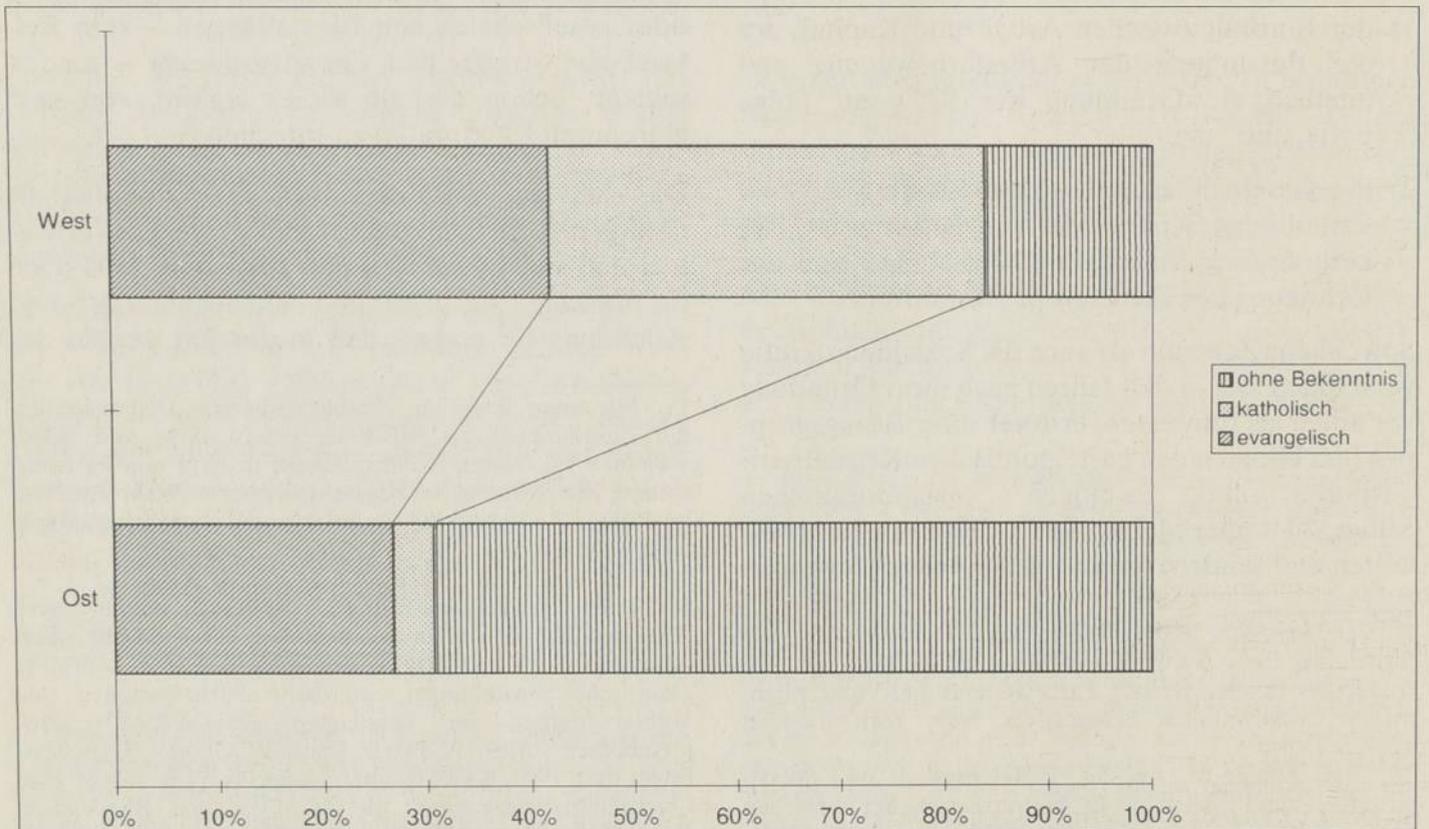
13 Soweit nicht anders vermerkt, verwenden wir für unsere Analysen Umfragedaten aus dem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziell geförderten Projekt „Politische Einstellungen, politische Partizipationen und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“ (Projektnehmer: Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, Hans Rattinger und, 1994, Karl Schmitt). Diese Daten umfassen zwei Querschnittsbefragungen, die kurz vor den Bundestagswahlen von 1994 und 1998 mit je unterschiedlichen Befragungspersonen durchgeführt wurden, wobei die Unter-

Abbildung 5: Sozialstrukturelle Zusammensetzung der Wählerschaft in den alten und den neuen Ländern (Berufsgruppen)



Quelle: DFG-Projekt Querschnitt 1998.

Abbildung 6: Sozialstrukturelle Zusammensetzung der Wählerschaft in den alten und den neuen Ländern (Konfession)



Quelle: DFG-Projekt Querschnitt 1998.

Tabelle 1: Wahlabsicht 1998 und 1994 nach Berufsgruppenzugehörigkeit und Region (Angaben in Prozent)

	Union	SPD	FDP	B90/GR	PDS	(N)
<i>alte Länder</i>						
Arbeiter (1994)	34 (38)	61 (57)	1 (1)	4 (4)	0 (0)	178 (258)
Angestellte (1994)	36 (39)	48 (40)	5 (8)	11 (13)	1 (0)	359 (386)
<i>neue Länder</i>						
Arbeiter (1994)	32 (52)	44 (34)	4 (3)	1 (2)	18 (10)	142 (395)
Angestellte (1994)	26 (34)	42 (33)	3 (4)	5 (8)	26 (22)	149 (386)

Quelle: DFG-Projekt Querschnitt 1998, Angaben für 1994 nach R. J. Dalton/W. Bürklin (Anm. 2), S. 84.

Arbeiteranteil¹⁴ als auch der Anteil der Menschen ohne Konfession in den neuen Ländern sehr viel höher liegt als im Westen. Nach diesem Ergebnis wäre davon auszugehen, daß die PDS und die SPD sich im Osten der Bundesrepublik auf eine breite elektorale Basis stützen könnten, während die Union strukturell benachteiligt wäre.

Dalton und Bürklin behaupten nun aber, daß der Zusammenhang zwischen Gruppenzugehörigkeit und Wahlentscheidung in den neuen Ländern einem grundsätzlich anderen Muster als den oben für die alte Bundesrepublik skizzierten Tendenzen folgte. Die Konfessionszugehörigkeit, so die Autoren, habe zwar einen ähnlichen Einfluß auf das Wahlverhalten wie im Westen, sei aber von untergeordneter Bedeutung, da die überwältigende Mehrheit der neuen Bundesbürger keiner Religionsgemeinschaft angehöre¹⁵. Bei der Wirkung der Klassenzugehörigkeit hingegen trete im Gebiet der früheren DDR eine „Anomalie¹⁶“, eine „Umkehrung¹⁷“ der aus der alten Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Ländern bekannten Muster auf: Sowohl 1990 als auch 1994 habe die Arbeiterschaft weit überproportional die Union unterstützt, während sich die Mittelklasse leicht

überproportional für die SPD und die PDS entschieden habe¹⁸. Dalton und Bürklin erklären dieses aus westlicher Sicht ungewöhnliche Wahlverhalten aus den historischen Erfahrungen der Bevölkerung im Gebiet der früheren DDR, die entgegen ihrem offiziellen Selbstverständnis kein Staat der Arbeiter und Bauern, sondern der Parteiliten gewesen sei, sowie durch die unklare Position der SPD zur Wiedervereinigung¹⁹. Die Arbeiter hätten sich deshalb entgegen der Erwartung mehrheitlich nicht den sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien, sondern vielmehr der christlich-bürgerlichen CDU zugewandt.

Daraus, daß sich die „Anomalie“ von 1990 im Wahlverhalten von 1994 wiederholt habe, ziehen Dalton und Bürklin darüber hinaus den Schluß, daß sich Teile der Arbeiterschaft in den neuen Ländern womöglich *dauerhaft* an die Union gebunden hätten²⁰. Diese von Dalton und Bürklin vermutete längerfristige Umkehrung der aus dem Westen Deutschlands bekannten Muster des Wahlverhaltens stellt den zweiten Teil der These von den zwei getrennten Elektoraten dar.

Um zu prüfen, ob sich diese Vermutung aufrechterhalten läßt, haben wir zunächst die Wahlabsicht²¹ getrennt nach Regionen und Berufsgruppen untersucht (vgl. Tabelle 1). Dabei zeigt sich, daß von einer Umkehrung der Muster des berufsgruppenspezifischen Wahlverhaltens 1998 offensichtlich nicht mehr die Rede sein kann: Während nach

suchung von 1998 zugleich ein Teil der Deutschen Nationalen Wahlstudie ist. Eine Teilstichprobe dieser Personen wurde sowohl 1994 als auch 1998 befragt, so daß es möglich ist, nicht nur Trends, sondern auch individuelle Entwicklungen zu untersuchen. Diese Unterstichprobe wird in den Unterschriften zu den Tabellen und Graphiken als „Panel“ bezeichnet.

14 Die Berufsgruppenzugehörigkeit bezieht sich auf den aktuell ausgeübten Beruf. Hausfrauen und Hausmänner, Rentner und Arbeitslose wurden nach ihrem zuletzt ausgeübten Beruf eingeordnet.

15 Vgl. R. J. Dalton/W. Bürklin (Anm. 2), S. 92. Mit den von uns verwendeten Daten läßt sich zeigen, daß auch 1998 die Konfessionszugehörigkeit in den neuen Bundesländern eine ähnliche Wirkung hat wie im Westen. Aus Platzgründen verzichten wir aber auf die Darstellung dieser Befunde.

16 Ebd., S. 85.

17 Ebd., S. 94.

18 Vgl. ebd., S. 83 f.

19 Vgl. ebd., S. 87.

20 Vgl. ebd., S. 94.

21 Die von uns verwendeten Daten wurden kurz vor der Bundestagswahl erhoben, deshalb analysieren wir nicht das von den Befragten berichtete Wahlverhalten, sondern die Wahlabsicht. Abweichungen vom tatsächlichen Wahlergebnis erklären sich unter anderem daraus, daß ein Teil der Befragten zum Zeitpunkt der Untersuchung noch keine endgültige Wahlentscheidung getroffen hatte.

Dalton und Bürklin 1994 noch 52 Prozent der Arbeiter in den neuen Ländern für die Union votiert haben²², sind es nunmehr nur noch 32 Prozent, die für die CDU stimmen wollten, was fast exakt dem Wert für die alten Länder entspricht. Umgekehrt erreichen SPD und PDS gemeinsam bei den Arbeitern einen Anteil, der in etwa dem Anteil der SPD im Westen entspricht. Damit stellt sich die Frage, ob die ostdeutschen Arbeiter nun mit der Bundestagswahl 1998 das aus dem Westen bekannte Muster des Wahlverhaltens dauerhaft übernommen haben oder ob sie in ihrer Wahlentscheidung schlicht flexibler sind als ihre westdeutschen Kollegen. Um diese Frage beantworten zu können, ist es notwendig, in einem weiteren Analyseschritt die längerfristigen Parteibindungen in Ost und West genauer zu untersuchen.

IV. Parteibindungen in den alten und den neuen Bundesländern

Unter dem Konzept der Parteiidentifikation²³ versteht man in der Wahlforschung die längerfristig stabile Bindung eines Bürgers an eine bestimmte Partei. Menschen mit einer solchen Parteiidentifikation betrachten sich selbst über einen längeren Zeitraum hinweg als Anhänger der entsprechenden Partei. Parteibindungen werden im Laufe der politischen Sozialisation erworben, wobei, wie in Kap. III dargestellt, die Zugehörigkeit zu sozialen Großgruppen wie der Arbeiterschaft eine zentrale Rolle spielt. Die Parteibindung beeinflusst die Wahrnehmung des politischen Geschehens und hat einen erheblichen Einfluß auf das Wahlverhalten, auch wenn parteigebundene Bürger unter dem Eindruck kurzfristig wirksamer Faktoren – hier ist in erster Linie an die zur Wahl stehenden Kandidaten und an die im Wahlkampf relevanten Sachfragen zu denken – gelegentlich für eine andere Partei votieren, sich gar nicht an der Wahl beteiligen oder die ursprüngliche Parteibindung aufgeben.

22 Vgl. R. J. Dalton/W. Bürklin (Anm. 2), S. 84.

23 Das Konzept der Parteiidentifikation ist ein wichtiger Bestandteil des sogenannten Ann-Arbor-Modells, das in den fünfziger Jahren an der University of Michigan in Ann Arbor von Angus Campbell und anderen zur Erklärung des Wahlverhaltens in den USA entwickelt wurde. Auf die Diskussionen um die Übertragbarkeit des Konzeptes auf die alte Bundesrepublik kann an dieser Stelle aus Platzgründen nicht eingegangen werden. Vgl. dazu Peter Gluchowski, Wahlerfahrung und Parteiidentifikation: Zur Einbindung von Wählern in das Parteiensystem der Bundesrepublik, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und politisches System, Opladen 1983, S. 442–477.

Tabelle 2: Wahlabsicht 1998 in Abhängigkeit von der Parteibindung 1994 (nur alte Länder)

	Union	SPD in Prozent	andere	(N)
Bindung '94: Union	70	16	14	97
Bindung '94: SPD	11	77	11	98

Quelle: DFG-Projekt Panel 1994–1998.

An einer besonderen Stichprobe, für die 1994 und 1998 jeweils dieselben Personen im Vorfeld der Bundestagswahl befragt wurden, können wir die langfristige Wirksamkeit von Parteibindungen in den alten Ländern exemplarisch darstellen, indem wir untersuchen, welchen Einfluß eine 1994 gemessene Einstellung auf das Wahlverhalten von 1998 hat. Dabei zeigt sich (vgl. Tabelle 2), daß 70 Prozent derjenigen, die sich 1994 als Anhänger der Union bezeichneten, vier Jahre später ihre Stimme auch tatsächlich für diese Partei abgeben wollten. Für die Sozialdemokraten liegt der entsprechende Anteilswert sogar bei 77 Prozent²⁴. Allen Individualisierungsprozessen zum Trotz leisten längerfristige, im allgemeinen sozialstrukturell vermittelte Parteibindungen somit in der alten Bundesrepublik nach wie vor einen wichtigen Beitrag zur Erklärung politischen Verhaltens²⁵.

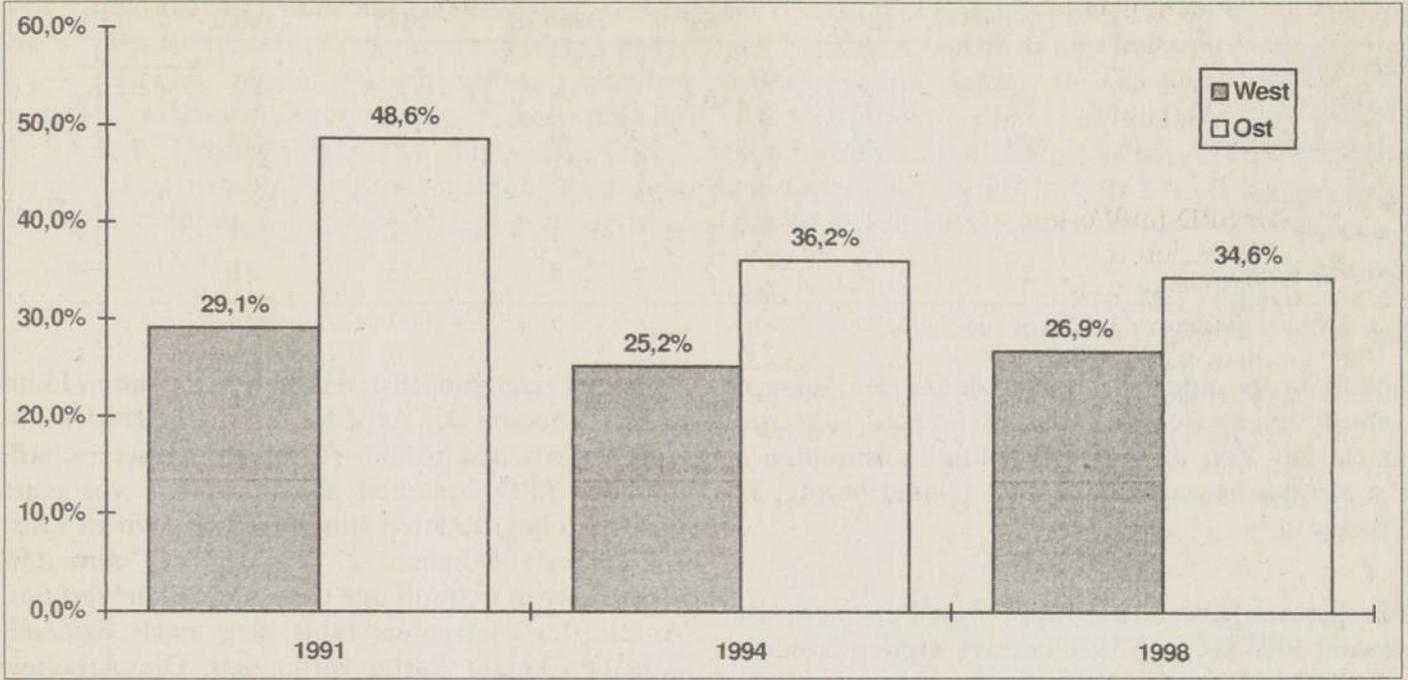
Es besteht aber einige Unklarheit darüber, ob sich das Konzept auch auf die neuen Länder übertragen läßt. Einerseits gab es in der DDR keinen Wettbewerb zwischen den Parteien, weshalb es wenig sinnvoll erscheint, nach Parteigängern im westlichen Sinne zu suchen; eine Ausnahme könnten hier allenfalls jene Personen bilden, die die Herrschaft der SED unterstützt haben oder zumindest das bestehende Regime reformieren wollten. Andererseits konnten viele DDR-Bürger westliche Fernsehprogramme empfangen und waren deshalb über das politische Geschehen im Westen gut informiert, so daß ein Teil von ihnen „Quasi-partiebindungen“ entwickelt haben könnte²⁶.

24 Wegen der geringen Fallzahlen sind statistisch abgesicherte Aussagen über die Anhänger der kleineren Parteien nicht möglich.

25 Vgl. zur Entwicklung in den alten Ländern Peter Gluchowski/Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf, Sozialstrukturelle Grundlagen des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik Deutschland, in: O. W. Gabriel/O. Niedermayer/R. Stöss (Anm. 3), S. 179–208.

26 Vgl. Carsten Bluck/Henry Kreikenbom, Die Wähler in der DDR: Nur issue-orientiert oder auch parteigebunden?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 22 (1991), S. 495–502, hier S. 498.

Abbildung 7: Anteil der Wahlberechtigten ohne Parteiidentifikation nach Region



Quelle: IPOS-Befragung 1991, DFG-Projekt Querschnitt 1994 und Querschnitt 1998.

Während über die Bedeutung von Parteiidentifikationen vor der Wiedervereinigung aus naheliegenden Gründen keine empirisch abgesicherten Aussagen möglich sind, läßt sich seit 1990 die Entwicklung in beiden Gebieten relativ gut nachzeichnen.

In den alten Ländern liegt der Anteil der Wahlberechtigten, die *keine* Parteiidentifikation aufweisen, in allen drei Erhebungsjahren bei etwas weniger als 30 Prozent. In den neuen Ländern hingegen gab 1991²⁷ erwartungsgemäß fast die Hälfte aller Befragten an, daß sie sich keiner Partei verbunden fühle. Seitdem ist dieser Anteil gesunken, liegt aber immer noch deutlich über dem westlichen Niveau (vgl. Abbildung 7).

Allerdings scheint die Beantwortung der Frage nach der Parteiidentifikation in den neuen Ländern in wesentlich größerem Umfang von Mobilisierungseffekten des Wahlkampfes beeinflusst zu werden als im Westen, wie ein Vergleich mit Daten der Forschungsgruppe Wahlen zeigt. So gaben in den von der Forschungsgruppe monatlich durchgeführten Befragungen für das Politbarometer zu Beginn und zum Ende des Jahres 1994 jeweils rund 50 Prozent der befragten Ostdeutschen an, keine Parteiidentifikation zu haben, während im Oktober 1994 mit 40 Prozent ein Wert

27 1991 war kein Wahljahr, wegen der fehlenden Mobilisierungseffekte ist deshalb in beiden Gebieten mit einem geringeren Anteil von Personen mit einer Parteiidentifikation zu rechnen als 1994 und 1998.

erreicht wurde, der den Ergebnissen unserer eigenen Untersuchung, die kurz vor der Wahl durchgeführt wurde (vgl. Anm. 21), in etwa entspricht. Im Westen hingegen schwankt der gemessene Anteil der Personen ohne Parteiidentifikation in relativ geringem Umfang.

Zusammengenommen deuten diese Befunde darauf hin, daß der Anteil der parteigebundenen Bürger in den neuen Ländern immer noch deutlich unter dem westlichen Niveau liegt und darüber hinaus die vorhandenen Bindungen instabiler sind als in den alten Ländern. Dazu paßt, daß elf Prozent der 1998 befragten Ostdeutschen angaben, ihre Parteibindung erst im Verlauf der letzten Monate erworben zu haben (West: drei Prozent)

Tabelle 3: Parteibindung 1998 in Abhängigkeit von der Parteibindung 1994 und der Region

	Union	SPD	andere	keine	(N)
<i>alte Länder</i>					
Bindung '94:					
Union	69	13	3	16	110
Bindung '94:					
SPD	9	67	8	16	112
<i>neue Länder</i>					
Bindung '94:					
Union	49	13	5	33	120
Bindung '94:					
SPD	4	53	12	32	120

Quelle: DFG-Projekt Panel 1994-1998.

Tabelle 4: Parteiidentifikation 1998 nach Berufsgruppenzugehörigkeit und Region

	Union	SPD	FDP	B90/GR	PDS	keine	(N)
<i>alte Länder</i>							
Arbeiter	27	44	0	3	0	27	230
Angestellte	29	32	2	7	0	29	452
<i>neue Länder</i>							
Arbeiter	23	26	2	1	6	43	204
Angestellte	23	26	2	3	16	31	199

Quelle: DFG-Projekt Querschnitt 1998.

und 41 Prozent der Parteigebundenen der Aussage „Die Partei an sich bedeutet mir weniger, aber sie macht zur Zeit die bessere Politik“ zustimmen – der Vergleichswert für die alten Länder beträgt 32 Prozent.

Für jene ausgewählte Gruppe von Personen, die sowohl 1994 als auch 1998 befragt wurden, können wir die Stabilität von Parteibindungen auch direkt untersuchen (vgl. Tabelle 3). Dabei zeigt sich, daß die große Mehrheit der befragten Bürger in den alten Ländern 1998 ihre Parteiidentifikation beibehalten hat. 69 Prozent der Unions- und 67 Prozent der SPD-Anhänger von 1994 bekennen sich nach wie vor zu diesen Parteien²⁸. Rund 16 Prozent haben sich einer anderen Partei zugewandt, ein gleich großer Anteil gibt 1998 an, sich mittlerweile keiner Partei mehr verbunden zu fühlen.

In den neuen Ländern hingegen haben lediglich 49 Prozent der Unionsanhänger und 53 Prozent derjenigen, die sich 1994 mit der SPD identifizierten, diese Einstellung beibehalten. Nur ein kleiner Teil der Parteianhänger von 1994 ist zu einer anderen Partei übergewechselt, dafür identifiziert sich 1998 fast ein Drittel der Parteianhänger von 1994 mit keiner Partei mehr. Zusammenfassend läßt sich also festhalten, daß dauerhafte Parteibindungen, die in den alten Ländern die Wahrnehmung des politischen Geschehens filtern und die Wahlentscheidung beeinflussen, im Gebiet der früheren DDR weit weniger verbreitet sind und sich im Zeitverlauf häufig als instabiler erweisen. Dennoch gibt es auch in den neuen Ländern einen nicht unerheblichen Anteil von Bürgern, die sich langfristig mit einer bestimmten Partei identifizieren. Es ist im folgenden zu fragen, in welchem Zusammenhang die Zugehörigkeit zu den sozialen Großgruppen und das Vorliegen bestimmter Parteibindungen stehen.

²⁸ Wegen der geringen Fallzahlen sind statistisch abgesicherte Aussagen über die Anhänger der kleineren Parteien leider nicht möglich.

Tabelle 4 zeigt zunächst, daß sich in den alten Ländern 44 Prozent der Arbeiter mit der SPD identifizieren. Zwischen großen Teilen der Arbeiterschaft und der SPD bestehen also nach wie vor jene historisch begründeten Bindungen, die wir in Kap. III dargestellt haben. 27 Prozent der Arbeiter identifizieren sich mit der Union, ein gleich großer Anteil der Befragten fühlt sich nach eigenen Angaben keiner Partei verbunden. Die Arbeiter unterscheiden sich damit deutlich von der Gruppe der Angestellten, von denen sich nur 32 Prozent mit der SPD identifizieren.

Betrachtet man hingegen die neuen Länder, so erkennt man, daß die Arbeiter weder die traditionelle Bindung an die Sozialdemokratie (oder die dezidiert sozialistische PDS) aufweisen, noch, wie von Dalton und Bürklin vermutet, im Gefolge der Wahlen von 1990 und 1994 eine dauerhafte Bindung an die Union als Partei der Wiedervereinigung entwickelt haben. 43 Prozent der Arbeiter haben vielmehr keinerlei Parteibindung. Damit hebt sich diese Großgruppe sowohl von ihren westdeutschen Kollegen als auch von den ostdeutschen Angestellten ab, von denen sich immerhin 16 Prozent mit der PDS identifizieren. Fehlende längerfristige Parteibindungen jedoch fördern die Wechselbereitschaft. Unter den ostdeutschen Arbeitern gibt es daher deutlich mehr potentielle Wechselwähler als unter ihren westdeutschen Kollegen oder den anderen Sozialgruppen in den neuen Ländern.

V. Zusammenfassung und Ausblick

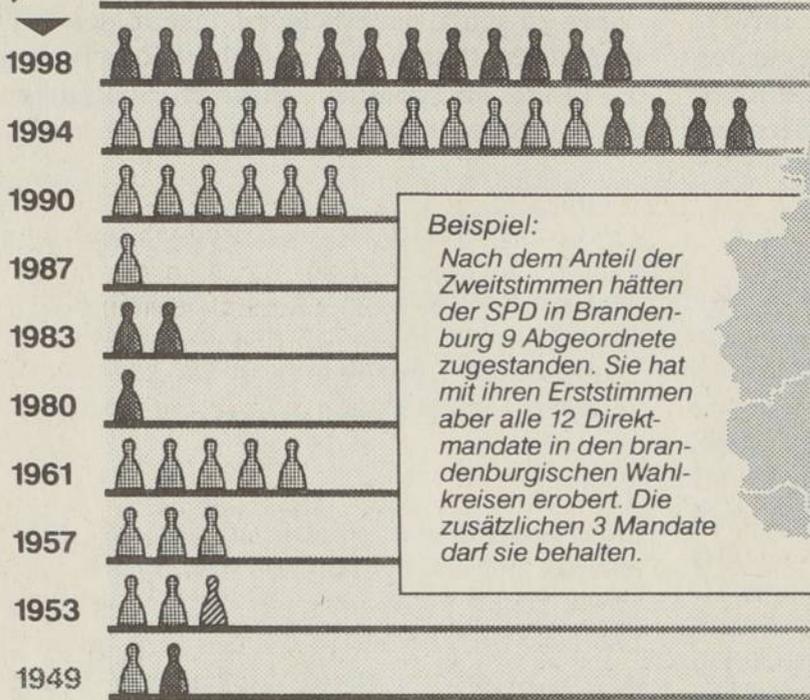
Unsere Analysen haben gezeigt, daß sich die These von den zwei getrennten deutschen Elektoraten, wenn auch in modifizierter Form, bestätigen läßt: Auch 1998 unterscheiden sich die Ergebnisse in den beiden Landesteilen deutlich. Die Ursache hierfür liegt vor allem darin, daß die Bürger in den neuen Ländern bisher kaum sozialstrukturell vermittelte

Parteibindungen aufweisen. Dies gilt vor allem für die relativ große Gruppe der Arbeiter, die, anders als von Dalton und Bürklin vermutet, bisher keineswegs in Umkehrung der westlichen Muster eine längerfristig wirksame Bindung an die Union entwickelt haben. Vielmehr fühlen sich die Arbeiter in den neuen Ländern im Gegensatz zu ihren westlichen Kollegen mehrheitlich *keiner* Partei besonders ver-

bunden. Die 1998 zu beobachtende Annäherung an westliche Wahlverhaltensmuster ist daher primär als Ergebnis einer höheren Wechselbereitschaft zu interpretieren. Schon die nächste Wahl könnte daher zu einer neuerlichen Umkehr der Wählerkoalitionen führen. Auf absehbare Zeit ist folglich im Osten mit deutlich stärkeren Schwankungen des Wahlverhaltens zu rechnen als im Westen.

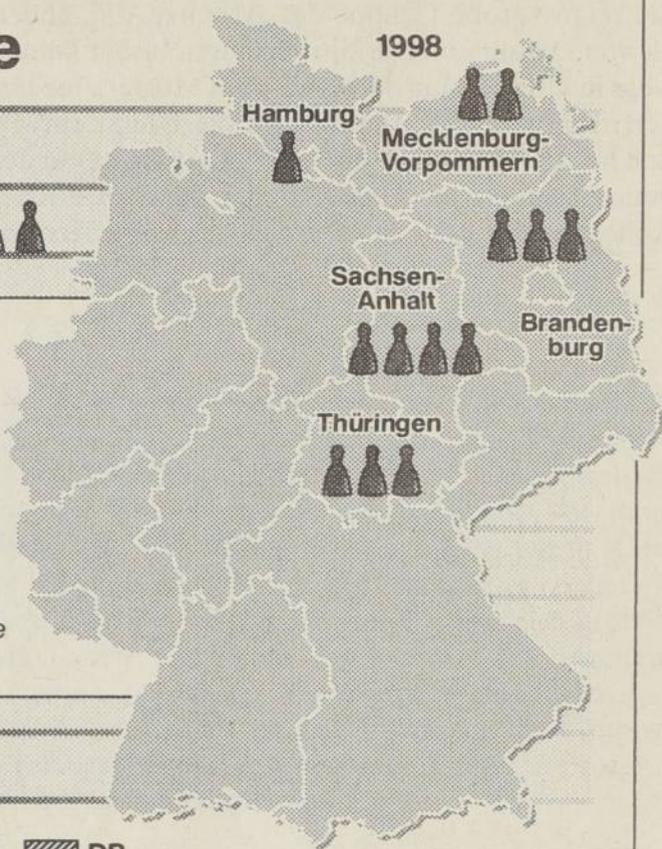
Bundestags-
wahl

Überhangmandate



Beispiel:

Nach dem Anteil der Zweitstimmen hätten der SPD in Brandenburg 9 Abgeordnete zugestanden. Sie hat mit ihren Erststimmen aber alle 12 Direktmandate in den brandenburgischen Wahlkreisen erobert. Die zusätzlichen 3 Mandate darf sie behalten.



Überhangmandate für SPD CDU DP

ZAHLENBILDER

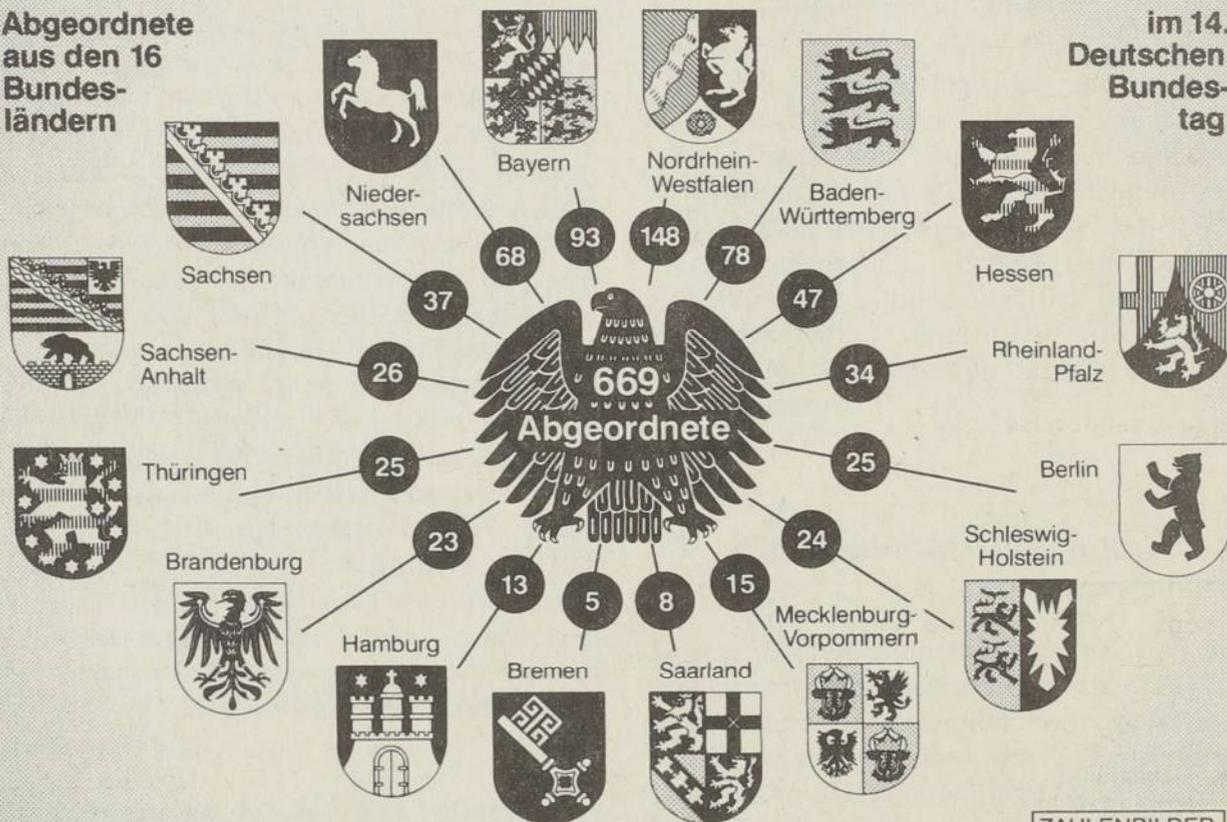
© Erich Schmidt Verlag

88 616

Aus den Ländern in den Bundestag

Abgeordnete aus den 16 Bundesländern

im 14. Deutschen Bundestag



ZAHLENBILDER

© Erich Schmidt Verlag

88 620

Der Einfluß der Wirtschaftslage auf die Wahlscheidung bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998

I. Einleitung

Die Bundestagswahl 1998 endete mit einer Niederlage für die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP. Damit wurde nicht nur die mit dem Bruch der sozialliberalen Koalition im September 1982 eingeleitete Ära Kohl und damit verbunden die bisher längste Regierungszeit eines Bundeskanzlers beendet, sondern auch zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine Bundesregierung im Rahmen von nationalen Wahlen abgewählt.

Als eine der wichtigsten Ursachen für die in dieser Deutlichkeit nur vom Institut für Demoskopie in Allensbach vorhergesagten Stimmenverluste von Union und FDP wird die schlechte Wirtschaftslage, insbesondere aber die hohe Arbeitslosigkeit gesehen. Führt man sich vor Augen, daß im Zuge der deutschen Einheit seitens der Regierungskoalition große Erwartungen hinsichtlich der Entwicklungen im ökonomischen Bereich geweckt wurden, wäre ein Effekt der durch den Wähler wahrgenommenen Wirtschaftslage auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998 nicht überraschend. Dies gilt insbesondere für die neuen Bundesländer, wo mit der Vision eines zweiten „Wirtschaftswunders“ das Bild einer raschen Angleichung der ost- und westdeutschen Lebensverhältnisse entworfen wurde¹, gleichzeitig aber die persönliche Betroffenheit von wirtschaftlichen Härten (z. B. Arbeitslosigkeit) deutlich häufiger auftritt als in den alten Bundesländern.

Daß zwischen der Wirtschaftslage und dem Wahlverhalten in der Bundesrepublik ein Zusammenhang besteht, kann sowohl für die Mikro- als auch für die Makroebene empirisch als gesichert angesehen werden². Über die genaue Wirkungsrichtung

ökonomischer Variablen besteht jedoch alles andere als Klarheit. Die sich vielfach widersprechenden Ergebnisse liegen dabei in den zumeist sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen der empirischen Analysen begründet, die neben der gewählten Analyseebene³ auch hinsichtlich des verwendeten Datentyps⁴ variieren können. Dar-

Perception of the General Economic Situation: An Empirical Analysis for the FRG, 1972–1986, in: *European Journal of Political Economy*, 7 (1991), S. 497–526; Hans Rattinger, *Wirtschaftliche Konjunktur und politische Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1980; ders., *Allgemeine und persönliche wirtschaftliche Lage als Bestimmungsfaktoren politischen Verhaltens bei der Bundestagswahl 1983*, in: Dieter Oberndörfer/Hans Rattinger/Karl Schmitt (Hrsg.), *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel, Wertwandel: Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1985, S. 183–218; ders., *Collective and Individual Economic Judgments and Voting in West Germany, 1961–1984*, in: *European Journal of Political Research*, 14 (1986), S. 393–419; ders., *Unemployment and Elections in West Germany*, in: Helmut Norpoth/Michael S. Lewis-Beck/Jean-Dominique Lafay (Hrsg.), *Economics and Politics: The Calculus of Support*, Ann Arbor 1991, S. 49–62; ders./Walter Puschner, *Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Wirtschaftslage und Wahlverhalten 1953–1980*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 22 (1981), S. 264–286; ders./Jürgen Krämer, *Economic Conditions and Voting Preferences in East and West Germany, 1989–94*, in: Christopher J. Anderson/Carsten Zelle (Hrsg.), *Stability and Change in German Elections: How Electorates Merge, Converge, or Collide*, Westport 1998, S. 99–120. Einen systematischen Überblick über die relevante Literatur zu diesem Thema bieten: Helmut Jung, *Wirtschaftliche Einstellungen und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Quer- und Längsschnittanalyse von 1971 bis 1976*, Paderborn 1982; ders., *Ökonomische Variablen und ihre politischen Folgen: Ein kritischer Literaturbericht*, in: Dieter Oberndörfer/Hans Rattinger/Karl Schmitt (Hrsg.), *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik*, Berlin 1985, S. 61–95.

3 Hier ist an die Unterscheidung zwischen Analysen auf der Individual- und Untersuchungen auf der Aggregatebene zu denken. Seltener sind hingegen Kontextuntersuchungen, also Analysen, die die Mikro- und die Makroebene miteinander in Beziehung setzen.

4 Erstens muß hier nach dem verwendeten Datentyp differenziert werden: So finden sich neben objektiven ökonomischen Daten (z. B. Arbeitslosenquote, Inflationsrate) zahlreiche Untersuchungen, die auf der Analyse subjektiver Daten, also vor allem Wahrnehmungen der ökonomischen Situation, basieren. Zweitens muß eine Unterscheidung nach dem jeweiligen Bezug der Daten vorgenommen werden: Einerseits können sich die verwendeten Daten auf die wirtschaftliche Lage von Individuen beziehen, andererseits kann

1 Vgl. Werner Glastetter/Günter Högemann/Ralf Marquardt, *Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1950–1989*, Frankfurt a. M. 1991.

2 Vgl. z. B. Gebhard Kirchgässner, *Economic Conditions and the Popularity of West German Parties: A Survey*, in: *European Journal of Political Research*, 14 (1986), S. 421–439; ders., *On the Relation Between Voting Intention and the*

über hinaus existieren unterschiedliche theoretische Vorstellungen über die Verknüpfung zwischen ökonomischen Faktoren und politischem Verhalten. Die klassische Annahme, die sogenannte Anti-Regierungshypothese, geht von der einfachen Beziehung aus, daß eine schlechte Wirtschaftslage der Regierung schadet, die Opposition hiervon hingegen profitiert und vice versa⁵. Bei dem unterstellten Belohnungs- und Bestrafungsmechanismus wird allerdings übersehen, daß die verschiedenen sozialen Gruppen unterschiedliche ökonomische Interessen verfolgen. Die Urteile über die Tauglichkeit der politischen Parteien, diese Interessen auch durchzusetzen, fallen dabei je nach Art des ökonomischen Problems höchst unterschiedlich aus. Nach der Auffassung der diesen Zusammenhang berücksichtigenden Klientelhypothese hängt der Wahlerfolg einer Regierung somit nicht allein von der ökonomischen Situation, sondern vielmehr von der Art der vorliegenden Problemlage ab: Eine hohe Arbeitslosigkeit kommt aus dieser Perspektive Parteien des linken Spektrums zugute, während ein hohes Maß an Inflation eher bürgerlichen Parteien Vorteile verschafft⁶. Da sich beide Wirkungsmechanismen allerdings nicht immer gegenseitig ausschließen, kann aufgrund der empirischen Befunde häufig nicht eindeutig entschieden werden, welche der beiden Hypothesen zutrifft⁷.

Im folgenden soll genauer untersucht werden, ob und in welchem Maße die Wirtschaftsbedingungen, genauer gesagt ökonomische Perzeptionen, die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998 beeinflußt haben. Um einen Anhaltspunkt für die Beurteilung der Stärke möglicher Effekte zu haben, also um eine Aussage treffen zu können, ob der Einfluß ökonomischer Faktoren bei der

der Fokus auch auf die ökonomische Situation von Aggregaten (z. B. sozialen Gruppen, Nationen) gerichtet werden.

5 Vgl. Anthony Downs, *An Economic Theory of Democracy*, New York 1957.

6 Empirische Belege für diesen Wirkungszusammenhang finden sich auch für die Bundesrepublik. Vgl. z. B. Douglas A. Hibbs, *On the Demand for Economic Outcomes: Macroeconomic Performance and Mass Political Support in the United States, Great Britain, and Germany*, in: *Journal of Politics*, 44 (1982), S. 426–462; Hans Rattinger, *Arbeitslosigkeit, Apathie und Protestpotential: Zu den Auswirkungen der Arbeitsmarktlage auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1980*, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980*, Opladen 1983, S. 257–318; ders., *Collective and Individual Economic Judgment* (Anm. 2).

7 Eine Diskussion der beiden theoretischen Zugänge findet sich bei D. Roderick Kiewiet, *Macroeconomics and Micropolitics*, Chicago 1983.

Bundestagswahl 1998 besonders stark oder besonders schwach ausgefallen ist, wird parallel hierzu eine Analyse der Bundestagswahl 1994 durchgeführt. Ausgangspunkt der folgenden empirischen Untersuchungen ist die Beschreibung einiger Indikatoren zur Wahrnehmung der Wirtschaftslage zum Zeitpunkt der Bundestagswahlen 1994 und 1998. Daran schließt sich die Analyse an, inwieweit ökonomische Perzeptionen das individuelle Wahlverhalten bei den beiden nationalen Urnengängen erklären können. Abschließend wird der Frage nachgegangen, welche Rolle die Wahrnehmung der ökonomischen Situation für ein gegenüber der jeweiligen Vorwahl verändertes Stimmverhalten der Wähler spielt.

Als Datenbasis stehen hierfür die ersten beiden Wellen einer Wiederholungsbefragung zur Verfügung. Diese wurden im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekts „Politische Einstellungen und politische Partizipation in Deutschland: Ein Langfristvergleich von Determinanten und Konsequenzen“ durchgeführt, das der erstgenannte Verfasser mit einer Reihe von Kollegen bearbeitet. Die erste Welle dieser Wiederholungsbefragung wurde zur Bundestagswahl 1994 mit jeweils rund 2000 zufällig ausgewählten Befragten in Ost- und Westdeutschland durchgeführt, wobei etwa die Hälfte der Personen in den beiden Landesteilen vor, die andere Hälfte nach der Bundestagswahl interviewt wurde. In der anläßlich der Bundestagswahl 1998 durchgeführten zweiten Welle wurde den im Jahr 1994 befragten Probanden erneut ein Fragebogen vorgelegt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen jedoch nur die Ergebnisse der Vorwahlbefragung vor, die 1 000 Befragte aus den alten und 500 Befragte aus den neuen Bundesländern umfaßt. Aus Gründen der Vergleichbarkeit stützen sich die folgenden Analysen auch für das Jahr 1994 lediglich auf die Daten der Vorwahlbefragung.

II. Die wahrgenommene wirtschaftliche Lage im Überblick

Die Beschreibung der wahrgenommenen Wirtschaftslage erfolgt anhand von drei Gruppen von Indikatoren: Die erste Gruppe umfaßt Bewertungen der allgemeinen und individuellen wirtschaftlichen Situation. In die zweite Gruppe fällt die den verschiedenen politischen Parteien bzw. der Regierung und der Opposition zugewiesene Kompetenz zur Lösung wahrgenommener ökonomischer Pro-

bleme. Die dritte Kategorie wird von Variablen gebildet, die über die persönliche Betroffenheit der Befragten von ökonomischen Härten wie Arbeitslosigkeit, dem unfreiwilligen Wechsel des Arbeitsplatzes oder dem Ausscheiden aus dem Berufsleben informieren.

1. Bewertungen der allgemeinen und individuellen Wirtschaftslage

Die allgemeine wirtschaftliche Lage wird 1998 in Westdeutschland von 22 Prozent der Wähler als schlecht oder sehr schlecht und von 26 Prozent als gut oder sehr gut bezeichnet; für etwas mehr als die Hälfte der Befragten ist die Situation der Wirtschaft weder gut noch schlecht (vgl. Tabelle 1). Damit unterscheidet sich die Wahrnehmung in den alten Bundesländern signifikant von den Urteilen der ostdeutschen Wähler, die zu 40 Prozent ein negatives Urteil über die aktuelle Wirtschaftslage fällen. Zwölf Prozent bezeichnen hier die Situation als günstig, 48 Prozent sind unentschieden. Vergleicht man die Wahrnehmung der allgemeinen Wirtschaftslage im Jahr 1998 mit den Zahlen aus 1994, so zeigt sich, daß die Urteile über den Zustand der nationalen Wirtschaft in Westdeutschland nur geringfügig, in Ostdeutschland hingegen deutlich schlechter ausfallen.

Ein weiterer Indikator, der auf die Bewertung der allgemeinen Wirtschaftslage abhebt, ist die Frage, wie sich die Wirtschaft in den vergangenen ein bis zwei Jahren entwickelt hat. 1998 sind 37 Prozent der Westdeutschen der Meinung, die ökonomische Situation habe sich verschlechtert, 18 Prozent sehen eine Verbesserung und für 44 Prozent ist die wirtschaftliche Lage unverändert. In den neuen Bundesländern fällt die retrospektive Beurteilung der Wirtschaftslage ähnlich aus wie in Westdeutschland: Hier nehmen 33 Prozent eine Verschlechterung und 19 Prozent eine Verbesserung der ökonomischen Situation wahr. 48 Prozent halten die Wirtschaftslage für stabil. Zieht man auch hier die Wahrnehmungen für das Jahr 1994 zu einem Vergleich heran, so zeigt sich, daß in den alten Bundesländern praktisch keine Veränderungen zu beobachten sind. In den neuen Bundesländern hat sich hingegen die retrospektive Beurteilung der Wirtschaftslage erheblich verschlechtert.

Fragt man die Wähler nach ihren Erwartungen bezüglich der Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage innerhalb des nächsten Jahres, so zeigen sich in Westdeutschland 26 Prozent der Wähler optimistisch, daß sich die Situation verbessern wird. Ein Fünftel der Befragten rechnet mit einer Verschlechterung der Wirtschaftslage. Die abso-

lute Mehrheit (55 Prozent) geht jedoch davon aus, daß sich die ökonomische Situation nicht verändern wird. In Ostdeutschland finden sich ähnliche Verteilungen: 23 Prozent der Wähler nehmen an, daß sich die nationale Wirtschaftslage verbessert, 20 Prozent befürchten eine Verschlechterung und 57 Prozent des ostdeutschen Elektorats gehen für die Zukunft von einer unveränderten ökonomischen Situation aus. Im Vergleich mit 1994 fällt die Einschätzung der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in den alten Bundesländern im Jahr 1998 etwas schlechter aus. In Ostdeutschland sind die Zukunftserwartungen nun erheblich skeptischer als noch vier Jahre zuvor.

Die individuelle Wirtschaftslage wird 1998 überwiegend positiv beurteilt (vgl. Tabelle 1). In den alten Bundesländern bezeichnen die Hälfte der Befragten ihre persönliche ökonomische Situation als gut oder sehr gut, zwölf Prozent nehmen sie als schlecht oder sehr schlecht und 38 Prozent als weder gut noch schlecht wahr. Die Verteilung in den neuen Bundesländern unterscheidet sich hiervon signifikant: Einerseits ist der Anteil derjenigen, die ihre Wirtschaftslage als günstig bezeichnen, deutlich geringer (41 Prozent), andererseits ist die Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Situation als schlecht verbreiteter (19 Prozent). 40 Prozent bezeichnen ihre Wirtschaftslage schließlich als teils gut, teils schlecht. Vergleicht man die Wahrnehmungen der individuellen Wirtschaftslage für das Jahr 1998 mit den diesbezüglichen Perzeptionen vier Jahre zuvor, so zeigen sich in Westdeutschland nun etwas, in Ostdeutschland deutlich pessimistischere Einschätzungen.

Auf die Frage, wie sich die persönliche Wirtschaftslage in den letzten ein bis zwei Jahren verändert hat, antworten 16 Prozent der Westdeutschen, daß sich diese etwas oder wesentlich verbessert habe. 23 Prozent nehmen eine Verschlechterung wahr, und 60 Prozent bezeichnen die individuelle ökonomische Situation als unverändert. Ein Fünftel der ostdeutschen Befragten sehen eine Verbesserung ihrer Wirtschaftslage, 22 Prozent nehmen eine Verschlechterung wahr, und 57 Prozent finden, daß sich die eigene ökonomische Lage nicht verändert hat. Zieht man auch hier einen Vergleich zur Situation zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 1994, so zeigt sich, daß die Bilanz in Westdeutschland 1998 nur geringfügig schlechter ausfällt. In den neuen Bundesländern wurde demgegenüber 1994 noch eine deutlich bessere Einschätzung über die Veränderung der persönlichen Wirtschaftslage abgegeben, als dies vier Jahre später der Fall ist.

Tabelle 1: Bewertung der allgemeinen und der individuellen wirtschaftlichen Lage in Ost- und Westdeutschland, 1994 und 1998

	1994		1998	
	West	Ost	West	Ost
<i>Allgemeine wirtschaftliche Lage, aktuell</i>				
% sehr schlecht	3,2 ^c	4,7	3,3 ^c	8,2
% schlecht	17,3	25,2	18,3	31,3
% teils/teils	51,1	53,4	52,4	47,9
% gut	26,8	16,5	25,1	12,4
% sehr gut	1,6	0,2	0,9	0,2
Mittelwert (Skala von -1 bis +1)	0,03 ^c	-0,09	0,01 ^c	-0,17
<i>Allgemeine wirtschaftliche Lage, retrospektiv</i>				
% wesentlich schlechter	7,0 ^c	3,7	6,9	6,8
% etwas schlechter	31,2	14,9	30,4	26,0
% teils/teils	41,1	33,9	44,3	48,2
% etwas besser	20,1	44,5	17,5	18,6
% wesentlich besser	0,7	3,0	0,8	0,4
Mittelwert (Skala von -1 bis +1)	-0,12 ^c	0,14	-0,13	-0,10
<i>Allgemeine wirtschaftliche Lage, prospektiv</i>				
% wesentlich schlechter	2,3 ^c	0,7	2,0	2,6
% etwas schlechter	13,4	5,4	17,6	17,4
% teils/teils	51,1	41,9	54,5	57,3
% etwas besser	31,1	48,5	25,0	22,4
% wesentlich besser	2,1	3,5	0,9	0,4
Mittelwert (Skala von -1 bis +1)	0,09 ^c	0,24	0,03	0,00
<i>Gesamtbewertung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage (Skala von -1 bis +1)^d</i>				
	-0,00 ^c	0,10	-0,03 ^c	-0,09
<i>Individuelle wirtschaftliche Lage, aktuell</i>				
% sehr schlecht	1,7 ^a	3,6	2,5 ^c	4,0
% schlecht	8,3	10,6	9,4	15,2
% teils/teils	37,7	36,2	37,9	39,8
% gut	46,7	44,6	46,6	35,6
% sehr gut	5,7	5,1	3,6	5,4
Mittelwert (Skala von -1 bis +1)	0,23 ^a	0,18	0,20 ^c	0,12
<i>Individuelle wirtschaftliche Lage, retrospektiv</i>				
% wesentlich schlechter	2,7 ^c	4,9	4,3	5,8
% etwas schlechter	17,3	11,1	19,9	16,6
% teils/teils	60,3	41,7	59,6	57,2
% etwas besser	16,9	34,0	14,0	18,2
% wesentlich besser	2,7	8,3	2,2	2,2
Mittelwert (Skala von -1 bis +1)	-0,00 ^c	0,15	-0,05	-0,03
<i>Individuelle wirtschaftliche Lage, prospektiv</i>				
% wesentlich schlechter	1,3 ^c	1,1	1,2	1,8
% etwas schlechter	8,4	6,0	11,1	10,2
% teils/teils	69,5	60,0	67,9	70,8
% etwas besser	19,3	29,1	17,8	15,0
% wesentlich besser	1,6	3,8	2,0	2,2
Mittelwert (Skala von -1 bis +1)	0,06 ^c	0,14	0,04	0,03
<i>Gesamtbewertung der individuellen wirtschaftlichen Lage (Skala von -1 bis +1)^d</i>				
	0,10 ^c	0,16	0,06	0,04
N	1 026	1 001	1 000	500

Signifikanzniveaus: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$. Die Signifikanz eines gemessenen Zusammenhangs gibt Auskunft darüber, mit welcher Wahrscheinlichkeit (p) dieser bei gegebener Zahl von Beobachtungen durch Zufall zustande kommen kann.

d: Additiver Index über die Bewertung der aktuellen, retrospektiven und prospektiven wirtschaftlichen Lage.

Schwach optimistisch fallen die Erwartungen bezüglich der zukünftigen Entwicklung der individuellen ökonomischen Situation aus: In Westdeutschland glauben ein Fünftel der Befragten an eine Verbesserung ihrer Lage, zwölf Prozent sehen eine Verschlechterung, und 68 Prozent gehen von einer unveränderten Situation aus. In Ostdeutschland finden sich 17 Prozent, die eine günstigere persönliche Wirtschaftslage erwarten, zwölf Prozent halten eine Verschlechterung für wahrscheinlich, und 71 Prozent sind der Meinung, daß sich nicht viel verändern wird. Im Vergleich zu 1994 fallen die Zukunftserwartungen in den alten Bundesländern etwas pessimistischer, in den neuen Bundesländern hingegen deutlich zurückhaltender aus.

Faßt man die verschiedenen Indikatoren der Wahrnehmung der allgemeinen bzw. der individuellen Wirtschaftslage zu jeweils einer Gesamtbewertung zusammen, so kann man die generelle Beurteilung der ökonomischen Situation übersichtlich darstellen. Für die allgemeine Wirtschaftslage zeichnen sich dabei sowohl für 1994 als auch für 1998 signifikante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland ab. Während in den alten Bundesländern die Einschätzung der ökonomischen Situation innerhalb dieses Zeitraums weitgehend stabil geblieben ist und im Mittel eine neutrale Einschätzung der ökonomischen Situation widerspiegelt, verschlechtert sich die Wahrnehmung der Wirtschaftslage in den neuen Bundesländern erheblich: Die positive Einschätzung der Wirtschaftslage im Jahr 1994 wird durch eine pessimistische Grundhaltung im Jahr 1998 abgelöst. Hinsichtlich der Einschätzung der persönlichen Wirtschaftslage zeigen sich für das Jahr 1998 keine systematischen Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen: Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland fällt die Beurteilung der eigenen ökonomischen Situation leicht positiv aus. 1994 schätzten die Befragten ihre Wirtschaftslage allerdings noch deutlich günstiger ein, wobei in Ostdeutschland optimistische Beurteilungen häufiger anzutreffen waren als in den alten Bundesländern. Insgesamt wird hier also eine eindeutig günstige Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage im Jahr 1994 durch nur noch schwach positive Urteile im Jahr 1998 abgelöst.

2. Wahrgenommene Lösungskompetenz bezüglich ökonomischer Probleme⁸

1998 trauen 22 Prozent der West- und 21 Prozent der Ostdeutschen den Unionsparteien zu, die als

⁸ Die Benennung erfolgt im Rahmen einer offenen Frage nach den wichtigsten Problemen, die es gegenwärtig in der Bundesrepublik zu lösen gilt. Als ökonomische Probleme

zentral erachteten ökonomischen Probleme am besten zu lösen (vgl. Tabelle 2). Umgekehrt bedeutet dies jedoch, daß mehr als drei Viertel aller Befragten in beiden Landesteilen der Meinung sind, daß CDU und CSU nicht über die besten Konzepte verfügen, um die wirtschaftspolitischen Probleme in der Bundesrepublik zu bewältigen. Betrachtet man die Verteilung der wahrgenommenen Problemlösungskompetenz etwas genauer, so zeigt sich, daß Personen, die der CDU/CSU grundsätzlich Kompetenz im ökonomischen Sektor zubilligen, in aller Regel nicht der Meinung sind, daß diese zur Lösung *aller* genannten Probleme in der Lage seien. Vergleicht man die Kompetenzzuweisung für die Unionsparteien zwischen 1994 und 1998, so wird deutlich, daß insgesamt nur geringfügige Verschiebungen zu erkennen sind, die wahrgenommene Wirtschaftskompetenz von CDU/CSU also praktisch unverändert ist.

Völlig anders stellt sich die Situation für die SPD dar: Hier sind 32 Prozent der Westdeutschen und 27 Prozent der Ostdeutschen der Meinung, daß die besten Konzepte zur Lösung der ökonomischen Probleme von den Sozialdemokraten angeboten werden. Damit hat sich das Vertrauen in die wirtschaftspolitischen Instrumente der SPD erhöht, denn 1994 teilten nur 19 Prozent in den alten und 21 Prozent in den neuen Ländern diese Auffassung. Eine Inspektion der Verteilung der wahrgenommenen Problemlösungskompetenz macht auch hier deutlich, daß die SPD im Regelfall nur für *ein* genanntes ökonomisches Problem als lösungskompetent erachtet wird.

Die den sonstigen Parteien zugewiesene Problemlösungskompetenz ist äußerst gering: Sowohl FDP als auch Bündnis 90/Die Grünen, PDS und Republikaner werden sowohl 1994 als auch 1998 von maximal zwei Prozent der Befragten in Westdeutschland als kompetent erachtet, die wirtschaftlichen Probleme in der Bundesrepublik zu lösen. In den neuen Bundesländern weicht dieses Bild nur für die PDS ab, die 1994 von vier und 1998 von sieben Prozent der Befragten wirtschaftspolitische Kompetenz zuerkannt bekommt.⁹

werden im folgenden die Nennungen zusammengefaßt, die sich auf die Arbeitsmarktsituation, die Preis- und Währungsstabilität, die Wirtschaftslage oder die Wirtschaftspolitik beziehen.

⁹ Das geringe Ausmaß an Problemlösungskompetenz, das vor allem der „Wirtschaftspartei“ FDP zugewiesen wird, ist auf den ersten Blick überraschend. Plausibel wird dieser Befund jedoch, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Zuweisung von Lösungskompetenzen u. a. stark durch die individuelle Parteibindung beeinflusst wird. Ein Blick auf die Verteilung der Parteiidentifikationen im Elektorat macht deutlich, daß sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland nur

Tabelle 2: Wahrgenommene Lösungskompetenz der Parteien hinsichtlich ökonomischer Probleme^d in Ost- und Westdeutschland, 1994 und 1998

	1994		1998	
	West	Ost	West	Ost
<i>CDU/CSU</i>				
% keine Problemlösungskompetenz	77,6 ^b	79,3	77,9 ^a	79,4
% nur Kompetenz für zweites Problem	7,4	3,8	4,1	5,2
% nur Kompetenz für erstes Problem	13,5	15,7	15,6	11,4
% Kompetenz für erstes und zweites Problem	1,5	1,2	2,4	4,0
<i>SPD</i>				
% keine Problemlösungskompetenz	80,8	78,4	67,5 ^c	73,2
% nur Kompetenz für zweites Problem	5,4	5,2	5,2	1,8
% nur Kompetenz für erstes Problem	13,2	15,9	25,8	19,8
% Kompetenz für erstes und zweites Problem	0,7	0,5	1,5	5,2
<i>FDP</i>				
% keine Problemlösungskompetenz	99,0	99,4	98,9	99,4
% nur Kompetenz für zweites Problem	0,7	0,1	0,4	0,4
% nur Kompetenz für erstes Problem	0,3	0,5	0,7	0,2
% Kompetenz für erstes und zweites Problem	0,0	0,0	0,0	0,0
<i>Bündnis 90/Die Grünen</i>				
% keine Problemlösungskompetenz	98,2 ^a	99,6	98,4	99,0
% nur Kompetenz für zweites Problem	0,6	0,2	0,6	0,8
% nur Kompetenz für erstes Problem	1,2	0,2	1,0	0,2
% Kompetenz für erstes und zweites Problem	0,0	0,0	0,0	0,0
<i>PDS</i>				
% keine Problemlösungskompetenz	99,8 ^c	95,8	99,8 ^c	93,0
% nur Kompetenz für zweites Problem	0,1	1,1	0,0	0,2
% nur Kompetenz für erstes Problem	0,1	3,0	0,2	5,2
% Kompetenz für erstes und zweites Problem	0,0	0,1	0,0	1,6
<i>Republikaner^e</i>				
% keine Problemlösungskompetenz	99,7	99,8	98,4 ^a	97,2
% nur Kompetenz für zweites Problem	0,2	0,0	0,5	0,0
% nur Kompetenz für erstes Problem	0,1	0,2	1,1	2,4
% Kompetenz für erstes und zweites Problem	0,0	0,0	0,0	0,4
<i>Regierung^f</i>				
% keine Problemlösungskompetenz	76,6 ^b	78,7	76,8 ^a	78,8
% nur Kompetenz für zweites Problem	8,0	3,9	4,5	5,6
% nur Kompetenz für erstes Problem	13,8	16,2	16,3	11,6
% Kompetenz für erstes und zweites Problem	1,6	1,2	2,4	4,0
<i>Opposition^g</i>				
% keine Problemlösungskompetenz	78,5 ^a	73,4	64,1 ^c	62,2
% nur Kompetenz für zweites Problem	6,3	6,5	6,2	2,8
% nur Kompetenz für erstes Problem	14,5	19,6	28,2	27,6
% Kompetenz für erstes und zweites Problem	0,7	0,6	1,5	7,4
N	1 026	1 001	1 000	500

Signifikanzniveaus: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$.

d: Kombination aus einer offenen Frage nach dem wichtigsten bzw. zweitwichtigsten Problem in der Bundesrepublik und der Frage, welche Partei das genannte Problem am besten lösen kann. Berücksichtigt werden nur Probleme, die auf ökonomische Fragen Bezug nehmen.

e: 1998: Republikaner und DVU.

f: CDU/CSU und FDP.

g: SPD, Bündnis 90/Die Grünen, PDS, Republikaner und sonstige Parteien.

Tabelle 3: Persönliche Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, unfreiwilligem Wechsel des Arbeitsplatzes und Ausscheiden aus dem Berufsleben in Ost- und Westdeutschland, 1994 und 1998

	1994		1998	
	West	Ost	West	Ost
% aktuell arbeitslos	3,2 ^c	17,0	4,9 ^c	14,0
% früher arbeitslos ^d	5,9 ^c	28,9	9,8 ^c	25,4
% unfreiwilliger Wechsel des Arbeitsplatzes ^d	5,0 ^c	20,3	5,6 ^c	14,4
% aus dem Berufsleben ausgeschieden ^d	7,4 ^c	15,6	11,3 ^c	10,0
N	1 043	1 027	1 000	500

Signifikanzniveaus: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$.

d: Umfrage 1994: seit 1990 arbeitslos geworden, unfreiwilliger Berufswechsel, aus dem Berufsleben ausgeschieden, Umfrage 1998: seit 1994 arbeitslos geworden, unfreiwilliger Berufswechsel, aus dem Berufsleben ausgeschieden.

Faßt man die Lösungskompetenz der verschiedenen Parteien nach ihrer Zugehörigkeit zur Regierung bzw. zur Opposition zusammen, so zeigt sich nochmals, daß die Opposition 1998 sowohl in West- als auch in Ostdeutschland einen erheblichen Kompetenzvorsprung bei der Lösung wirtschaftspolitischer Fragen aufweist. Damit stellt sich die Situation fundamental anders dar als noch 1994, als CDU/CSU und FDP in den alten Bundesländern einen leichten Kompetenzvorsprung vorweisen konnten. In den neuen Bundesländern wurde den Oppositionsparteien bereits 1994 mehr wirtschaftspolitische Kompetenz zuerkannt als den Regierungsparteien. Allerdings war der diesbezügliche Unterschied vergleichsweise gering.

3. Persönliche Betroffenheit von ökonomischen Härten

In Westdeutschland gaben zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 1998 rund fünf Prozent der Befragten an, arbeitslos zu sein (vgl. Tabelle 3). Damit hat sich dieser Anteil gegenüber der Vorwahl erhöht. Ein entgegengesetzter Trend zeigt sich im ostdeutschen Fall. Hier waren 1998 14 Prozent der Befragten arbeitslos. 1994 lag der Arbeitslosenanteil noch bei 17 Prozent.

Zwischen 1994 und 1998 mußten 10 Prozent der Befragten aus den alten Bundesländern den Verlust des Arbeitsplatzes verzeichnen – ebenfalls ein höherer Anteil als zwischen 1990 und 1994. In den neuen Bundesländern liegt dieser Anteil mit 25 bzw. 29 Prozent erheblich höher als in den alten Ländern.

Sechs Prozent der westdeutschen Befragten haben zwischen 1994 und 1998 einen unfreiwilligen Wechsel des Arbeitsplatzes vorgenommen – in etwa so

etwa zwei Prozent eine Parteiidentifikation für die FDP angeben, was das insgesamt geringe Vertrauen in die wirtschaftspolitischen Instrumente der Liberalen erklären kann.

viele wie zwischen 1990 und 1994. In Ostdeutschland hat dieser Anteil von 20 Prozent (1990–1994) auf 14 Prozent (1994–1998) abgenommen.

Schließlich sind in Westdeutschland rund 11 Prozent der Befragten zwischen 1994 und 1998 aus dem Berufsleben ausgeschieden. Auch bezüglich des Erlebens dieser ökonomischen Härte ist ein Zuwachs zu beobachten – die relative Größe dieser Gruppe belief sich zwischen 1990 und 1994 noch auf sieben Prozent. In Ostdeutschland zeigt sich erneut eine gegenläufige Entwicklung: Schieden zwischen 1990 und 1994 noch 16 Prozent der Befragten aus dem Arbeitsleben aus, so lag der Anteil zwischen 1994 und 1998 bei 10 Prozent und damit unter dem westdeutschen Vergleichswert.

Insgesamt sind also Ostdeutsche in weit höherem Maße von ökonomischen Härten – (aktuelle und frühere) Arbeitslosigkeit, unfreiwilliger Wechsel des Arbeitsplatzes und Ausscheiden aus dem Berufsleben – betroffen als westdeutsche Befragte. Vergleicht man die Situation vor der Bundestagswahl 1998 mit der Lage vor den nationalen Wahlen 1994, so zeigt sich jedoch, daß die Betroffenheit von ökonomischen Härten in Ostdeutschland tendenziell geringer, in Westdeutschland aber größer geworden ist.

III. Wirtschaftslage als Erklärungsfaktor für das Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998

Nachdem die Wahrnehmung der Wirtschaftslage bzw. die Betroffenheit der Wähler von ökonomischen Härten für 1998 in Ost- und Westdeutschland beschrieben und mit der Situation zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 1994 verglichen wurde, stellt

sich anschließend die Frage, ob und – falls zutreffend – in welchem Ausmaß ökonomische Variablen einen Einfluß auf das Wahlverhalten ausüben.

Wahlverhalten wird im folgenden mit der Wahlabsicht, also der intendierten Stimmabgabe bei der Bundestagswahl, gemessen. Zur Erklärung des Wahlverhaltens werden neben den beiden Indikatoren, die die Bewertung der aktuellen bzw. der individuellen Wirtschaftslage zu einem Maß zusammenfassen, auch die Kompetenzzuweisungen gegenüber den einzelnen Parteien herangezogen. Die Variablen der Gruppe „Betroffenheit von ökonomischen Härten“ werden hingegen aus Mangel an Erklärungskraft aus dem Modell entfernt¹⁰. Um den Effekt der ökonomischen Faktoren nicht zu überschätzen, wird die Parteiidentifikation als weitere Determinante des Wahlverhaltens in das Modell einbezogen.

Die Ergebnisse der Regressionsanalyse zeigen, daß das Stimmverhalten durch die spezifizierten Modelle sehr gut erklärt werden kann: Der Anteil der erklärten Streuung liegt zwischen 33 und 67 Prozent¹¹. Der Erklärungsbeitrag der ökonomischen Variablen ist allerdings höchst unterschiedlich und beträgt 1998 maximal sechs Prozent in West- und zehn Prozent in Ostdeutschland. 1994 bewegt sich die Erklärungsleistung der ökonomischen Variablen in einem ähnlichen Rahmen (West: maximal sechs Prozent, Ost: maximal sieben Prozent).

Die Bewertung der allgemeinen und der individuellen Wirtschaftslage spielt bei der Erklärung der Wahlabsicht nur eine untergeordnete Rolle. Für erstgenannte Variable ist 1998 nur bezüglich

der Wahlabsicht für die SPD und die Opposition (Westdeutschland) bzw. die Wahlabsicht für die FDP (Ostdeutschland) ein signifikanter Effekt zu erkennen. 1994 konnte noch in fünf Fällen (West: CDU/CSU, Republikaner, Opposition; Ost: PDS, Opposition) ein signifikanter Effekt auf die Wahlabsicht nachgewiesen werden. Die gemessenen Zusammenhänge weisen allesamt ein positives Vorzeichen auf, d. h., eine günstige Beurteilung der allgemeinen Wirtschaftslage fördert die Stimmabgabe für die Regierung bzw. die sie konstituierenden Parteien CDU/CSU und FDP. Eine negative Einschätzung der Lage der nationalen Ökonomie begünstigt hingegen eine Stimmabgabe für eine der Oppositionsparteien.

Noch seltener als die Wahrnehmung der allgemeinen ökonomischen Situation übt die Perzeption der persönlichen Wirtschaftslage einen Einfluß auf die Wahlabsicht aus. Allerdings findet sich in Ostdeutschland sowohl für 1994 als auch für 1998 ein signifikanter Effekt (1994: Bündnis 90/Die Grünen, 1998: SPD); in den alten Bundesländern ist die Wahrnehmung der eigenen ökonomischen Situation hingegen nicht so dominant. Die Richtung der gemessenen Effekte ist dabei nur für 1994 theoretisch plausibel: Je schlechter die persönliche Wirtschaftslage wahrgenommen wird, desto häufiger wird eine Wahlabsicht für Bündnis 90/Die Grünen vorgegeben. Für 1998 liegt hingegen ein positiver Zusammenhang zwischen der Wahlabsicht für die SPD und der wahrgenommenen individuellen Wirtschaftslage vor. Günstige Bewertungen der eigenen wirtschaftlichen Lage korrespondieren also hier mit einer Stimmabgabe für die Sozialdemokraten.

Die mit Abstand wichtigste ökonomische Determinante ist die den Parteien zugewiesene Kompetenz zur Lösung wirtschaftspolitischer Probleme. Abgesehen von kleinen Ausnahmen (FDP, in Ostdeutschland 1994 bzw. Westdeutschland 1998) finden sich hier nur positive und statistisch hoch signifikante Zusammenhänge mit der Wahlabsicht. Generell gilt also: Je mehr einer Partei wirtschaftspolitische Kompetenz eingeräumt wird, desto stärker ist auch die Tendenz, diese Partei zu wählen. Zwei Anmerkungen sind zu dieser Beziehung vorzunehmen: Erstens ist das relative Gewicht dieses Effektes bei CDU/CSU, SPD und FDP am größten. Für den Wahlerfolg der anderen Parteien ist die Bedeutung der ihnen zugewiesenen Wirtschaftskompetenz tendenziell von geringerer Bedeutung. Zweitens ist der Einfluß der Wirtschaftskompetenz auf die Wahlabsicht 1998 in den alten Bundesländern in aller Regel größer als 1994. Für die neuen Bundesländer ist

10 Die unter diese Rubrik subsumierten Variablen – aktuelle bzw. frühere Arbeitslosigkeit, unfreiwilliger Wechsel des Arbeitsplatzes, Ausstieg aus dem Berufsleben – üben nur selten einen signifikanten Effekt auf die Wahlabsicht aus. Bei den wenigen Ausnahmen, die 1994 (West: FDP, Republikaner; Ost: SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Opposition) und 1998 (West: CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Regierung; Ost: PDS, Opposition) zu beobachten sind, zeigt sich, daß die in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen mit wirtschaftlichen Härten deutlich wichtiger für die Wahlentscheidung sind als eine aktuell vorliegende Arbeitslosigkeit. Mit Ausnahme von Westdeutschland (1998) bzw. Bündnis 90/Die Grünen (1994 und 1998) kommen solche Erfahrungen den Oppositionsparteien zugute.

11 Der Anteil der erklärten Streuung ist ein Maß für die Güte des angelegten Erklärungsmodells. Maximal können 100 Prozent der Streuung aufgeklärt werden; dann wird das zu erklärende (abhängige) Merkmal durch die in das Modell einbezogenen (unabhängigen) Erklärungsvariablen vollständig determiniert. Stehen die Erklärungsvariablen hingegen in keinerlei Zusammenhang mit der abhängigen Variablen, erreicht der Anteil der erklärten Streuung den Minimalwert von null.

eine diesbezügliche grundsätzliche Verschiebung der Gewichte für die individuelle Wahlentscheidung nicht zu beobachten.

Die Parteiidentifikation schließlich ist – und das ist aufgrund ihrer zentralen Bedeutung für das Wahlverhalten, aber auch für die Herausbildung spezifischer Einstellungen wenig überraschend¹² – die insgesamt wichtigste Variable zur Erklärung der Wahlabsicht. Für alle geschätzten Modelle finden sich höchst signifikante und vom Vorzeichen her positive Beziehungen mit der Wahlabsicht. Je stärker die psychologische Bindung an eine Partei ausgeprägt ist, desto größer ist auch die Wahrscheinlichkeit, daß diese gewählt wird.

IV. Wirtschaftslage als Erklärungsfaktor für die Veränderung des Wahlverhaltens bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998

Wie stellt sich nun der Einfluß der wahrgenommenen Wirtschaftslage auf die besonders interessante Gruppe von Wählern dar, die zwischen 1990 und 1994 bzw. zwischen 1994 und 1998 von der Regierung zur Opposition gewechselt sind?

Zunächst ist festzuhalten, daß die Unterschiede zwischen der skizzierten Wählergruppe und dem Rest des Elektorsats bezüglich der ökonomischen Perzeptionen sehr begrenzt sind. So finden sich in Westdeutschland weder 1994 noch 1998 größere Differenzen in der Beurteilung der allgemeinen und der individuellen Wirtschaftslage. In Ostdeutschland können ebenfalls nur wenige Wahrnehmungsunterschiede nachgewiesen werden: Zum einen zeigt sich, daß für 1994 die retrospektive Beurteilung der Wirtschaftslage bei den von der Regierung zur Opposition gewechselten Wählern zurückhaltender ausfällt als im Rest des Elektorsats. Zum anderen ist zu erkennen, daß die Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung der allgemeinen und der persönlichen Wirtschaftslage bei den ehemaligen Wählern der Regierung, die nun für eine der Oppositionsparteien votieren wollen, deutlich höher gesteckt sind, als bei den anderen Wählern. Hinsichtlich der Kompetenzbeurteilung der Regierungs- bzw. Oppositionsparteien bestehen zwischen den beiden Wählergruppen nur

für 1994 größere Unterschiede. Dabei räumen diejenigen, die 1990 für die Regierung votierten, 1994 ihre Stimme jedoch für eine Oppositionspartei abgeben wollen, der Regierung deutlich weniger ökonomische Kompetenz ein als der Rest der Wählerschaft. Dieser Zusammenhang besteht allerdings nur in den neuen Bundesländern. Umgekehrt – und dies gilt sowohl für West- als auch für Ostdeutschland – weisen Wechselwähler des beschriebenen Typs der Opposition signifikant mehr Wirtschaftskompetenz zu als andere Wählergruppen. Hinsichtlich der persönlichen Betroffenheit von wirtschaftlichen Härten unterscheiden sich schließlich jene Personen, die ehemals eine Parteipräferenz für die Regierung aufwiesen, nun jedoch für die Opposition stimmen wollen, praktisch nicht vom Rest der Wählerschaft.

Überprüft man den Einfluß der verschiedenen Faktoren auf den Wechsel der Wahlabsicht ebenfalls im Rahmen eines multivariaten Modells, so zeigt sich, daß ökonomische Perzeption nur in den neuen, nicht jedoch in den alten Bundesländern von Bedeutung ist. Allerdings ist die Erklärungskraft wirtschaftlicher Wahrnehmungen auch in Ostdeutschland mit maximal drei Prozent erklärter Varianz sehr begrenzt. Ein Blick auf die signifikanten Effekte zeigt, daß 1994 ausschließlich die Wirtschaftskompetenz für die Erklärung der Veränderung der Wahlabsicht eine Rolle spielt. Dabei sind zwei gegenläufige Beziehungen zu erkennen: Einerseits ist die Wahrscheinlichkeit, entgegen der Stimmabgabe bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl nun für die Regierung zu votieren, um so höher, je größer das Vertrauen in die ökonomischen Konzepte von CDU/CSU und FDP ist. Andererseits – und dieser Effekt ist nahezu doppelt so groß wie der zuvor angeführte Zusammenhang – erhöht sich mit wachsendem Vertrauen in die wirtschaftspolitische Kompetenz der Opposition die Tendenz, sich von der Regierung ab- und einer Oppositionspartei zuzuwenden. 1998 ändert sich das Bild etwas: Während der Einfluß der ökonomischen Kompetenz der Regierungsparteien auf den Wechsel der Wahlabsicht bezüglich seiner Richtung stabil ist und gegenüber 1994 auch nur geringfügig an Stärke gewinnt, der Einfluß der Kompetenzzuweisung an die Opposition auf den Wechsel der Wahlabsicht jetzt aber nicht mehr signifikant ist, kann nun ein negativer Effekt der Beurteilung der individuellen Wirtschaftslage beobachtet werden: Je besser diese ausfällt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, von einer erneuten Stimmabgabe für die Regierung abzusehen und statt dessen für die Opposition zu votieren.

12 Zum Konzept der Parteiidentifikation vgl. Angus Campbell/Philip E. Converse/Warren E. Miller/Donald E. Stokes, *The American Voter*, Chicago 1960.

V. Zusammenfassung

Die Arbeit von Regierungen wird häufig an der wirtschaftlichen Lage gemessen. Dies trifft zumindest für ihre parlamentarischen Gegenspieler und die Medien zu. Ein ähnlicher Zusammenhang wird im allgemeinen auch für die Wählerschaft angenommen. Die empirische Basis, auf die sich die Annahme einer entsprechenden Beziehung stützt, dürfte dabei vor allem die Häufigkeit sein, mit der in den letzten Jahren Probleme aus dem ökonomischen Sektor, vor allem aber die Reduzierung der hohen Arbeitslosigkeit, als zentrale Aufgaben der bundesdeutschen Politik genannt werden.

Auch bei der Bundestagswahl 1998 ist die Niederlage von CDU/CSU und FDP häufig auf die ungenügende Performanz ihrer Wirtschaftspolitik zurückgeführt worden. Dieser Zusammenhang zwischen Wirtschaftslage und Wahlverhalten liegt – obwohl 1998 sowohl in West- als auch in Ostdeutschland eine deutlich schlechtere Beurteilung der ökonomischen Situation als 1994 zu beobachten ist – in den vorliegenden Analysen jedoch nur begrenzt vor: Während Bewertungen der allgemeinen und der individuellen Wirtschaftslage (ebenso wie die persönliche Betroffenheit von wirtschaftli-

chen Härten) praktisch keine Rolle bei der Erklärung der individuellen Wahlentscheidung spielen, zeigen sich für die Problemlösungskompetenz, die einer Partei in puncto Wirtschaft zugewiesen wird, deutliche Effekte. Das Vertrauen in die wirtschaftspolitischen Instrumente der politischen Akteure ist somit die stärkste Determinante des Wahlverhaltens aus der Gruppe der ökonomischen Variablen. Im Vergleich zur Bundestagswahl 1994 ist der Einfluß der Problemlösungskompetenz auf die Wahlabsicht 1998 gewachsen.

Bemerkenswert ist schließlich, daß – obwohl die Wähler in den neuen Ländern nach wie vor in erheblich stärkerem Maße persönlich von wirtschaftlichen Härten betroffen sind – die 1994 noch deutlich erkennbaren Unterschiede in der Wahrnehmung der ökonomischen Situation zwischen Ost- und Westdeutschland 1998 nur noch in der Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage bestehen. Alle anderen Einstellungsunterschiede haben sich hingegen weitgehend aufgelöst. Weiterhin findet sich in den neuen Bundesländern eine etwas größere Skepsis gegenüber der Problemlösungskompetenz der beiden Volksparteien. Die sich daraus ergebenden Unterschiede für das Wahlverhalten sind aber einmal mehr eher gradueller als kategorialer Natur.

Matthias Jung/Dieter Roth: Wer zu spät geht, den bestraft der Wähler. Eine Analyse der Bundestagswahl 1998

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52/98, S. 3–18

Die Bundestagswahl 1998 haben in erster Linie Helmut Kohl und die Union verloren. Da es sich jedoch um ein Nullsummenspiel handelt, wenn es um die Umsetzung der gültigen Stimmen in politische Macht geht, hat die SPD und die neue Koalition zwangsläufig diese Wahl gewonnen.

Bei dieser Wahl ging es nicht um einen grundsätzlichen Politikwechsel – zumindest läßt sich eine solche Zielsetzung nicht aus den Einstellungen der Wähler zu den Parteien, den Politikern und den zu lösenden Problemen ablesen –, sondern es ging um einen Wechsel der verantwortlichen Politiker in der Regierung. Da die Union den Wählern keine anderen Kandidaten als Kohl angeboten hat, haben die Wähler Schröder die Macht übereignet. Da der Kanzler aber nicht direkt wählbar ist, mußten die Wähler Parteien ihre Stimme geben. Dabei war es bis zuletzt unklar, mit welcher Koalition der Wechsel im Kanzleramt kommen würde. Das Harmoniebedürfnis in großen Teilen der Wählerschaft und das mangelnde Verständnis für Politik als die notwendige Auseinandersetzung um beste Lösungsmöglichkeiten in demokratischen Ordnungsformen haben vor der Wahl dazu geführt, daß eher eine große Koalition als die wünschenswertere Alternative zur alten CDU/CSU/FDP-Regierung angesehen wurde. Die Wahl hat jedoch die eigentlich mehrheitlich nicht gewünschte rot-grüne Koalition klar an die Macht gebracht. Wenn die neue Regierung ihrem Anspruch gerecht wird, eine bessere Politik zu machen und nicht nur eine andere, wird ihr aus diesem Sachverhalt kein Problem erwachsen.

Oscar W. Gabriel/Frank Brettschneider: Die Bundestagswahl 1998: Ein Plebiszit gegen Kanzler Kohl?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52/98, S. 20–32

In den vergangenen Jahren wurde mit dem Schlagwort „Personalisierung der Politik“ eine Veränderung der für die Wahlentscheidung maßgeblichen Faktoren behauptet. Von Personalisierung wird gesprochen, wenn der Kandidatenorientierung eine wachsende Bedeutung als Bestimmungsfaktor des Wählerverhaltens zukommt oder wenn bei der Bewertung der Kanzlerkandidaten eine Verschiebung von selbstdarstellungs- zu persönlichkeitsbezogenen Eigenschaften eintritt.

Bei Bundestagswahlen wird die Stimmabgabe durch ein Zusammenspiel von Parteiidentifikation, Kandidatenorientierungen und Problemlösungskompetenz der Parteien bestimmt. Es wäre daher verkürzt, den Ausgang der Bundestagswahl 1998 alleine als Abwahl Helmut Kohls zu interpretieren. Allerdings waren die Kanzlerkandidaten diesmal für die Stimmabgabe vieler Wählerinnen und Wähler unbestreitbar von herausragender Bedeutung. Helmut Kohl hat zur schwersten Wahlniederlage der Union seit 1949 im erheblichen Umfang beigetragen. Nach einer Amtszeit von 16 Jahren schätzten die Wählerinnen und Wähler den Bundeskanzler zwar als einen verdienstvollen Politiker, zugleich sahen sie in ihm aber auch einen Mann, der seine Zeit hinter sich hatte. Der Wunsch nach politischem Wandel wirkte gegen Kohl. Anders als bei vorangegangenen Bundestagswahlen gelang es ihm nicht, im Verlaufe des Wahlkampfes einen Stimmungsumschwung zu seinen Gunsten herbeizuführen. Selbst das eigene Lager ließ sich nicht mehr in dem gewohnten Umfang von ihm mobilisieren.

Vermutlich wären die Erfolgsaussichten der CDU/CSU mit Wolfgang Schäuble größer gewesen. Ob ein rechtzeitiger Führungswechsel jedoch zum Wahlsieg gereicht hätte, läßt sich kaum abschätzen. Gegen diese Annahme spricht, daß der SPD in zentralen Politikfeldern mehr Kompetenz zugesprochen wurde als den Christdemokraten.

Ob sich in dem Wahlergebnis von 1998 ein langfristiger Trend zur Personalisierung der Politik widerspiegelt, kann derzeit nicht zuverlässig beantwortet werden. Zwar kam dem Kandidatenfaktor bei der Bundestagswahl 1998 eine größere Bedeutung zu als vier Jahre zuvor, jedoch wirkten auch die Themenorientierungen und der weitverbreitete Wunsch nach einem Wechsel zugunsten der SPD. Es wird sich bei den nächsten Bundestagswahlen zeigen, ob das Jahr 1998 eine erste Etappe auf dem Weg zur stärkeren Personalisierung der Politik darstellte.

Kai Arzheimer/Jürgen W. Falter: „Annäherung durch Wandel“? Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998 in Ost-West-Perspektive

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52/98, S. 33–43

Während die staatliche Einheit weitgehend reibungslos hergestellt wurde, bestehen im Bereich der politischen Einstellungen und Verhaltensweisen nach wie vor erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen. Dies gilt auch für das Wahlverhalten, so daß man bisher von zwei getrennten deutschen Elektoraten sprechen konnte. Auch 1998 zeigen sich wieder erhebliche Unterschiede im Wahlergebnis: PDS, Grüne und FDP fungieren weiterhin als ost- bzw. westdeutsche Regionalparteien; außerdem ist es bisher bei aufeinanderfolgenden Wahlen im Osten zu weitaus größeren Verschiebungen im Kräfteverhältnis der Parteien gekommen als im Westen.

Eine wichtige Ursache für diese Ost-West-Unterschiede besteht darin, daß die über die Zugehörigkeit zu Konfessions- und Berufsgruppen vermittelten dauerhaften Bindungen der Bürger an die Parteien in den neuen Ländern bisher von untergeordneter Bedeutung sind. Im Westen spielen solche historisch erklärbaren Bindungen der Arbeiter an die SPD einerseits, der Katholiken an die Union andererseits trotz aller Individualisierungsprozesse immer noch eine wichtige Rolle bei der Erklärung von Wahlverhalten. In den neuen Ländern hingegen liegt der Anteil der parteigebundenen Bürger weitaus niedriger als in der alten Bundesrepublik, und die vorhandenen Bindungen sind instabiler. Dies gilt vor allem für die große Gruppe der Arbeiter, die sich im Gegensatz zu ihren westlichen Kollegen in ihrer Mehrheit keiner Partei verbunden fühlen. Die 1998 zu beobachtende partielle Annäherung an westliche Wahlverhaltensmuster ist daher primär als Ergebnis einer höheren Wechselbereitschaft zu interpretieren. Schon die nächste Wahl könnte zu einer neuerlichen Umkehr der Wählerkoalitionen führen.

Hans Rattinger/Jürgen Maier: Der Einfluß der Wirtschaftslage auf die Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52/98, S. 45–54

Als eine der zentralen Ursachen bei der Erklärung der Niederlage der Regierung bei der Bundestagswahl 1998 wird üblicherweise die schlechte Wirtschaftslage angeführt. Der vorliegende Beitrag untersucht anhand von Umfragedaten für die Bundestagswahlen 1994 und 1998, ob und in welchem Maße die durch die Wähler wahrgenommene Wirtschaftslage bei der Wahlentscheidung tatsächlich eine Rolle gespielt hat.

Die empirischen Ergebnisse zeigen, daß die Beurteilung der Wirtschaftslage im Jahr 1998 deutlich schlechter ausfällt als noch vier Jahre zuvor. Ost-West-Unterschiede sind dabei nur hinsichtlich der Wahrnehmung der aktuellen allgemeinen und der individuellen ökonomischen Situation zu erkennen. Diese Unterschiede reflektieren die stärkere persönliche Betroffenheit der ostdeutschen Wähler von wirtschaftlichen Härten. Differenzen in der retrospektiven bzw. der prospektiven Bewertung der Wirtschaftslage haben sich zwischenzeitlich aufgelöst. Hinsichtlich der Zuweisung ökonomischer Problemlösungskompetenz zeigt sich, daß diese für die Regierungsparteien zwischen 1994 und 1998 nahezu unverändert blieb, für die SPD jedoch erheblich gewachsen ist.

Die Analysen dokumentieren, daß der Einfluß ökonomischer Variablen auf die Wahlentscheidung begrenzt ist. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland fällt dabei die größte Bedeutung der wahrgenommenen Wirtschaftskompetenz der Parteien zu. Unter den ökonomischen Variablen kann diese Determinante sowohl die Wahlabsicht bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998 als auch den Wechsel der Wahlabsicht zwischen den beiden Wahlen am besten erklären.